

# Inhaltsverzeichnis

<b>0</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>3</b>
<b>1</b>	<b>Die deutsch-französischen Beziehungen von 1945 bis 1990 .....</b>	<b>9</b>
1.1	Französische Deutschlandpolitik und deutsche Europapolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs .....	10
1.2	Grundstrukturen des deutsch-französischen Bilateralismus während des Ost-West-Konfliktes.....	13
<b>2</b>	<b>Kontinuitäts- und Wandlungsmomente in den deutsch-französischen europa-, sicherheits- und außenpolitischen Beziehungen seit 1990.....</b>	<b>20</b>
2.1	<b>Kontinuitätsmomente .....</b>	<b>21</b>
2.1.1	Die deutsch-französische Kooperation im Bereich der EU-Politik ..	23
2.1.1.1	Der Maastricht-Vertrag und die Gründung der EU .....	23
2.1.1.2	Deutsch-französische Initiativen im Amsterdamer Vertrag .....	27
2.1.1.3	Der Blaesheim-Prozess .....	29
2.1.1.4	40. Jahrestag des Elysée-Vertrages .....	31
2.1.2	Das EUROKORPS – Symbol für die deutsch-französische Kooperation im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik	33
2.1.3	Die deutsch-französische Zusammenarbeit in Krisenregionen.....	36
2.1.3.1	Der Kosovo-Krieg .....	36
2.1.3.2	Die deutsch-französische Konvergenz im Irak-Krieg .....	39
2.1.4	Zusammenfassung .....	42
2.2	<b>Wandlungsmomente.....</b>	<b>44</b>
2.2.1	Die Wiedervereinigung .....	45
2.2.1.1	Deutschlands und Frankreichs Verhalten im Wiedervereinigungsprozess .....	45
2.2.1.2	Die Änderungen der Grundlagen im deutsch-französischen Beziehungen .....	48
2.2.1.3	Gegenseitige Wahrnehmung im Wiedervereinigungsprozess .....	50
2.2.2	Die deutsch-französische Kooperation im Bereich der EU-Politik ..	53
2.2.2.1	Das Schäuble-Lamers-Papier als Auslöser einer Grundsatzdebatte .....	54
2.2.2.2	Divergierende Haltungen auf der Turiner Regierungskonferenz .....	57
2.2.2.3	Die deutsch-französische Krise im Zuge der Verhandlungen zum Nizza-Vertrag 2000.....	60
2.2.2.4	Die europäische Krise als Konsequenz des französischen Vetos zum EU-Verfassungsvertrag.....	64

2.2.3	Die deutsch-französische Kooperation im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....	66
2.2.3.1	Das neue Projekt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und die Fortentwicklung der GASP durch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....	67
2.2.3.2	Die EU-Osterweiterung als deutsch-französische Hürde .....	71
2.2.4	Das deutsch-französische außenpolitische Verhältnis .....	77
2.2.4.1	Grundlagen und Schwierigkeiten der deutschen und französischen Ostpolitik..	77
2.2.4.1.1	Die trilaterale Kooperation des Weimarer Dreiecks.....	79
2.2.4.1.2	Deutschlands und Frankreichs Beziehung zu Russland .....	83
2.2.4.2	Probleme der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Krisenregionen .....	85
2.2.4.2.1	Die fehlende deutsch-französische Zusammenarbeit im Golf-Krieg 1990/91 .....	86
2.2.4.2.2	Der Balkan-Konflikt als Problem des deutsch-französischen Verhältnisses	88
2.2.5	Zusammenfassung .....	91
<b>3</b>	<b>Die deutsch-französischen Beziehungen unter Merkel und Chirac .....</b>	<b>94</b>
3.1	Der Regierungswechsel in Deutschland und seine Auswirkungen auf die deutsch-französischen Beziehungen .....	95
3.2	Deutsch-Französische Zusammenarbeit unter dem Tandem Merkel-Chirac .....	97
<b>4</b>	<b>Schlusswort.....</b>	<b>103</b>
<b>5</b>	<b>Kontinuität oder Wandel ? – Ein Ausblick.....</b>	<b>107</b>
<b>6</b>	<b>Abkürzungen .....</b>	<b>110</b>
<b>7</b>	<b>Bibliographie .....</b>	<b>111</b>

## 0 Einleitung

In der vorliegenden Arbeit werden Kontinuität und Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen seit der deutschen Wiedervereinigung 1990 in drei ausgewählten Politikbereichen untersucht. Die zentrale Rolle Deutschlands und Frankreichs im europäischen Integrationsprozess wird hier genauso Thema sein, wie die Beziehungen auf sicherheits- und außenpolitischer Ebene. Der Begriff „Beziehung“ ist somit als Oberbegriff zu verstehen, der eine Kooperation oder auch Zusammenarbeit implizieren kann, aber nicht zwangsläufig bedeuten muss, denn eine Beziehung kann auch existieren, wenn beide Partner nicht zusammenarbeiten.

Da die deutsch-französischen Beziehungen sich während des Ost-West-Konfliktes positiv entwickelt hatten, steht auf der einen Seite die Frage im Vordergrund, inwiefern sich die langjährige kooperative Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich nach dem Ende des Kalten Krieges verändert hat bzw. unverändert geblieben ist. Auf der anderen Seite sollen die Wahrnehmungsmuster beider Länder, d.h. deutsche und französische Wahrnehmungsmuster, herausgearbeitet werden und als Erklärung für die Kontinuität oder den Wandel in den bilateralen Beziehungen dienen. Da sie jedoch nicht in Bezug auf jedes, in dieser Arbeit relevante, historisch-politische Ereignis zum Tragen kommen, werden sie nur dort erwähnt, wo sich ihr Einfluss konstatieren lässt. Da die wirtschafts- und kulturpolitischen Beziehungen gleichermaßen einen wichtigen Bestandteil der bilateralen Beziehungen darstellen, wird es sich nicht vermeiden lassen, an der einen oder anderen Stelle auf diese beiden Politikbereiche zu verweisen.

In der politikwissenschaftlichen Literatur werden die Begriffe „Kontinuität“ und „Wandel“ in unterschiedlichen Kontexten fast identisch definiert und verwendet. Dabei wird unter Kontinuität eine Fortschreibung, Beständigkeit bzw. ein Fortbestand des jeweiligen Untersuchungsgegenstandes verstanden. Ein Wandel zeichne sich jedoch ab, wenn Veränderungen in einer nationalen Politikstrategie oder einer bilateralen Beziehung eintreten.<sup>1</sup> In Bezug auf die

---

<sup>1</sup> Vgl. Maull, Hans W.: Die prekäre Kontinuität: Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck: [http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/prek\\_kont.pdf](http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/prek_kont.pdf), [Stand: 28.2.2007]; Risse, Thomas: Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/2004; Elo, Kimmo: Deutsch-russische „strategische Partnerschaft“: Eine kurzfristige Strategie oder Handeln im Interesse Europas?: [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/zukunftsforum\\_politik/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_8056\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/zukunftsforum_politik/7_dokument_dok_pdf_8056_1.pdf), [Stand: 28.2.2007]

deutsche Außenpolitik sieht Hans W. Maull beispielsweise in „Politik-  
anpassungen im Bereich der Sicherheitspolitik und Veränderungen im  
außenpolitischen Stil“ einen Wandel.<sup>2</sup> Eine „Fortschreibung der Außenpolitik der  
Bundesrepublik“ spreche für ihn hingegen für die Kontinuität der deutschen  
Außenpolitik.<sup>3</sup> Thomas Risse räumt dem Begriff Wandel noch eine stärkere  
Konnotation ein, indem er ihn als „Bruch“ in der deutschen Außenpolitik  
bezeichnet, welcher sich z.B. am Verhalten Gerhard Schröders bezüglich einer  
militärischen Intervention im Irak gezeigt habe.<sup>4</sup> Hinsichtlich der Verwendung  
von den Begriffen Kontinuität und Wandel in bilateralen Beziehungen  
bezeichnet Kimmo Elo in einer Untersuchung über die deutsch-russischen  
Beziehungen den 30. Jahrestag des Moskauer Vertrages als „Moment der  
Kontinuität“, das im Vergleich zur Ostpolitik Brandts gesehen wird.<sup>5</sup> Ein Wandel  
lässt sich für ihn wiederum an der „neuen Ostpolitik“<sup>6</sup> erkennen, die  
Deutschland mit Willy Brandt einführte. Somit versteht Elo unter einem Wandel  
nicht nur eine Veränderung, sondern weitete den Begriff auf Neuerungen aus,  
die in einer bilateralen Beziehung notwendig werden können. Im Wesentlichen  
werde ich mich an den eben genannten Definitionen anlehnen, ihnen aber  
dennoch weitere Facetten hinzufügen. So soll in der vorliegenden Unter-  
suchung Kontinuität nicht nur den Fortbestand einer bestimmten Politik oder ein  
Festhalten am Status quo bezeichnen, sondern es sind damit auch beständige  
Haltungen, Ansichten und Verhaltensweisen Deutschlands und Frankreichs  
gemeint. Ein zweiter Aspekt ergibt sich aus der Tatsache, dass die eben  
genannte Beständigkeit von Interessenskonvergenzen begleitet sein kann. Sie  
sollen einer weiteren Charakterisierung der Kontinuität in einer bilateralen  
Partnerschaftsbeziehung dienen. Dies gilt gleichermaßen für den Begriff  
Wandel. Er soll neben der allgemeinen Verwendung im Sinne einer Ver-  
änderung in der bilateralen Beziehung nicht nur veränderte oder gewandelte  
Haltungen, Ansichten und Verhaltensweisen der beiden Partner hervorheben,  
sondern, ähnlich wie bei Kimmo Elo, auch Neuerungen in der Ent-  
wicklungsgeschichte der Beziehung als Aspekt eines Wandels mit einschließen.  
Manuela Wulfert hat dazu in ihrer Untersuchung über die Finalität und  
Verfassung der Europäischen Union, den Begriff Wandel im Sinne neuartiger

---

<sup>2</sup> Maull, Hans W.: Die prekäre Kontinuität, S. 2

<sup>3</sup> Ibd., S. 2

<sup>4</sup> Risse, Thomas: Kontinuität durch Wandel, S. 37

<sup>5</sup> Elo, Kimmo: Deutsch-russische „strategische Partnerschaft“, S. 30

<sup>6</sup> Die unter Brandt entstandene neue Ostpolitik sah eine Verbesserung des deutschen Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten vor, ohne sich jedoch aus den westlichen Bündnissen lösen zu wollen.

Veränderungen sowohl in der deutschen als auch in der französischen Europapolitik verwendet. Diese seien vor allem hinsichtlich der Schaffung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als auch in der Gründung des Weimarer Dreiecks festzustellen, da beide Länder eine „neue Bereitschaft zur vertieften Kooperation“<sup>7</sup> zeigen würden. Aufgrund der Tatsache, dass unterschiedliche Haltungen, Ansichten und Verhaltensweisen oft mit Interessensdivergenzen verbunden sind, kann dies als ein weiterer Aspekt von Wandel in der vorliegenden Arbeit verstanden werden. Somit lässt sich anhand der Auseinandersetzung mit der Definition von Kontinuität und Wandel zwar ein klarer Unterschied herausarbeiten, dennoch soll darauf hingewiesen werden, dass die Grenzen zwischen beiden Begriffskonnotationen oft fließend sind.

Da es sich bei der folgenden Untersuchung um eine historisch-politikwissenschaftliche Analyse handelt, die die interkulturellen Aspekte der deutsch-französischen Beziehungen mit einbezieht, ist es an dieser Stelle wichtig, eine grundsätzliche Definition von Wahrnehmungsmustern als Erklärung für die unterschiedlichen Wahrnehmungen beider Ländern zu geben. Dass Wahrnehmungsmuster bilaterale Beziehungen stark beeinflussen können, stellte Hans Manfred Bock fest. Für ihn sind nationale Wahrnehmungsmuster „in der Entstehung oder Reaktualisierung von nationalen Abgrenzungs-Diskursen gleichsam die langfristig stabilen Traditionsbestände, mit deren Hilfe man aktuell erfahrene Irritationen oder Konflikte mental zu bewältigen versucht“<sup>8</sup>. Robert Picht fügt dieser Definition hinzu, dass es sich bei Wahrnehmungsmustern auch um einen Ausdruck von Interessen handele, der im wesentlichen davon geprägt sei, dass „Angst und Begierde die Perspektive und den Horizont“ bestimmen.<sup>9</sup> Darüber hinaus stehen sie für Picht „in der Kontinuität historischer Langzeitentwicklung“<sup>10</sup>, weil sie, ähnlich wie bei Bock, aus historischer Erfahrung erwachsen. Diese Definition soll in der vorliegenden Arbeit als Grundlage für die Verwendung und Feststellung von Wahrnehmungsmustern gebraucht werden.

Da die methodische Untersuchung von Kontinuität und Wandel im Vergleich stattfinden wird, ist der Hauptteil dieser Arbeit in drei Kapitel unterteilt. Dabei

---

<sup>7</sup> Wulfert, Manuela: Finalität und Verfassung der Europäischen Union. Unter besonderer Berücksichtigung von Frankreich, Deutschland und Großbritannien, [http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=982417195&dok\\_var=d1&dok\\_ext=pdf&filename=982417195.pdf](http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=982417195&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=982417195.pdf), [Stand: 28.2.2007], S. 109 ff.

<sup>8</sup> Bock, Hans Manfred: Wechselseitige Wahrnehmung als Problem der deutsch-französischen Beziehungen, In: Frankreich-Jahrbuch, 1995, S. 36

<sup>9</sup> Picht, Robert: Welches Europa soll es sein? Unterschiedliche Wahrnehmungsmuster deutscher und französischer Europapolitik, In: Frankreich-Jahrbuch, 1995, S. 175

<sup>10</sup> Ibd., S. 176

dient das erste Kapitel, welches sich ausschließlich den deutsch-französischen Beziehungen von 1945 bis 1990 widmet, als Grundlage, die in Kapitel 2 und 3 für einen Vergleich herangezogen wird.

Im zweiten Kapitel werden die einzelnen Kontinuitäts- und Wandlungsmomente in den bilateralen Beziehungen in der Europa-, Sicherheits- und Außenpolitik seit der Wiedervereinigung 1990 bis zum deutschen Regierungswechsel 2005 untersucht. Aufgrund der Gegenüberstellung von Kontinuität und Wandel in dieser Arbeit bietet sich daher in einem ersten Schritt die Zweiteilung des zweiten Kapitels in einen Kontinuitätsteil und einen Wandlungsteil an. Diesem soll eine graphische Darstellung in Form einer Entwicklungskurve vorangestellt werden, um die Übersichtlichkeit der Entwicklung von Kontinuität und Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen seit der Wiedervereinigung zu verbessern. Da die Kontinuität und der Wandel als solches eine Entwicklung darstellen, die sich an einzelnen Momenten festmachen lassen, sollen die einzelnen historischen Ereignisse als Kontinuitäts- und Wandlungsmomente bezeichnet werden, die in ihrer Gesamtheit eine Aussage über die Kontinuität und den Wandel in den zwischenstaatlichen Beziehungen machen. In einem zweiten Gliederungsschritt sollen die einzelnen Kontinuitäts- und Wandlungsmomente auf die drei Politikbereiche verteilt werden, sozusagen in einer sich steigernden Dimension: zunächst die Europapolitik, dann die Sicherheitspolitik und dann auf internationaler Ebene die Außenpolitik. Da die deutsche Wiedervereinigung einen Wandel in den Grundlagen der deutsch-französischen Beziehungen zur Folge hatte, was sowohl auf europapolitischer als auch auf sicherheits- und außenpolitischer Ebene seine Wirkung zeigte, wird sie im Wandlungsteil als eigenständiger Punkt behandelt.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich ausschließlich mit den bilateralen Beziehungen seit dem Regierungswechsel in Deutschland im Jahr 2005. Dem schließt sich im vierten Teil der Untersuchung ein Schlusswort an, welchem schließlich im fünften Kapitel der Ausblick folgen wird, der versucht die Frage nach Kontinuität und Wandel auf die Zukunft bezogen zu beantworten und eine Prognose abzugeben.

Aus wissenschaftlicher Sicht kann mein Thema deshalb als interessant betrachtet werden, da es einen neuen Ansatz bietet. Die Untersuchung von Kontinuität und Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen erfolgte zwar am Rande<sup>11</sup>, bisher hat es jedoch keine Veröffentlichung gegeben, welche

---

<sup>11</sup> Wichard Woyke hat in seinem im Jahr 2000 veröffentlichten Buch: „Die deutsch-französischen Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt“ auch

die Entwicklung der letzten 15 Jahre der bilateralen Beziehungen unter diesem Aspekt untersucht hat und sie gleichzeitig bilanzierte. Damit besitzt diese Arbeit einen hohen Aktualitätsgrad.

Die Anzahl der Publikationen über die deutsch-französischen Beziehungen ist kaum überschaubar. Es wurden zahlreiche Monographien publiziert, die zum Teil seit der deutschen Wiedervereinigung aktualisiert wurden. Ein Beispiel ist das für diese Arbeit relevante Buch von Gilbert Ziebura, der die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen seit 1945 darstellt und welches 1997 in aktualisierter Form herausgegeben wurde.<sup>12</sup> Darüber hinaus ist das Werk von Wichard Woyke, das die Entwicklung der bilateralen Beziehungen in den 90er Jahren untersucht, für diese Arbeit von Bedeutung.<sup>13</sup> Bei der Untersuchung der deutschen und französischen Wahrnehmungsmuster hat die Veröffentlichung von Axel Sauder<sup>14</sup> einen besonderen Stellenwert für die vorliegende Arbeit, da sie sich in erster Linie mit den grundverschiedenen deutschen und französischen sicherheitspolitischen Konzeptionen auseinandersetzt. Neben diesen Monographien stellen wissenschaftliche Beiträge in Form von themenbezogenen Artikeln eine wichtige Quelle dar. Sie wurden teils von deutschen oder französischen Instituten, welche sich hauptsächlich mit der Deutschland - und Frankreichforschung beschäftigen, veröffentlicht und stellen ebenfalls wichtige Quellen dar. Für die Untersuchung von Kontinuität und Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen seit der Wiedervereinigung 1990 werde ich mich in erster Linie auf Sekundärquellen, d.h. Veröffentlichungen bekannter Deutschland- und Frankreichexperten, sowie Historiker und Politikwissenschaftler, die sich auf die deutsch-französischen Beziehungen spezialisiert haben, stützen. Sie sollen in Hinblick auf die Bewertung der bilateralen Beziehung des jeweiligen Autors analysiert werden und dem Herausarbeiten von Kontinuität und Wandel dienen. Die wissenschaftlichen Artikel sind vor allem in deutschen und französischen, aber auch politischen Fachzeitschriften zu finden. Die wichtigsten, für diese Arbeit von großer Bedeutung, aus der deutschen wissenschaftlichen Forschung sind: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Dokumente – Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Frankreich-Jahrbuch, Internationale Politik, Lendemains* und das

---

die Aspekte Kontinuität und Wandel untersucht, aber sie stellen nur einen von vielen Aspekten dar und stehen nicht im Zentrum seiner Arbeit

<sup>12</sup> Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Stuttgart, Verlag Günther Neske, 21997

<sup>13</sup> Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt, Opladen, Leske und Budrich, 2000

<sup>14</sup> Sauder, Axel: Souveränität und Integration. Französische und deutsche Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges, Baden-Baden, Nomos, 1995

*Europa-Archiv*. Von französischer Seite stellen die Fachzeitschriften *Revue d'Allemagne*, *Documents* und *Allemagne d'aujourd'hui* wichtige Quellen für die Bewertung der deutsch-französischen Beziehungen dar. Da viele Artikel von Deutschland- und Frankreichexperten oft in beiden Sprachen teilweise sogar zeitgleich veröffentlicht werden, kann es in dieser Arbeit vorkommen, dass die eine oder andere Quelle, welche eine französische Sichtweise repräsentiert, aus einer deutschen Fachzeitschrift stammt. Darüber hinaus werden aber auch Primärquellen, wie Reden von deutschen und französischen Politikern sowie dem jeweiligen Staatspräsidenten und Bundeskanzler für die Analyse herangezogen. Da gerade in Bezug auf die Aktualität meines Themas vor allem die Untersuchung des Zustandes der Beziehungen nach dem Regierungswechsel 2005 in Deutschland ein wichtiger Untersuchungsaspekt ist, ist die Einbeziehung der Printmedien in Form der wichtigsten deutschen und französischen Tageszeitungen von großer Bedeutung. Diese sind zum Beispiel: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Die Welt*, *Die Zeit* und *Le Monde*. Aber auch im zweiten Kapitel soll mit Hilfe der Printmedien eine weitere Perspektive in der Bewertung der zwischenstaatlichen Beziehungen aufgezeigt werden.



## 1 Die deutsch-französischen Beziehungen von 1945 bis 1990

Deutschland und Frankreich verbindet eine gemeinsame Geschichte, die bis zum Reich Karl des Großen zurückreicht. Über einen langen Zeitraum hinweg entwickelte sich im deutsch-französischen Verhältnis die so genannte Erbfeindschaft, welche für beide Länder in eine „Schicksalsgemeinschaft“<sup>15</sup> mündete. Das Aufkommen von Wahrnehmungsmustern im 19. Jahrhundert, welche zum größten Teil von Feindseligkeit geprägt waren, wirkte sich zunehmend belastend auf die bilateralen Beziehungen aus. Wichtig ist jedoch, dass sie auch heute noch im französischen Wahrnehmungsmuster enthalten sind. Aus den beiden Deutschlandbildern, die einerseits durch Mirabeau und andererseits durch Madame de Staël am Ende des 18. Jahrhunderts entstanden, entwickelte sich ein gegensätzliches Deutschlandbild. Mirabeaus Vorstellungen von Deutschland waren eng mit denen des deutschen Militarismus verknüpft, wohingegen Madame de Staëls Deutschlandbild eher von einem romantischem Deutschland geprägt war.<sup>16</sup> Mit dem nationalsozialistischen Regime unter Hitler im Dritten Reich, verlor jedoch, laut Hans Süssmuth, das französische Deutschlandbild der ‚Romantik‘ immer mehr an Bedeutung:

„Während das Bild von den Deutschen vor dem Zweiten Weltkrieg positive und negative Züge enthielt, haben Krieg und Besatzung den ‚Mythos‘ von den ‚Tugenden‘ der Deutschen zerstört.“<sup>17</sup>

Folglich hatten der deutsch-französische Krieg 1870/71, der durch die deutsche Annexion Elsass-Lothringens einen Ausbruch deutschen Nationalismus darstellte, sowie der Erste und Zweite Weltkrieg, in der französischen Wahrnehmung die Entwicklung von Ängsten gegenüber einem deutschen Großmachtstreben zur Konsequenz. Dass dieses Wahrnehmungsmuster gleichermaßen Auswirkungen auf das politische Handeln der Verantwortlichen in der Nachkriegszeit hatte, kann als eine logische Konsequenz der Erfahrung gesehen werden, die Frankreich mit Deutschland im Rahmen dieser drei Kriege gemacht hatte. Daher kann die Zeit zwischen 1945 bis zum Ende des Ost-

---

<sup>15</sup> Menyesch, Dieter/Uterwedde, Henrik: Frankreich – Deutschland. Der schwierige Weg zur Partnerschaft, In: Politik kurz und aktuell, Nr. 21, Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, 41988, S. 3

<sup>16</sup> Vgl. Kolboom, Ingo: Vom geteilten zum vereinten Deutschland. Deutschland-Bilder in Frankreich, In: Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, 61, Europa Union Verlag, Bonn, 1992, S. 14

<sup>17</sup> Süssmuth, Hans: Kontinuitäten im Wandel – Deutschlandbilder in Ost- und Westeuropa, In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Band 26, 1997, S. 230

West-Konfliktes 1990 als eine Phase der Versöhnung in den deutsch-französischen Beziehungen betrachtet werden, die sich in unterschiedlichen Etappen vollzogen hat. Einen nicht unerheblichen Einfluss auf diese Versöhnung hatten die jeweiligen Präsidenten und Bundeskanzler, denn ihre Wahrnehmung beeinflusste ihr jeweiliges politisches Handeln. In welche Richtung sich die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg auf europäischer, sicherheits- und außenpolitischer Ebene fortentwickelt haben, soll mit Hilfe einer kurzen Skizzierung der bilateralen Beziehungen Gegenstand dieses Kapitels sein.

### **1.1 Französische Deutschlandpolitik und deutsche Europapolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs**

Ausgehend von dem „absoluten Tiefpunkt“<sup>18</sup>, den das deutsch-französische Verhältnis 1945 erlebte, da Deutschland von den Siegermächten besetzt war und sich mit einer internationalen Besatzungspolitik konfrontiert sah, entwickelte sich eine langsame Annäherung der beiden Partner in den Folgejahren. Hierbei spielten die französische Deutschlandpolitik und die deutsche Europapolitik eine wesentliche Rolle. Dass in diesem Kontext der Gegenüberstellung der Politiken beider Länder nicht von einer deutschen Frankreichpolitik gesprochen werden kann, liegt an der Tatsache, dass das besetzte Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren keine eigenständige Außenpolitik betrieb, sondern erst im europäischen Rahmen langsam wieder anfang Fuß in außenpolitischer Hinsicht zu fassen.

Das französische nationale Sicherheits- und Integrationskonzept gegenüber Deutschland beinhaltete einerseits ein Streben Frankreichs nach Sicherheit vor Deutschland, eine französische Vormachtsstellung in Europa und eine generelle Schwächung Deutschlands. Andererseits verfolgte Frankreich eine feste Einbindung Deutschlands in die europäische Staatengemeinschaft, um „den alten deutsch-französischen Gegensatz im Rahmen einer europäischen politischen Einigung“ überwinden zu können.<sup>19</sup> Daher kann die französische Deutschlandpolitik in der Nachkriegszeit als eine „doppelte Deutschlandpolitik“<sup>20</sup> bezeichnet werden: beiden Konzeptionen lag eine tiefsitzende Angst vor einem

---

<sup>18</sup> Ibid., S. 29

<sup>19</sup> Vgl. ibd. S. 31

<sup>20</sup> Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, S. 70

Widererstarben Deutschlands zugrunde und sie hatten hauptsächlich zum Ziel, Frankreichs Unabhängigkeit zu wahren und zugleich die Spaltung Europas zu verhindern.<sup>21</sup> Frankreichs Pläne hinsichtlich Deutschlands Zukunft wurden jedoch durch die Interessen der anderen Alliierten, vor allem der USA und Russlands, relativiert. Hierbei war die Tatsache, dass die Amerikaner immer weniger gewillt waren, „ein von Frankreich gefordertes Restdeutschland ohne eigene Ressourcen hinzunehmen“<sup>22</sup> und dass Russland „die Mitverfügung über ein nicht völlig entmachtetes Deutschland“<sup>23</sup> anstrebte, der Auslöser für das Scheitern der französischen doppelten Deutschlandpolitik. Dies hatte eine Verstärkung des Ost-West-Konfliktes zur Folge:

„In dem Maße wie sich im Frühjahr 1947 der Ost-West-Konflikt verschärfte [...] und Frankreich in den Sog der amerikanischen Hegemonialpolitik geriet, brach seine an maximalistischen Zielen orientierte Deutschlandpolitik endgültig zusammen.“<sup>24</sup>

Da Frankreich für den Wiederaufbau des eigenen Landes auf die amerikanische finanzielle Hilfe angewiesen war, blieb ihm nur die Möglichkeit auf europäischer Ebene eine von den USA unabhängige Politik zu führen. Somit leitete das französische Beharren auf seiner Deutschlandpolitik eine Verschärfung des Ost-West-Konfliktes sowie die amerikanisch-sowjetische Blockbildung ein und ebnete den Weg zur Teilung Deutschlands. Dies war die Geburtsstunde des europäischen Gedankens. Mit der Gründung der Westunion und der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, aufgrund des Schuman-Plans, sowie der Gründung der EWG und EURATOM, wurde die Westintegration Deutschlands<sup>25</sup> gewährleistet und Deutschland erhielt dadurch seine politische Anerkennung. Dies entsprach auch der deutschen Europapolitik, die sich auf eine Westintegration Deutschlands, auf äußere Sicherheit und Gleichberechtigung konzentrierte.<sup>26</sup> Die Sicherheitsgarantie erhielt es durch seine Mitgliedschaft im europäischen Integrationsverband und gleichzeitig erlangte es durch den Integrationsprozess die politische Gleichheit mit den anderen europäischen Staaten, so auch Frankreich.<sup>27</sup> Somit stellten diese europäischen Initiativen Deutschlands und Frankreichs einen Wandel in

---

<sup>21</sup> Vgl. ibd., S. 58

<sup>22</sup> ibd., S. 60

<sup>23</sup> ibd., S. 57

<sup>24</sup> ibd., S. 60

<sup>25</sup> Wenn im folgenden Text von Deutschland gesprochen wird, so ist damit die nach der Teilung entstandene BRD gemeint, d.h. der westliche Teil Deutschlands.

<sup>26</sup> Vgl. Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München, Verlag C.H. Beck, 1999, S. 20

<sup>27</sup> Vgl. Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. S. 21

den bilateralen Beziehungen dar. Der europäische Einigungsprozess hatte ebenfalls eine Annäherung beider Länder zur Folge. Sie entwickelten sich nun zu Partnern im europäischen Einigungsprozess, in dem sie eine Schlüsselrolle einnahmen. Dennoch kann in diesem Stadium der bilateralen Beziehungen noch von keiner Aussöhnung gesprochen werden. Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, das seine Ursachen in französischen Ängsten vor einer Wiederbewaffnung Deutschlands fand, sollte dies verdeutlichen. Aufgrund der Erfahrungen, die Frankreich mit Deutschland in der Vergangenheit gemacht hatte, löste die Vorstellung der Wiederkehr eines deutschen Militarismus in allen politischen Lagern Frankreichs ein starkes Unbehagen aus.<sup>28</sup> Somit blieb Deutschland in der Westeuropäischen Union als Mitglied verankert und trat der NATO bei. Damit änderte sich Frankreichs Rolle gegenüber Deutschland, das nun nicht mehr Sieger- und Besatzungsmacht, sondern Schutzmacht für Deutschland wurde.

Die französische Deutschlandpolitik und die deutsche Europapolitik in der Nachkriegszeit können also im Wesentlichen als komplementär betrachtet werden. Für Frankreich hatte die Westverankerung Deutschlands den Vorteil, dass es mit seiner neuen Strategie der „Kontrolle durch Integration“<sup>29</sup> seine Ziele in der französischen Deutschlandpolitik erreicht sah, die vor allem in der Verhinderung einer deutschen Übermacht bestanden. Deutschland hingegen erreichte durch seine Integrationspolitik im europäischen Einigungsprozess die Schaffung einer Vertrauensbasis gegenüber seinen europäischen Nachbarn und wurde damit politisch aufgewertet.<sup>30</sup> Ebenso entwickelte sich die deutsche Teilung zu einer entscheidenden Grundlage in den deutsch-französischen Beziehungen, da sie einerseits die Bildung eines Gesamtdeutschlands verhinderte und andererseits für Frankreich eine führende Rolle in Europa begünstigte, denn es vergrößerte seinen außenpolitischen Handlungsspielraum.<sup>31</sup> Das französische Bestreben, seinen Großmachtstatus in der Welt zu erhalten, war ein wichtiges außenpolitisches Ziel der französischen Nachkriegspolitik. Daher wurden das von den Siegermächten erteilte Mitspracherecht Frankreichs für Deutschland und Berlin sowie der Sitz im Weltsicherheitsrat zu französischen Statussymbolen:

„Dies verbriefte Mitspracherecht für Deutschland und Berlin gehört ebenso wie der Sitz im Weltsicherheitsrat – und später der Besitz der Atombombe – zu den Statussymbolen und Instrumenten, die Frankreich nicht nur wichtig sind, weil sie seinen Rang erkennen

---

<sup>28</sup> Menyesch, Dieter/Uterwedde, Henrik: Frankreich – Deutschland, S. 34 f.

<sup>29</sup> Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung, S. 20

<sup>30</sup> Vgl. ibd., S. 21

<sup>31</sup> Vgl. ibd., S. 20

lassen, sondern auch, weil es darin Garantien für die Mitgestaltung europäischer Zukunft sieht, die ihm seine Sicherheit gewährleisten können.<sup>32</sup>

Mit dieser Aussage unterstreicht Ernst Weisenfeld die Relevanz der Erhaltung des französischen Großmachtranges, die es Frankreich ermöglichte, in internationalen Angelegenheiten ein wichtiger politischer Akteur zu sein. Ebenso sicherte es seine Kontrolle über Deutschland, die als unabdingbar empfunden wurde, da es aufgrund seiner Größe und wirtschaftlichen Stärke stets als Gefahr von Frankreich wahrgenommen wurde. Und schließlich stellte in diesem Zusammenhang der europäische Einigungsprozess für beide Länder den geeigneten Rahmen dar, ihre von Feindbildern geprägte Beziehung revidieren und sich auszusöhnen zu können.

## **1.2 Grundstrukturen des deutsch-französischen Bilateralismus während des Ost-West-Konfliktes**

Eine Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sollte mit dem Elysée-Vertrag eingeleitet werden. Er war nicht nur Ausdruck des gemeinsamen Willens, in Europa eine gewisse politische Verantwortung zu übernehmen, sondern hatte auch weiterhin eine Annäherung beider Länder zur Folge, da sich beide zur gegenseitigen Solidarität bekannten und sie somit ein freundschaftliches Verhältnis entwickelten. Gleichzeitig begründete der Elysée-Vertrag die Institutionalisierung<sup>33</sup> der bilateralen Kooperation. Regelmäßige Konsultationen beider Länder z.B. hinsichtlich außenpolitischer Fragen, sollten das Ziel erreichen, zu einer gemeinsamen Haltung zu gelangen. Darüber hinaus formulierte der Vertrag auch im wirtschaftlichen, kulturellen und sicherheitspolitischen Bereich eine Intensivierung der Zusammenarbeit.<sup>34</sup>

Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Fouchet-Pläne, die die französische Europakonzeption der Errichtung eines europäischen Direktorats im Rahmen

---

<sup>32</sup> Weisenfeld, Ernst: Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945, München, Beck 1986, S. 22

<sup>33</sup> Mit der Institutionalisierung sind hier die halbjährlich stattfindenden persönlichen Konsultationen der Staats- und Regierungschefs und die vierteljährlichen Treffen der Außen- und Verteidigungsminister gemeint. Zudem wurden dem Vertrag 1988 zwei Zusatzprotokolle hinzugefügt, welche die Schaffung eines gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitsrates, eines Deutsch-Französischen Finanz- und Wirtschaftsrates und eines Deutsch-Französischen Kulturrates beinhalteten

<sup>34</sup> Vgl. Der Elysée-Vertrag von 1963. Gemeinsame Erklärung zum 22. Januar 1963, In: Defrance, Corine/Pfeil, Ulrich: Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945-1963-2003, München, Oldenbourg Verlag, 2005, S. 279 ff.

der EWG beinhalteten, gelang es General de Gaulle mit Hilfe des Elysée-Vertrages auf deutsch-französischer Grundlage das zu verwirklichen, was die EWG-Partner verweigert hatten. Denn seine außenpolitischen Interessen, vor allem in Bezug auf Europa, bestanden darin, ein „selbstständiges, von den beiden Supermächten unabhängiges Europa zu verwirklichen“<sup>35</sup>. So lagen der französischen Europakonzeption einerseits die Sicherung eines angemessenen Ranges in der Weltpolitik und andererseits die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit zugrunde. Die deutsche Europakonzeption orientierte sich hingegen eher an einer europäischen Integration, die zu einem europäischen Bundesstaat führen sollte, was somit eine Überwindung des klassischen Nationalstaates zur Folge gehabt hätte.<sup>36</sup> Darüber hinaus sah Deutschland in der Zusammenarbeit mit den USA im atlantischen Bündnis die Möglichkeit, sein Interesse an einer deutschen Wiedervereinigung durchzusetzen. Durch die deutsche Politik der Stärke, die es zweifellos mit der Integration im Atlantischen Bündnis besaß, wurde ein Herauslösen der DDR aus dem östlichen Lager anvisiert.<sup>37</sup> Damit traten zum ersten Mal erhebliche Divergenzen in den Europakonzeptionen der beiden Gründerväter des Elysée-Vertrages zutage, die sich auf die unterschiedlichen, ja fast schon konträren Interessen vom Bundeskanzler und Staatspräsidenten zurückführen ließen. De Gaulle strebte in jedem Fall eine Abspaltung vom Atlantischen Bündnis an, die z.B. durch den NATO-Austritt Frankreichs aus der gemeinsamen Verteidigungsorganisation verdeutlicht wurde, um seine Unabhängigkeit in europa-, sicherheits- und außenpolitischer Hinsicht erhalten zu können. Deutschland schlug die Gegenrichtung ein, weil es in der intensiven Zusammenarbeit mit den USA sowie im Atlantischen Bündnis seine sicherheits- und außenpolitischen Interessen realisieren wollte. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch, warum Deutschland dem Elysée-Vertrag eine Präambel hinzufügte, die eine Bekräftigung der deutsch-amerikanischen außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit enthielt. Dass diese zu Ungunsten der Erreichung der außenpolitischen Ziele Frankreichs war, zeigte sich an der verstimmtten Reaktion de Gaulles auf die Präambel.<sup>38</sup> Schließlich visierte er in erster Linie mit dem Elysée-Vertrag die Verwirklichung außenpolitischer Interessen und Ziele Frankreichs an, wohingegen für Adenauer der Vertrag eher die Möglichkeit zur Aussöhnung mit dem französischen Nachbarn und ‚Erbfeind‘ darstellte und weniger die Unter-

---

<sup>35</sup> Menyesch, Dieter/Uterwedde, Henrik: Frankreich – Deutschland, S. 47

<sup>36</sup> Vgl. ibd., S. 47

<sup>37</sup> Vgl., ibd., S. 48

<sup>38</sup> Vgl., ibd., S. 49

stützung französischer außenpolitischer Ziele. In Folge dieser unterschiedlichen Interessen gestaltete sich eine deutsch-französische Zusammenarbeit unter de Gaulle und Adenauer schwierig. Die französische Ablehnung des EWG-Beitritts Großbritanniens und die Ablehnung des Abstimmungsverfahrens der Kommission, um das politische Gewicht der Kommission zu erhöhen, lassen sich somit auf die unterschiedlichen Europakonzeptionen beider Länder zurückführen und führten zu einer Blockade-Politik in der EWG. Obwohl sich die Praktizierung der im Elysée-Vertrag formulierten Ziele einer gemeinsamen deutsch-französischen Zusammenarbeit letztendlich unter Adenauer und de Gaulle als schwierig erwies, zeigte sich jedoch an der Politik der Nachfolgeregierungen, dass es nicht immer so konfliktreich zugehen musste. Georges Pompidou als direkter Nachfolger de Gaulles und Willy Brandt erreichten einige Fortschritte auf europäischer Ebene. Ursache dafür waren die im Vergleich zu ihren Vorgängern unterschiedlichen Politikstile der beiden Akteure. Pompidou war zwar gaullistisch orientiert, agierte jedoch „pragmatischer, realistischer und im Stil weniger verletzend als sein Vorgänger“<sup>39</sup>. Dies erleichterte den Handlungsspielraum in außenpolitischer Hinsicht und führte z.B. nicht zu einer Kontrahaltung Pompidous gegenüber der von Brandt betriebenen neuen Ostpolitik, die ein besseres Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten zu erreichen versuchte. Auch wenn dies in Frankreich gewisse Ängste auslöste, diese neue Ostpolitik könne zu einem erneuten Rapallo-Abkommen<sup>40</sup> führen, unterstützte Pompidou sie von Grund auf. Dass der neue Politikstil der französischen Regierung nicht gleich zu einer atlantischen Politik führen sollte, verdeutlichte sich an der Ölkrise, in der sich Frankreich weigerte, eine einheitliche Position gegenüber den ölfördernden Ländern unter amerikanischer Führung einzunehmen. Stattdessen nutzte Pompidou die guten Beziehungen zu den arabischen Ländern, um eine Politik der Zusammenarbeit der EG mit den Nahoststaaten in Gang zu setzen.<sup>41</sup> Deutschland hingegen knüpfte an den von Adenauer eingeschlagenen Weg an, der sich in einer Bereitschaft mit den USA zusammenzuarbeiten äußerte und somit eine Befürwortung der amerikanischen Politik hinsichtlich der Ölkrise beinhaltete.

Auch die auf Pompidou und Brandt folgenden Regierungen lassen eine Fortführung des europäischen Integrationsprozesses sowie gemeinsame

---

<sup>39</sup> Ibd., S. 53

<sup>40</sup> Das Rapallo-Abkommen von 1922 beinhaltete eine deutsch-sowjetische Sondervereinbarung, in der beide Länder auf alle gegenseitigen Forderungen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges verzichteten und sich damit von den internationalen Bemühungen um eine allgemeine Sicherheit abwendeten.

<sup>41</sup> Vgl. Menyesch, Dieter/Uterwedde, Henrik: Frankreich – Deutschland, S. 56

Initiativen erkennen. Giscard D'Estaing, der nicht wie seine Vorgänger als Gaullist bezeichnet werden konnte, löste Hoffnungen bei der deutschen Regierung auf eine engere europäische Zusammenarbeit aus. Obwohl sich Deutschland und Frankreich anlässlich der Koordinierung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik und der Europawahl der europäischen Idee annäherten, stießen sie aber auch auf innenpolitischen Widerstand. Hier trat das bereits seit de Gaulle entstandene Problem der unterschiedlichen Europakonzeptionen noch einmal auf. Der Versuch, die französische Wirtschaftspolitik der deutschen sozialen Marktwirtschaft anzupassen, löste in Frankreich Ängste vor einer deutschen wirtschaftlichen Übermacht innerhalb Europas aus. Diese Ängste wurden durch die Europawahl noch verstärkt, welche eine Bedrohung der französischen Unabhängigkeit aufgrund ihres supranationalen Charakters darstellte:

„So trat die deutsche Delegation unter Führung Walter Hallsteins, eines überzeugten Föderalisten, für stärker supranational geprägte Institutionen ein, während Frankreich sie abzuschwächen suchte [...].“<sup>42</sup>

Diese Idee eines föderalistischen Europas stand dem französischen Festhalten am Nationalstaat gegenüber. Das zum Teil historisch, aber auch kulturell bedingte, unterschiedliche Verständnis des Begriffes ‚Nation‘ in beiden Ländern trat in diesem Kontext wieder zum Vorschein. Deutschland, das aufgrund der Erfahrungen des Nationalsozialismus im Dritten Reich mit dem Begriff ‚Nation‘ eher eine negative Vorstellung verband, sah deshalb im europäischen Integrationsverband die geeignete Möglichkeit, sich von dieser Tendenz abzuwenden. In Frankreich hingegen hat der Begriff ‚Nation‘ eine sehr positive Konnotation, denn er begründet sich auf demokratisch-republikanischen Werten.<sup>43</sup> Hans Jürgen Lüsebrink sieht im Vergleich zwischen der deutschen und französischen Auffassung von Nation folgende Unterschiede:

„Die französische Auffassung von Nation unterscheidet sich durch ihr revolutionäres Selbstverständnis, durch ihre Betonung der Einheit von Sprache und Nation sowie durch die Konstruktion und Vermittlung einer nationalen Sicht der eigenen Geschichte, nicht jedoch durch eine ethisch oder biologistisch begründete Differenz zwischen nationaler Identität und ‚fremder Identität‘, die für den deutschen Nationalismus des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts grundlegend ist.“<sup>44</sup>

Daher ist die logische Konsequenz, dass Frankreich die europäische

---

<sup>42</sup> Ziebur, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, S. 83

<sup>43</sup> Vgl. Lüsebrink, Hans-Jürgen: Einführung in die Landeskunde Frankreichs, Stuttgart, Verlag J.B. Metzler, 2003, S. 105

<sup>44</sup> Ibd.



Annäherung eher als Bedrohung für den Nationalstaat empfindet. Würde man versuchen den französischen Nationalstaat zu schwächen, ergäben sich laut René Lenoir, ehemaliger Direktor der Eliteschule ENA, folgende Konsequenzen:

„Dans un pays comme la France, affaiblir l'Etat, c'est affaiblir la citoyenneté, qui n'est pas affaire de convenances mais d'adhésion à des règles démocratiques, à un contrat social, à une façon de vivre ensemble [...]“<sup>45</sup>

Diese Aussage impliziert, dass die Nation und die nationale Identität hauptsächlich durch den Staat geprägt werden. Vor dem Hintergrund dieser nationalen Identitätsdebatte gestalteten sich im weiteren Verlauf die Beziehungen unter Giscard D'Estaing und Helmut Schmidt, trotz der innenpolitischen Barrieren und des französischen Festhaltens am Nationalstaatsgedanken, produktiv hinsichtlich des europäischen Einigungsprozesses. Die noch unter Schmidt vereinbarte Verstärkung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit dem 1981 neu gewählten sozialistischen Präsidenten François Mitterrand zeugte von einer beständigen Kontinuität der gemeinsamen deutsch-französischen Zusammenarbeit.<sup>46</sup> Sie wurde auch unter seinem Nachfolger Helmut Kohl weitergeführt, was sich in der Schaffung sicherheitspolitischer Institutionen<sup>47</sup> unter Kohl und Mitterrand zeigte. Dies stellte nicht nur ein Symbol für die enge Freundschaft zwischen beiden Ländern dar, sondern war auch eine Reaktion Mitterrands auf die deutsche Ostpolitik, die die Nachfolger Brandts weitergeführt hatten. Denn die engere Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich bedeutete auch gleichzeitig eine engere Einbindung Deutschlands, was wiederum die Gefahr eines deutschen Abdriftens nach Osten verringerte. Der Grund, warum derartige französische Ängste vor einem neuen Rapallo-Abkommen immer wieder aufkamen, kann anhand der unterschiedlichen politischen Ausgangsbasis der beiden Länder erklärt werden. Frankreich, das aufgrund seiner fehlenden Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis eine weitgehend unabhängige nationale Verteidigungspolitik betreiben konnte, musste natürlich nicht soviel Rücksicht auf seine Partner nehmen. Für Deutschland hingegen war diese Rücksichtnahme schon allein aus zwei Gründen erforderlich: zum einen war die Bundesrepublik direkter

---

<sup>45</sup> Colombani, Jean-Marie/Solé, Robert: Un entretien avec René Lenoir – „Dans un pays comme la France, affaiblir l'Etat c'est affaiblir la citoyenneté“, In: Le Monde vom 11.2.1992, S. 2

<sup>46</sup> Vgl. Menyesch, Dieter/Uterwedde, Henrik: Frankreich – Deutschland, S. 61

<sup>47</sup> Gemeint sind hier die Bildung eines gemeinsamen deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung, die Bildung eines deutsch-französischen Verteidigungsrates zur Koordinierung der Sicherheitspolitik und die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade Ende der 80er Jahre

Nachbar der DDR, was eine Entspannungspolitik gegenüber dem Osten verlangte und zum anderen war es durch seine Mitgliedschaft im gemeinsamen Verteidigungsbündnis der NATO voll eingebunden und damit von den amerikanischen Sicherheitsgarantien abhängig.<sup>48</sup> Deutschland konnte sich also nicht die gleichen sicherheits- und verteidigungspolitischen Freiheiten leisten wie Frankreich. Vor diesem Hintergrund wirkt aus deutscher Sicht die französische Wahrnehmung und die daraus resultierende Vermutung, hinter der deutschen Entspannungspolitik würde sich ein Neutralitätsstreben verbergen, deplatziert. Dass hier unterschiedliche Wahrnehmungsstrukturen zutage treten ist vor allem auf die unterschiedlichen historischen Erfahrungen, die beide Länder miteinander gemacht haben, zurückzuführen. Trotz allem bewiesen Kohl und Mitterrand, dass auch für sie die Europapolitik einen Schwerpunkt in ihrer Zusammenarbeit bildet. Dies zeigte sich daran, dass beide Partner Initiative zeigten, um dringende Reformen in der Agrarpolitik, der Finanzierung der Gemeinschaft und in der neuen Gemeinschaftspolitik nach dem Beitritt Spaniens und Portugals in Angriff zu nehmen. Sie gaben sogar der EG mit der Planung eines europäischen Binnenmarktes bis 1992 „eine neue, vorwärtsweisende Perspektive“.<sup>49</sup>

Global lässt sich mit der obigen Darstellung der bilateralen Beziehungen eine Kontinuität hinsichtlich des Willens, den europäischen Integrationsprozess voranzutreiben, erkennen. Das Fundament der deutsch-französischen Zusammenarbeit bildete dabei die Teilung Deutschlands und die europäische Einbindung der Bundesrepublik. Zwar waren sie keine gleichberechtigten Partner, aber das war vielleicht auch der Grund, warum es keine großen Brüche in den deutsch-französischen Beziehungen während des Ost-West-Konfliktes gegeben hatte. Vielmehr lässt sich erkennen, dass die unterschiedlichen Europakonzeptionen oder sicherheits- und außenpolitischen Interessen der jeweiligen politischen Akteure zeitweilig Anregungen für Kompromissfindungen in der bilateralen Zusammenarbeit gaben. Ausgehend von der Situation 1945 haben Deutschland und Frankreich durch ihre Annäherung vor allem auf europäischer aber auch auf bilateraler Ebene eine erfolgreiche Entwicklung erfahren. Indem sich das Verhältnis von einer ‚Erbfeindschaft‘ zu einer Freundschaft entwickelte, zeigten beide Länder eine große Verantwortungsbereitschaft für ein friedliches Europa. Mit dem Elysée-Vertrag und den damit verbundenen regelmäßigen Konsultationen beider Partner, erreichten sie eine

---

<sup>48</sup> Vgl. Menyesch, Dieter/Uterwedde, Henrik: Frankreich – Deutschland, S. 62 f.

<sup>49</sup> *Ibid.*, S. 66

weitgehend konstruktive bilaterale Zusammenarbeit im europäischen Rahmen. Auch wenn teilweise unterschiedliche Interessen auf beiden Seiten bestanden, so zeigte sich doch spätestens seit dem Antritt der Nachfolger de Gaulles und Adenauers, dass es Möglichkeiten gab diese zu überwinden.

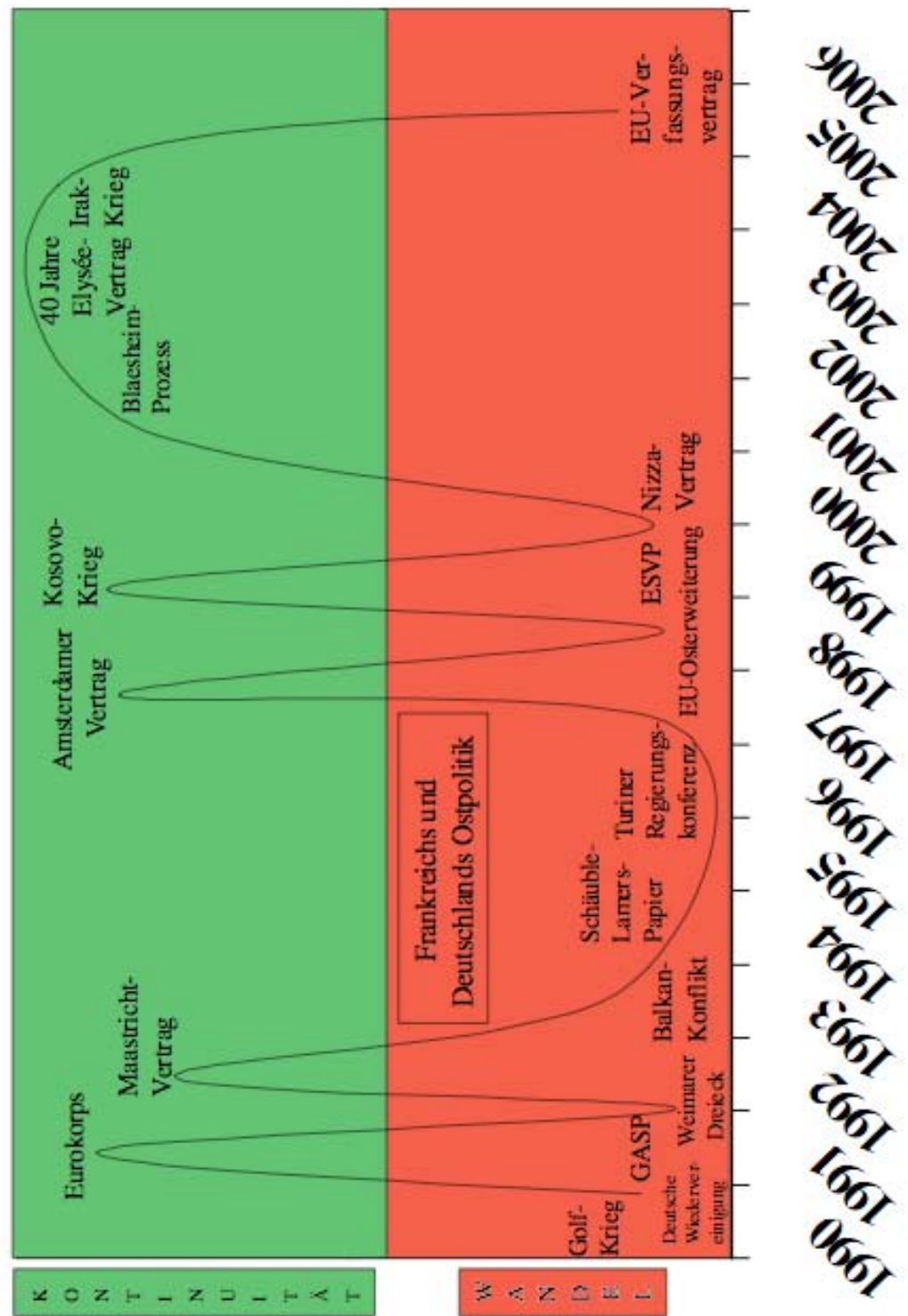
## 2 Kontinuitäts- und Wandlungsmomente in den deutsch-französi- schen europa-, sicherheits- und außenpolitischen Beziehungen seit 1990

Vor dem Hintergrund der Beendigung des Ost-West-Konfliktes, der einen Epochenwechsel markierte, lassen sich in europa-, sicherheits- und außenpolitischer Hinsicht Kontinuität und Wandel im deutsch-französischen Verhältnis feststellen. Um dieser Arbeit eine größere Übersichtlichkeit zu verleihen, ist ihr auf Seite 21 eine graphische Darstellung beigelegt, welche die Kontinuitäts- und Wandlungsmomente im Zeitraum von 1990 bis 2005 zusammenfassend darstellt.

Die Darstellung beschreibt das Auf und Ab in den deutsch-französischen Beziehungen, das in Zusammenhang mit bedeutsamen historisch-politischen Ereignissen gesetzt ist. Diese Ereignisse waren entweder kritisch oder neuartig für das zwischenstaatliche Verhältnis und zeigen daher einen Wandel in den Beziehungen an bzw. hatten Veränderungen in den Beziehungen zur Folge, oder sie spiegeln beständige Haltungen, Ansichten und Verhaltensweisen beider Länder wider wie z.B. den Willen zur gemeinsamen Zusammenarbeit, der mit dem Versuch verbunden war, die Kontinuität der deutsch-französischen Zusammenarbeit durch z.B. kooperative Initiativen auf europa-, sicherheits- und außenpolitischer Ebene zu erhalten.

Die Momente, die in Abbildung 1 der Kontinuitäts-Seite zugehörig sind, zeichnen sich also grundsätzlich durch einen Zustand der Interessenskonvergenz im deutsch-französischen Verhältnis aus, der zu erhalten versucht wurde, indem die zugrunde liegenden Gemeinsamkeiten betont und weiterentwickelt wurden. Die Ereignisse, die in der unteren Hälfte der Grafik an der Kurve vermerkt sind, gingen mit Spannungen oder sogar Krisen in den zwischenstaatlichen Beziehungen einher und zeigen einen Zustand der Interessensdivergenz an, dem man zu begegnen versuchte, indem man entsprechende Veränderungen herbeiführte. Diese bestanden z.B. in Neuerungen wie dem Projekt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder der Gründung des Weimarer Dreiecks.

Abbildung 1: Kontinuität und Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1990 und 2005



## 2.1 Kontinuitätsmomente

Bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entpuppte sich die „Deutsche Frage“<sup>50</sup> als ein Dauerproblem der internationalen Politik. Die unterschiedlichen deutschlandpolitischen Konzeptionen und Ziele der Siegermächte waren einerseits für die Entstehung des Ost-West-Gegensatzes und andererseits für die Teilung Deutschlands in zwei Staaten verantwortlich. Die daraufhin folgende Institutionalisierung Europas war eine französische Reaktion auf die Situation Deutschlands, das für Frankreich noch nicht ausreichend eingebunden war, um keine Gefahr mehr darzustellen. Auf dem Weg nach Europa bildeten die deutsch-französischen Beziehungen einen wesentlichen Akteur. Schließlich fand die zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Abschluss des Elysée-Vertrages ihren Höhepunkt. Aufgrund dieses Willens zur gemeinsamen Zusammenarbeit entwickelte sich in den deutsch-französischen Beziehungen die Übernahme einer Motorfunktion im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Dieser Rolle gerecht zu werden, erforderte auf beiden Seiten Zugeständnisse. So kann diese Anforderung als das Fundament der deutsch-französischen Beziehungen während des Ost-West-Konfliktes betrachtet werden. Das französische Interesse, Deutschland auch nach der Wiedervereinigung noch kontrollieren zu wollen, findet seinen Ausdruck in zahlreichen französisch-europäischen Initiativen, die beabsichtigten, Deutschland auf europäischer Ebene weiterhin einzubinden. Zeitlich gesehen stellt der Abschluss des Maastrichter Vertrages das erste Kontinuitätsmoment in der deutsch-französischen kontinuierlichen Zusammenarbeit dar. In europapolitischer Hinsicht folgt ihm der Amsterdamer Vertrag und Anfang des 21. Jahrhunderts der Blaesheim-Prozess sowie die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages. Im sicherheitspolitischen Bereich drückt die Schaffung des Eurokorps einen Willen zur gemeinsamen militärischen Zusammenarbeit aus. Darüber hinaus bilden die deutsch-französische Zusammenarbeit im Kosovo-Krieg 1999 wie auch im Irak-Krieg 2003 weitere Kontinuitätsmomente.

---

<sup>50</sup> Kirste, Knut: Rollentheorie und Außenpolitikanalyse – Die USA und Deutschland als Zivilmächte, Frankfurt/M., Peter Lang Verlag, 1998, S. 223

### 2.1.1 Die deutsch-französische Kooperation im Bereich der EU-Politik

Trotz der enormen Umwälzungen, die durch das Ende des Ost-West-Konfliktes und die Wiedervereinigung verursacht wurden, fand eine aktive deutsch-französische Beteiligung im europäischen Integrationsprozess statt. Sie war gewissermaßen eine Herausforderung für das deutsch-französische Paar, das nun unter veränderten Rahmenbedingungen weiterhin die Rolle des Motors in Europa übernehmen wollte:

„[...] der Anbruch der Post-Kalten-Krieg-Ära stellte die neue Herausforderung für jenes deutsch-französische Gespann dar, das – wenn auch nicht immer frei von Argwohn, Unterstellungen und Missverständnissen – gleichwohl zum Motor der europäischen Konstruktion geworden war.“<sup>51</sup>

Mit dem erfolgreichen Abschluss des Maastrichter Vertrages Anfang der 90er Jahre, aber auch des Amsterdamer Vertrages 1997, lässt sich eine Fortsetzung der französischen Europapolitik erkennen, die unter Präsident François Mitterrand von einer Heranführung Frankreichs an Europa gekennzeichnet war. Deutschland setzte trotz der deutschen Wiedervereinigung die Europapolitik der alten Bundesrepublik fort, welche in einem „kooperativen Internationalismus“<sup>52</sup> mit stark ausgeprägten supranationalen Zügen bestand.<sup>53</sup>

Weiterhin zeichnete sich die kontinuierliche deutsch-französische Kooperation auf europäischer Ebene durch bilaterale Initiativen aus. Der Ausdruck des gemeinsamen Willens in Europa auch weiterhin Antriebskraft zu sein, wurde durch den Blaesheim-Prozess und die Feierlichkeiten des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages unterstrichen, was nichts anderes darstellte als eine Betonung der langjährigen deutsch-französischen Freundschaft und Partnerschaft im bilateralen und europäischen Rahmen.

#### 2.1.1.1 Der Maastricht-Vertrag und die Gründung der EU

Der erfolgreiche Abschluss des Maastrichter Vertrages unter deutsch-französischer Führung steht im Zeichen der kontinuierlichen europäischen Zusammenarbeit beider Länder. Der in Maastricht am 7.2.1992 von allen zwölf Mitgliedsstaaten unterzeichnete Vertrag über die Europäische Union stellte

---

<sup>51</sup> Manfrass-Sirjacques, Françoise: Deutschland-Frankreich-Europa-USA. Die Verlagerung der Gewichte und das französische Tauziehen, In: Dokumente, Heft 4/1992, S. 275

<sup>52</sup> Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung, S. 36

<sup>53</sup> Vgl. ibd., S. 36

zudem einen weiteren Schritt in der europäischen Integrationsgeschichte dar. Er knüpft als Wegmarke im Integrationsprozess an die Schuman-Erklärung von 1950, die Konferenz von Messina 1956, die Gipfelkonferenzen von Den Haag 1969, Paris 1974 und Mailand 1985 an.<sup>54</sup> Er ist also ebenfalls eine kontinuierliche Fortführung der Integrationsbemühungen der einzelnen Mitgliedstaaten seit 1950.

Der Weg zum Maastrichter Vertrag und zur Politischen Union Europas war stark von deutsch-französischen Projekten geprägt. Vor allem Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterrand zeigten großes Interesse an der Ratifizierung des Vertrages. In ihrem gemeinsamen Brief im April 1990 an den irischen Ratsvorsitzenden, Premierminister Charles Hughley, schlugen Kohl und Mitterrand den anderen EG-Mitgliedsstaaten vor, neben der wirtschaftlichen Union eine politische Union zu gründen. Damit knüpften sie an die deutsch-französische Tradition des gemeinsamen Briefes an, die eine symbolhafte Geste für die gemeinsame Zusammenarbeit darstellt. Mit dieser Inangriffnahme zeigte sich also die konvergente Haltung beider Staatsmänner und ihrer Regierungen hinsichtlich einer Intensivierung der europäischen Integration. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag folgten weitere bilaterale Initiativen. Für einen politischen Ausbau der Europäischen Union schlugen Kohl und Mitterrand vor, eine „Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaftskompetenzen“<sup>55</sup> vorzunehmen.<sup>56</sup> Ebenso thematisierten sie die Errichtung eines Rats der Innen- und Justizminister. Neben diesen Initiativen waren auch die Einführung einer Unionsbürgerschaft sowie die gemeinsame Initiative zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein Ausdruck der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.

Sicherlich hatten beide politische Akteure unterschiedliche Motivationen und Interessen, diese sich vertiefende Integration weiter zu verfolgen, wichtig ist jedoch, dass sie sich letztendlich als komplementär herausstellten. Frankreichs Motivationen lagen tief greifende Ängste vor einer deutschen Übermacht in Europa zugrunde, die nun mit der deutschen Wiedervereinigung viel realistischer waren als noch zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes. Denn die französische Nuklearfähigkeit verlor an Bedeutung, was zumindest den Verlust eines

---

<sup>54</sup> Wessels, Wolfgang: Maastricht: Ergebnisse, Bewertungen und Langzeittrends, In: Integration, Heft 1/1992, S. 2

<sup>55</sup> Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung, S. 41

<sup>56</sup> Diese sollten in folgenden Bereichen stattfinden: Umwelt-, Gesundheits-, Sozial- und Energiepolitik, Forschung und Technologie sowie Verbraucherschutz. Des Weiteren forderten sie die Integration folgender Themen in das Gemeinschaftshandeln: Immigrationspolitik, Asylrecht, Drogenbekämpfung und Kampf gegen international organisierte Kriminalität.



Statussymbols Frankreichs zur Folge hatte. Darüber hinaus befürchtete Frankreich, dass Deutschland jetzt die neue Führungsmacht in Europa werden würde. Françoise Manfrass-Sirjacques beschrieb dies mit folgenden Worten:

„Und es [Paris, K.H.] fürchtete [...], dass ein größer gewordenes und von den Zwängen seiner Sicherheitsprobleme nun befreites Deutschland aufgrund seiner wirtschaftlichen Kapazität zur neuen europäischen Führungsmacht aufsteigt. Frankreich dagegen müsse von seinen Ambitionen Abschied nehmen und werde an die Peripherie eines sich um seine Mitte neu gruppierenden Europa zurückgeworfen.“<sup>57</sup>

Das Ablösen Frankreichs als Führungsmacht in Europa hätte dann einen weiteren Verlust eines französischen Statussymbols zur Folge gehabt. Das französische Wahrnehmungsmuster, das von Angst vor der deutschen Stärke geprägt ist, kam in der Zeit vor 1990 vor allem durch die Kriege, die beide Länder gegeneinander führten, auf. Der deutsch-französische Krieg 1870/71 sowie die ihm folgenden beiden Weltkriege erzeugten dieses Wahrnehmungsmuster aufgrund des deutschen Expansionsstrebens, das besonders stark im deutsch-französischen Krieg und im Dritten Reich unter Adolf Hitler vorherrschte. Daher beeinflussten sie die französische Europa-, Sicherheits- und Außenpolitik seit dem Fall der Berliner Mauer in nicht unerheblichem Maße. Die Angst vor einer deutschen Übermacht war sowohl auf Regierungsebene als auch in der französischen Gesellschaft stark verbreitet und letztendlich ausschlaggebend für die Befürwortung des französischen Volkes, den Maastrichter Vertrag durch ein Referendum zu akzeptieren.<sup>58</sup> Auch wenn das französische Referendum knapp ausging und Frankreich sich innenpolitisch in zwei Lager, die „Maastricht-Gegner“ und die „Maastricht-Befürworter“<sup>59</sup>, spaltete, so erhielt die französische Europadiskussion im Zuge der parlamentarischen Debatten eine „politisch-kulturelle Dimension“<sup>60</sup>. Jean-Pierre Froehly erläutert den Wechsel von französischer Deutschlandpolitik zu französischer Europapolitik mit dem Ziel, Deutschland auch weiterhin zu kontrollieren, in folgender Weise:

„Maastricht als französische Initiative, um die durch die Beseitigung der deutschen Teilung geschaffene ‚Unsicherheit‘ durch das neue Instrument ‚Europa‘ zu begrenzen, nachdem das klassische Instrument französischer Deutschlandpolitik, Politik des

---

<sup>57</sup> Manfrass-Sirjacques, Françoise: Deutschland-Frankreich-Europa-USA, S. 275 f.

<sup>58</sup> Vgl. Schild, Joachim: Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum, In: Integration, Heft 3/2005, S. 192

<sup>59</sup> Die Maastricht-Gegner lehnten europäische Integrationsbemühungen ab, weil sie Angst vor dem Verlust nationalstaatlicher Souveränität und Identität hatten. Die Maastricht-Befürworter hingegen sprachen sich für eine Vertiefung der Integration aus und damit auch für eine Selbsteinbindung Frankreichs, weil sie hofften, Deutschland damit weiterhin kontrollieren zu können und einen deutschen Sonderweg zu verhindern.

<sup>60</sup> Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung, S. 49

Gleichgewichts durch Allianzen, keinen Partner mehr fand. Darum forcierte Mitterrand seit dem europäischen Gipfel in Straßburg den Prozess, der zu Maastricht führte: Konzentrierung aller Anstrengungen auf eine europäisch monetäre Einheitslösung.“<sup>61</sup>

Damit wird deutlich, dass Mitterrand bewusst wurde, dass die bereits nach dem Zweiten Weltkrieg betriebene französische Deutschlandpolitik in dieser durch die Wiedervereinigung bedingten Lage einer Anpassung an die Realitäten bedürfe. Dies erforderte eine stärkere Einbindung Deutschlands in Europa, was auch eine stärkere Einbindung Frankreichs mit einschloss. Da Deutschland diese französischen Ängste wahrnahm, wollte es mit dem Willen zur Bereitschaft sich noch weiter zu integrieren, diesen französischen Ängsten begegnen, indem es den Abschluss des Maastrichter Vertrages befürwortete. Dieses Verhalten verdeutlicht, dass Deutschlands Rücksichtnahme auf seine Partner, vor allem gegenüber Frankreich, aus seiner Wahrnehmung heraus entstand. Somit kann dies als ein deutsches Wahrnehmungsmuster betrachtet werden, dass nach dem Zweiten Weltkrieg sichtbar wurde und aufgrund des deutschen Hegemoniestrebens in der Vergangenheit entstand. Indem Deutschland sich seinen Partnern gegenüber stets bereit zeigte, sich einbinden zu lassen, verdeutlichte es auch die Absicht, nicht wieder zu seinen Großmachtbestrebungen zurück zu kehren. Daher gelang es ihm, mit der Bereitschaft einer stärkeren Einbindung in die europäische Gemeinschaft, durch die im Vertrag anvisierten Ziele sein stetes Interesse für ein gemeinsames Europas zu betonen. Dass beide Partner auch weiterhin Interesse daran hatten, die Rolle der „Integrationslokomotive“ zu übernehmen, bekräftigte Jacques Chirac in seiner Rede anlässlich des 100-jährigen Geburtstages von Maurice Beaumont im Februar 1992:

„[...] die fundamentalen Interessen Frankreichs und Deutschlands stimmen mehr denn je überein. [...] Frankreich und Deutschland haben also alles Interesse daran, möglichst viel Verantwortung abgestimmt und gemeinsam auszuüben.“<sup>62</sup>

Diese Aussage bestätigt die europäische Integrationsbereitschaft beider Länder. Mit der Ratifizierung des Vertrages setzten Deutschland und Frankreich ein positives Signal für eine weitere enge Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Darüber hinaus setzt er die seit 30 Jahren andauernde, wenn auch teils

---

<sup>61</sup> Froehly, Jean-Pierre: Mitterrand und die deutsche Vereinigung. Annäherungsversuch an den Kern der Debatte, In: Dokumente, Heft 6/1998, S. 492

<sup>62</sup> Chirac, Jacques: Neue Perspektiven der deutsch-französischen Beziehungen, In: Dokumente, Heft 4/1992; S. 308 f.

krisehafte Entwicklung zur Stärkung des Zentrums der EG-Ebene fort.<sup>63</sup> Der Konsens der EU-Mitgliedsstaaten in Bezug auf die Gründung der EU kann daher auch als Resultat aus der veränderten Lage seit dem Epochenwechsel in den Jahren 1989 bis 1991 betrachtet werden.<sup>64</sup>

#### 2.1.1.2 Deutsch-französische Initiativen im Amsterdamer Vertrag

Der Amsterdamer Vertrag vom 2.10.1997 stellt den Abschluss der Turiner Regierungskonferenz von 1996 dar, auf der es zu unzähligen Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten, so auch zwischen Deutschland und Frankreich, hinsichtlich der zukünftigen Struktur der Europäischen Union sowie ihrer Kompetenzen kam. Trotz dieser unterschiedlichen Ansichten konnten Deutschland und Frankreich letztendlich Kompromisse erzielen, die sich in deutsch-französischen Initiativen im Amsterdamer Vertrag widerspiegeln. Gemeint sind hier zum Beispiel der deutsch-französische Vorschlag der Einführung des neuen Strukturprinzips „Flexibilität“<sup>65</sup>. Es sollte den EU-Mitgliedsstaaten helfen, die immer größer werdende Unvereinbarkeit aller Interessen innerhalb der EU zu überwinden. Indem die EU einigen Mitgliedsstaaten, die dies wünschen und welche die Mehrheit darstellen, eine engere Zusammenarbeit in bestimmten Politikfeldern möglich machte, wollten Frankreich und Deutschland mit der Einführung des Strukturprinzips der Flexibilität verhindern, dass es aufgrund unterschiedlicher Interessen zukünftig zu Blockaden, Lähmungen oder auch Stillstand im weiteren Integrationsprozess der EU kommt.<sup>66</sup> Die eingeführte Flexibilität verhindert auch, dass ein „Europa à la carte“<sup>67</sup> entsteht. Mit dieser Initiative sind Deutschland und Frankreich ihrer Rolle des Integrationsmotors erneut gerecht geworden. Ein weiteres Beispiel für eine fortdauernde deutsch-französische Zusammenarbeit stellt der, im Amsterdamer Vertrag weiterentwickelte, Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik dar:

---

<sup>63</sup> Vgl. Jachtenfuchs, Markus: Die EG und Maastricht. Das Subsidiaritätsprinzip und die Zukunft der Integration, In: Europa-Archiv, Folge 10, 1992, S. 284

<sup>64</sup> Vgl. Arnold, Hans: Die Europäische Union zwischen Maastricht und Maastricht-Revision, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4/1995

<sup>65</sup> Piepenschneider, Melanie: Der Amsterdamer Vertrag: Eine versöhnliche Bilanz, In: Dokumente, Heft 5/1997, S. 403

<sup>66</sup> Vgl., ibd.

<sup>67</sup> Europa à la carte ist der Ausdruck für die Vorstellung von einer europäischen Integration in abgestufter Form: die einzelnen Mitgliedstaaten können wählen, auf welchem politischen Gebiet sie partizipieren wollen, und nehmen nur eine Mindestzahl gemeinsamer Ziele an.

„Besonders auf deutsches und französisches Drängen wird durch den Amsterdamer Vertrag die Perspektive für eine gemeinsame Verteidigung ausgebaut.“<sup>68</sup>

Diese Perspektive einer gemeinsamen Verteidigung zeigt sich auf der einen Seite anhand der Tatsache, dass der Europäische Rat ohne eine Regierungskonferenz einzuberufen, mit Hilfe eines einstimmigen Beschlusses der nationalen Parlamente eine gemeinsame Verteidigung etablieren kann.<sup>69</sup> Darüber hinaus verdeutlichte der deutsch-französische Vorschlag, die WEU in die Europäische Union zu integrieren, der zusammen mit Italien, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden, trotz des Scheiterns am Widerstand Großbritanniens, erfolgte, dass eine Annäherung der beiden Organisationen WEU und EU statt fand. Diese äußerte sich durch die Aufnahme der Petersberg-Aufgaben<sup>70</sup> in den EU-Vertrag, an denen Nicht-WEU-Mitglieder die Möglichkeit einer Teilnahme geboten wird und die zudem einen Einsatz militärischer Mittel ermöglichen. Zudem sollte der Generalsekretär des Rates in Zukunft als „Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“<sup>71</sup> die Sichtbarkeit und Kontinuität der GASP repräsentieren. Diese Regelung stellte eine Einigung der Mitgliedsstaaten dar und fand ihren Ursprung in der gemeinsamen Initiative von Kohl und Chirac, in der sie am 7.12.1995 in einem gemeinsamen Brief eine „größere Sichtbarkeit/visibilité“<sup>72</sup> der GASP forderten. Hintergrund dieser gemeinsamen Initiative war das Scheitern der GASP im Bosnien-Konflikt<sup>73</sup>, die „dem internationalen Ansehen der Europäischen Union in hohem Maße geschadet“<sup>74</sup> hatte. Dies hebt zum einen die Bedeutung der deutsch-französischen Kooperation im europäischen Integrationsprozess hervor, zeigt aber auch, dass die aktive Europapolitik von Kohl und Mitterrand auch unter dem Tandem Kohl und Chirac fortgesetzt

---

<sup>68</sup> Schönfelder, Wilhelm/Silberberg, Reinhard: Auf dem Weg zum Ziel. Die Ergebnisse des Vertrags von Amsterdam, In: Internationale Politik, Heft 11/1997, S.20 f.

<sup>69</sup> Pippan, Christian: Die Europäische Union nach Amsterdam: Stärkung ihrer Identität auf internationaler Ebene? Zur Reform der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/1997, S. 36

<sup>70</sup> Die Petersberg-Aufgaben der WEU umfassen humanitäre Aufgaben, Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung sowie friedenschaffende Maßnahmen, Vgl. Schönfelder, Wilhelm/Silberberg, Reinhard: Auf dem Weg zum Ziel. Die Ergebnisse des Vertrags von Amsterdam, In: Internationale Politik, Heft 11/1997, S.20 f.

<sup>71</sup> Ibd., S. 20

<sup>72</sup> Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Der Amsterdamer Vertrag zur Reform der Europäischen Union. Ergebnisse, Fortschritte, Defizite, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B47/1997, S. 25

<sup>73</sup> Der Bosnien-Konflikt stand im Zusammenhang mit dem Balkan-Konflikt und wird ausführlicher in Punkt 2.2.4.2 hinsichtlich der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Krisenregionen behandelt

<sup>74</sup> Ibd., S. 24

wurde, und damit die wichtige Motorfunktion der beiden Länder in Europa bestätigt.<sup>75</sup>

Im Vergleich zum Maastrichter Vertrag weist der Amsterdamer Vertrag mehr Supranationalität auf. Das deutsch-französische Tandem bewies mit seiner Überwindung zum Teil unterschiedlicher Interessen, dass es weiterhin in Form von Initiativen zu einem Fortschritt im Integrationsprozess beitragen kann. Regelungen wie z.B. die Ernennung eines „Mr. GASP“ stellen eine enorme Steigerung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit der EU dar und beweisen eine Kontinuität der deutsch-französischen Zusammenarbeit, die aufgrund der zahlreichen, eben dargestellten Initiativen im Zuge des Amsterdamer Vertrages erfolgte.

### 2.1.1.3 Der Blaesheim-Prozess

Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung waren die deutsch-französischen Beziehungen in eine Krise geraten. Dieser Tiefpunkt in der Beziehung seit dem Berliner Mauerfall zeigte sich an den Streitigkeiten, die Chirac und Schröder 2000 bei den Verhandlungen zum Nizza-Vertrag hatten. Diese starken Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich lösten eine Rückbesinnung beider Partner auf die traditionelle jahrzehntelange deutsch-französische Freundschaft und Partnerschaft aus. Sie fand ihren Ausdruck in den Blaesheim-Treffen, die durch ein Treffen Präsident Chiracs und Bundeskanzler Schröders im elsässischen Blaesheim entstanden. Aufgrund der tiefen Verstimmungen vereinbarten der Staatspräsident und Bundeskanzler ihre Standpunkte zukünftig in inoffiziellen Treffen als Vorbereitung auf einen EU-Gipfel abzustimmen. Dies sollte auch in Anwesenheit der jeweiligen Außenminister geschehen.<sup>76</sup> Ziel dabei war es, eine Wiederholung der Krise, die das deutsch-französische Tandem in Nizza erlitt, zu vermeiden. Mit dieser bilateralen Initiative zeigten Deutschland und Frankreich ihren Willen zur weiteren intensiven Zusammenarbeit. So konnten z.B. durch das Blaesheim-Treffen 2001 wichtige deutsch-französische Spannungen in Bezug auf die Umsetzungs-details der EU-Osterweiterung vor dem EU-Gipfel 2001 in Laeken gelöst

---

<sup>75</sup> Vgl. Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung, S. 70

<sup>76</sup> Vgl. Blaesheim-Prozess:

<http://www.polixea-portal.de/index.php/Lexikon/Detail/id/72183/name/Blaesheim-Prozess>,  
[Stand: 26.1.2007]

werden.<sup>77</sup> Aber auch 2004 nach dem Irak-Krieg waren die informellen Gespräche zwischen Chirac und Schröder ausschlaggebend für die Tatsache, dass Schröder auf dem EU-Gipfel am 9.2.2004 stellvertretend für den französischen Staatspräsidenten vor dem amtierenden EU-Präsidenten das Wort ergriff.<sup>78</sup> Anlässlich der gemeinsamen Pressekonferenz nach dem persönlichen Gespräch zwischen Schröder und Chirac, gab der französische Staatspräsident folgende Erklärung ab:

„Zu den europäischen Problemen, die wir angesprochen haben, teilen wir dasselbe Gefühl, wir haben dieselbe Einstellung dazu. [...] Wir haben auch genau dieselbe Vorstellung von der Zukunft des wirtschaftlichen und finanziellen Europa [...]. Was die internationalen Probleme angeht, so verfolgen wir ebenfalls denselben Ansatz; das trifft besonders auf den Irak zu, wo Deutschland und Frankreich ein und dieselbe Haltung vertreten. Nicht zuletzt haben wir über die Notwendigkeit gesprochen, die Integration zu stärken und in diesem Bereich zwischen Deutschland und Frankreich weiter zu gehen. [...] Der Bundeskanzler wird heute Abend bei der irischen EU-Präsidentschaft sowohl im Namen Deutschlands als auch im Namen Frankreichs sprechen. Ich wiederhole: Wir sind uns vollkommen einig.“<sup>79</sup>

Diese Aussage Chiracs verdeutlicht zum einen die Interessenskonvergenz zwischen Staatspräsident und Bundeskanzler, die einen vorher nicht gekannten Grad erreicht hat. Zum anderen drückt diese starke Übereinstimmung ein weiteres aus: sie knüpft an die Symbolhaftigkeit der bilateralen Freundschaftstreffen von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer an. Somit liegt die Kontinuität der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Kontext der Blaesheim-Treffen in der Anknüpfung Chiracs und Schröders an die bilaterale Annäherung Deutschlands und Frankreichs seit dem Elysée-Vertrag 1963. Spricht man Anfang der 90er Jahre noch von Wahrnehmungsmustern, die das bilaterale Verhältnis und das Handeln der politischen Akteure beeinflussen, so lässt sich in solchen Aussagen wie der von Staatspräsident Chirac nichts mehr von Ängsten auf der einen Seite und dem Versuch auf der anderen Seite, diese zu nehmen, erkennen. Es drückt vielmehr einen Fortschritt in den bilateralen Beziehungen aus, der als eine Angleichung der Interessen und als das Bewusstsein eine Verantwortung in Europa zu haben, betrachtet werden kann.

Die Auswirkungen, die der Epochenwechsel 1989/90 auf die deutsch-französischen Beziehungen hatte, verlangte von Deutschland und Frankreich eine Anpassung ihrer Rollen und Beziehungen an die neuen Umstände. Ein Schritt

---

<sup>77</sup> Vgl. ibd.

<sup>78</sup> Vgl. Das Dokument: 17. Blaesheim-Treffen in Genshagen: „Wir sind uns vollkommen einig.“ Gemeinsame Pressekonferenz von Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder, 9. Februar 2004, In: Dokumente, Heft 2/2004, S. 97

<sup>79</sup> Ibid., S. 97

dahin war der Blaesheim-Prozess. Er knüpfte an die traditionelle bilaterale Kontinuitätslinie an, die mit de Gaulle und Adenauer begann, und sollte die Motorfunktion des deutsch-französischen Tandems im europäischen Integrationsprozess wieder aktivieren.

#### 2.1.1.4 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages

Rückblickend kann man von einer Erfolgsgeschichte der deutsch-französischen Zusammenarbeit seit dem Abschluss des Elysée-Vertrages 1963 sprechen. Anlässlich seines 40. Jahrestages am 22.1.2003 bilanzierten Deutschland und Frankreich eine gute, konstante Zusammenarbeit beider Länder. Sie sahen diese vor allem in der Tatsache, dass Deutschland und Frankreich seit der Gründung der EG als Motoren im europäischen Integrationsprozess fungierten, indem sie innerhalb dieses Prozesses einige Impulse beim Aufbau Europas gaben. Gemeint sind damit die Reformschritte, die mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986, dem Maastrichter Vertrag 1992, der WWU und dem Schengenraum erzielt wurden.<sup>80</sup> Im sicherheitspolitischen Bereich zeichnete sich die erfolgreiche deutsch-französische Zusammenarbeit durch die Schaffung des Eurokorps aus. Obwohl sich nach vierzig Jahren freundschaftlicher Kooperation die internationalen Rahmenbedingungen und somit auch das zwischenstaatliche Verhältnis grundlegend gewandelt haben, ist es dem Tandem auch in außenpolitischer Hinsicht gelungen, seinem Willen zur bilateralen Zusammenarbeit Taten folgen zu lassen. Dies bezieht sich auf die gute Kooperationsfähigkeit beider Partner hinsichtlich der Lösung des Kosovo-Konfliktes 1999. Aber auch der vor dem Hintergrund der Elysée-Feierlichkeiten 2003 parallel laufende Irak-Krieg, der von den USA als Kampf gegen den Terrorismus entfacht wurde und in dem sich erst Deutschland, dann Frankreich gegen eine Intervention und somit auch gegen einen Krieg aussprachen, kann als gemeinschaftliche Initiative bewertet werden. Es war ein Symbol für das schon von de Gaulle und Adenauer formulierte Ziel, mit einer Stimme auf europäischer sowie internationaler Ebene sprechen zu wollen. Die durch den Abschluss des Elysée-Vertrages eingeleitete Versöhnung der beiden Erbfeinde sah für die Zukunft eine gemeinsame Rolle Deutschlands und Frankreichs in Europa vor. Die im Vertrag von 1963 vereinbarten regelmäßigen Konsultationen

---

<sup>80</sup> Vgl. Dokumentation: Deutsch-Französische Europainitiativen: Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages, Paris, 22.1.2003, In: Dokumente, Heft 2/2003, S. 46

der Regierungsvertreter beider Länder erwiesen sich als durchaus effizient für eine gute bilaterale Zusammenarbeit:

„Dieser Zwang zur ‚concertation‘ beider Länder zur Abstimmung in wichtigen Fragen, ist zu einem Erfolgsgaranten geworden. [...] Ausschlaggebend dabei war und ist, dass beide Partner aus den Belastungen der gemeinsamen Geschichte heraus ein Bewusstsein für ihre besondere Verantwortung in Europa gewonnen haben.“<sup>81</sup>

In der gemeinsamen Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages begründeten Schröder und Chirac die gemeinsame Verantwortung, die sie für Europa haben, mit der Tatsache, dass sie in „einer Schicksalsgemeinschaft verbunden“<sup>82</sup> seien.

Vor dem Hintergrund der in den 90er Jahren überwundenen Krise in den deutsch-französischen Beziehungen und der gemeinsamen Position, die sie im Irak-Krieg einnahmen, forderten beide Partner im Zuge der Feierlichkeiten eine Fortführung ihrer engen bilateralen Zusammenarbeit. Diese könne beispielsweise in der Eröffnung einer deutsch-französischen Botschaft ihren Ausdruck finden. Darüber hinaus äußerten beide Seiten den Wunsch nach einer Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften sowie einer Weiterentwicklung der interregionalen Zusammenarbeit der Gemeinden.<sup>83</sup> Weiterhin unterstrich auch ihre Forderung bei internationalen Gremien gemeinsame Positionen einzunehmen und diese gegenüber Drittstaaten, vor allem im Rahmen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, festzulegen, den gemeinsamen Willen für eine Fortführung der bilateralen Zusammenarbeit.<sup>84</sup> In der wissenschaftlichen Bewertung der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages, kristallisieren sich unterschiedliche Ansätze heraus. Daniel Vernet betrachtet die Jahrestagsfeier als Symbol für die Wiederbelebung der deutsch-französischen Beziehungen:

„Jacques Chirac et Gerhard Schröder ont trouvé la meilleure manière de célébrer le 40e anniversaire du traité franco-allemand: en relançant la coopération entre les deux pays.“<sup>85</sup>

Aufgrund der Intensivierung der deutsch-französischen Konsultationen durch den Blaesheim-Prozess waren die bilateralen Beziehungen von einer hohen Interessenskonvergenz gezeichnet. In diesem Kontext spricht Martin Koopmann

---

<sup>81</sup> Vogel, Wolfram: Der Elysée-Vertrag. Die Zukunftsfähigkeit eines historischen acquis. Fünf Thesen, In: Dokumente, Heft 6/2002, S. 15

<sup>82</sup> Vgl. Dokumentation: Deutsch-Französische Europainitiativen, S. 47

<sup>83</sup> Vgl., ibd., S. 49

<sup>84</sup> Vgl., ibd.

<sup>85</sup> Vernet, Daniel: Passé paradoxal et avenir mythique, In: Documents. Revue des questions allemandes, Nr. 1/2003, S. 27



von einem „deutsch-französischen Reflex“<sup>86</sup>, der sich zwischen Chirac und Schröder etabliert habe. Nach Koopmann ist die deutsch-französische Zusammenarbeit für Präsident Chirac zum „Herzstück seiner Außen- und vor allem seiner Europa-Politik“ geworden, was sich seiner Meinung nach an der Kooperation zwischen dem französischen Staatspräsidenten und dem deutschen Bundeskanzler in Bezug auf den Irak, den Stabilitätspakt oder den EU-Beitritt der Türkei erkennen lässt.<sup>87</sup> Peter Zervakis und Sébastien von Gossler sehen hingegen in den Feierlichkeiten des 40. Jahrestages das Spiegelbild einer erfolgreichen bilateralen Zusammenarbeit, die nur möglich war, weil sich beide Partner in einer doppelten Abhängigkeit befanden, nämlich vom jeweils anderen und von der EU. Sie bezeichnen diese doppelte Abhängigkeit als „komplementären Bilateralismus“.<sup>88</sup>

Fest steht jedenfalls, dass sich die deutsch-französischen Beziehungen zum Zeitpunkt des Irak-Krieges und des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages auf einem Höhepunkt befanden. Dieser stand im Zeichen der Kontinuität der bilateralen Zusammenarbeit seit dem 1963 unterzeichneten Elysée-Vertrag.

### **2.1.2 Das Eurokorps – Symbol für die deutsch-französische Kooperation im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Die deutsch-französische Zusammenarbeit im militärischen Bereich ist einer der bedeutendsten und symbolreichsten Bestimmungen des Elysée-Vertrages von 1963. Daher steht die deutsch-französische Initiative des Eurokorps im Zeichen der Kontinuität der bilateralen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands und Frankreichs. Grundlage für die Entstehung des Eurokorps bildete die 1988 gegründete deutsch-französische Brigade. Das Eurokorps entstand im Kontext der in Maastricht geschaffenen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die eine gemeinsame Sicherheitspolitik aller EU-Mitgliedsstaaten vorsah. Da die 1988 erstmals begründete deutsch-französische Brigade eine „Signal- und Vorbildfunktion für Europäische Streitkräfte“<sup>89</sup> einnahm, sollte das Eurokorps auf Initiative Kohls und Mitterrands als „Kern einer künftigen

---

<sup>86</sup> Koopmann, Martin: Auf dem Weg zum Elysée. Die pragmatische Profilierungspolitik des Senkrechtstarters Nicolas Sarkozy, In: Internationale Politik, Heft 11-12/2004, S. 152

<sup>87</sup> Ibd., S. 152

<sup>88</sup> Zervakis, Peter A./ von Gossler, Sébastien: 40 Jahre Elysée-Vertrag: Hat das deutsch-französische Tandem noch eine Zukunft?, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4/2003, S. 6

<sup>89</sup> Klein, Paul/Lippert, Ekkehard: Die Deutsch-Französische Brigade – ein Modell? Einige Erkenntnisse und Erfahrungen nach zwei Dienstjahren, In: Dokumente, Heft 5/1991, S. 369

europäischen Eingreiftruppe verstanden werden“<sup>90</sup>. Somit wollten der französische Staatspräsident und der deutsche Bundeskanzler mit dem Eurokorps auch anderen europäischen Ländern die Möglichkeit geben die Idee einer europäischen Armee zu verwirklichen:

„Diese neue Struktur könnte damit auch Modellcharakter für eine engere militärische Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsstaaten der WEU insgesamt haben“.<sup>91</sup>

Dass diese Idee einer europäischen Armee auf positive Resonanz gestoßen ist, zeigt sich daran, dass kurz nach Schaffung des Eurokorps drei weitere europäische Staaten dem bilateralen Korps beigetreten sind.<sup>92</sup> Weiterhin sollte das Eurokorps vor dem Hintergrund des Golf-Krieges, in dem die europäische Gemeinschaft in verteidigungspolitischer Hinsicht gescheitert war, in zukünftigen Krisen als Symbol europäischer Sicherheit und Verteidigung eingesetzt werden. Dass dieses Vorhaben erfolgreich gelungen sein sollte, zeigte sich durch den Einsatz des Eurokorps im Rahmen der NATO im Kosovo-Konflikt 1999. Jedoch verfolgte die deutsch-französische Initiative des Eurokorps nicht nur europäische Zielsetzungen. Ein Ziel war auch die Bemühung, rein bilaterale Probleme anzugehen, denn Deutschland war kurz nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht an einem Abzug der französischen Streitkräfte aus Deutschland interessiert. Daher bildete das Eurokorps eine „Legitimitätsgrundlage“<sup>93</sup> für eine weitere französische Truppenpräsenz auf deutschem Boden. Darüber hinaus strebte Deutschland eine Anbindung Frankreichs an die NATO an, was wiederum eine Stärkung der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft bedeutete.<sup>94</sup> Frankreichs Interesse hingegen resultierte aus der Absicht Mitterrands, Paris wieder vom Rand des europäischen sicherheitspolitischen Umgestaltungsprozesses in dessen Zentrum zu rücken.<sup>95</sup> Des Weiteren stand im Zentrum der französischen Sicherheitspolitik, ganz in der gaullistischen Tradition das Ziel, ein unabhängiges Europa zu errichten.

Dass die Initiative des Eurokorps einen kontinuierlichen Willen Deutschlands und Frankreichs zur militärischen Zusammenarbeit im europäischen Rahmen

---

<sup>90</sup> Kamp, Karl-Heinz: Ein Spaltpilz für das Atlantische Bündnis? Das deutsch-französische „Eurokorps“, In: Europa-Archiv, Folge 15-16, 1992, S. 446

<sup>91</sup> Schild, Joachim: Das Eurokorps – ein deutsch-französischer Irrweg?, In: Lendemains, Heft 68/1992, S. 131

<sup>92</sup> Belgien ist im Juni 1993, Spanien im Juni 1994 und Luxemburg im März 1996 dem Eurokorps beigetreten.

<sup>93</sup> Ibd., S. 131

<sup>94</sup> Vgl. Varwick, Johannes/Woyke, Wichard: NATO 2000. Transatlantische Sicherheit im Wandel, Leske und Budrich, Opladen, 1999, S. 128

<sup>95</sup> Vgl. Schild, Joachim: Das Eurokorps, S. 134

bekräftigte, belegt die von Misstrauen gezeichnete Reaktion der Alliierten, allen voran der USA. Bereits zu Zeiten de Gaulles und Adenauers reagierte die USA auf die Unterzeichnung des Elysée-Vertrages verstimmt und befürchtete durch derartige deutsch-französische Initiativen eine Verringerung ihres machtpolitischen Einflusses in Europa. Da das Verhältnis des Eurokorps zur NATO anfangs unklar blieb, sahen die Alliierten im Eurokorps eine Gefahr für die Handlungsfähigkeit der NATO.<sup>96</sup> Mit der Eingliederung des Eurokorps unter den SACEUR<sup>97</sup> wurde nicht nur das Verhältnis des Eurokorps zur NATO geklärt, es regelte auch gleichzeitig die deutsch-französische Divergenz hinsichtlich der Aufgaben des Eurokorps. Deutschland und Frankreich entwickelten aufgrund ihrer unterschiedlichen sicherheitspolitischen Konzeptionen<sup>98</sup> Schwierigkeiten, die militärische Rolle des Korps zu bestimmen. Mit diesem Kompromiss wurde es also zum einen in die atlantische Gemeinschaft integriert, blieb aber zum anderen auch eine europäische Einheit, da es auch in der WEU eingesetzt werden kann.<sup>99</sup> Ohne sich wieder ganz einbinden zu lassen, näherte sich Frankreich mit der Eingliederung französischer Truppen unter den europäischen NATO-Oberbefehlshaber seit 1966 wieder der NATO an.

Schließlich zeigte sich auch am dänischen Referendum, welches den Maastrichter Vertrag ablehnte, dass man selbst innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten dieser Art von deutsch-französischen Initiativen skeptisch gegenüberstand. Die Begründung Dänemarks zeichnete sich durch die Argumentation aus, dass kleine europäische Staaten eine deutsch-französische Dominanz im sicherheitspolitischen Bereich ablehnten.<sup>100</sup> Diese Reaktion war für die Initiatoren des Eurokorps überraschend, denn der Gedanke bei der Bildung des Eurokorps war, eine europäische Armee zu bilden, an der alle anderen europäischen Staaten teilnehmen sollten.

Trotz dieser Kritik und ablehnenden Haltung der USA, der Alliierten und den kleineren europäischen Staaten wie Dänemark bleibt der politisch-symbolische Wert des Eurokorps erhalten. Das Eurokorps ist ein Zeichen für deutsch-französische Verbundenheit und den Willen, im militärischen Bereich gemeinsam voran zu schreiten.

---

<sup>96</sup> Vgl. Kamp, Karl-Heinz: Ein Spaltpilz für das Atlantische Bündnis?, S. 447

<sup>97</sup> SACEUR steht für Supreme Allied Commander Europe, welcher der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte im Kommandobereich Europa ist.

<sup>98</sup> Auf das Konzept Souveränität vs. Integration von Axel Sauder, das sich in erster Linie um die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Konzeptionen Frankreichs und Deutschlands handelt, wird näher in Abschnitt 2.2.3.1 eingegangen.

<sup>99</sup> Vgl. Varwick, Johannes/Woyke, Wichard: NATO 2000, S. 126 f.

<sup>100</sup> Vgl. Kamp, Karl-Heinz: Ein Spaltpilz für das Atlantische Bündnis?, S. 448

### 2.1.3 Die deutsch-französische Zusammenarbeit in Krisenregionen

Da man seit dem Ende des Kalten Krieges erst richtig von einer deutsch-französischen Zusammenarbeit in Krisenregionen sprechen kann, bedarf es erst einmal der Untersuchung, ob überhaupt eine Kooperation stattgefunden hat. Deutschland wäre sowohl während des Kalten Krieges wie auch in den ersten Jahren nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes verfassungsrechtlich nicht in der Lage gewesen, sich militärisch an internationalen Konflikten zu beteiligen, geschweige denn die Bundeswehr außerhalb des deutschen Territoriums einzusetzen. Durch die immer stärkere Einbeziehung Deutschlands in das europäische System ist es ihm letztendlich gelungen, an der Seite Frankreichs einen Weg zu finden, auch in Krisenregionen erfolgreich militärisch zu agieren. Ein Beispiel dafür bildet die deutsch-französische Kooperation im Kosovo-Krieg 1999, wie auch der starke Zusammenhalt Deutschlands und Frankreichs im Irak-Krieg 2003. Da deutsche und französische Außenpolitik vor allem seit der Schaffung der GASP und später deren Fortentwicklung durch die ESVP zunehmend im europäischen, multilateralen Rahmen stattfindet, soll in diesem Abschnitt auch die Bedeutung der deutsch-französischen außenpolitischen Zusammenarbeit für die Außenpolitik der Europäischen Union betrachtet werden.

#### 2.1.3.1 Der Kosovo-Krieg

Der Einsatz deutscher und französischer Truppen im Kosovo-Krieg 1998/99 im Rahmen der NATO, in dem deutsche und französische Soldaten Seite an Seite für den Frieden in Europa kämpften, verdeutlicht einen konstanten Willen Deutschlands und Frankreichs zur gemeinsamen militärischen Zusammenarbeit.<sup>101</sup> Beide Partner beteiligten sich aktiv an einer Konfliktlösung für die Balkan-Krise. Bereits vor Ausbruch des Konfliktes<sup>102</sup> setzten sich die beiden Verteidigungsminister Kinkel und Védrine wiederholt für Verhandlungs-

---

<sup>101</sup> Vgl. Ritzenhofen, Medard: Europa zwischen Berlin und Balkan, In: Dokumente, Heft 2/1999, S. 97

<sup>102</sup> Der Balkan-Konflikt brach durch die ethnischen Säuberungen aus, die der serbische Staatspräsident Milosevic im Kosovo durch die Vertreibung der Albaner vornahm.

gespräche und Kompromissfindungen mit Milosevic ein.<sup>103</sup> Obwohl Frankreich mit den Serben ein Bündnis im Zweiten Weltkrieg abgeschlossen hatte, nahm es sofort an einem NATO-Einsatz teil. Dieser NATO-Einsatz war nur durch Frankreichs Annäherung an die NATO durch die Schaffung des Eurokorps möglich gewesen. Ein Grund, warum Frankreich sich aktiv im Kosovo-Konflikt engagierte war die Ansicht, dass die Militärintervention auch eine Art Testprobe für die zukünftige europäische Sicherheitspolitik darstelle.<sup>104</sup> Brian Rathbun sieht im französischen militärischen Engagement im Kosovo aber noch eine andere Konstante der französischen Außenpolitik - den Gaullismus:

„In the most recent formulation of Gaullism, its adherents see participation in United Nations missions as consistent with France's exceptional role in foreign affairs, since humanitarian interventions serve their particular definition of France's exclusive national interest – promoting French influence abroad.“<sup>105</sup>

Der Gaullismus, der eine nationale Unabhängigkeit Frankreichs und eine führende Rolle Frankreichs in Europa anvisiert, beeinflusste also auch die französische Außenpolitik in Bezug auf den Kosovo-Krieg. Für den amerikanischen Politikwissenschaftler Rathbun erklärt sich mit der gaullistischen Politik Chiracs auch warum Frankreichs Präsident die NATO-Luftangriffe unterstützte und die humanitären Interventionen instrumentalisierte.<sup>106</sup> Deutschland hingegen, das die humanitären Interventionen eher als Mittel benutzte, um seine Außenpolitik zu „normalisieren“, betonte damit seine antimilitärische Außenpolitik, die wenn überhaupt, nur im multilateralen Rahmen eine Verwirklichung finden würde.<sup>107</sup> Zudem stellte der Kosovo-Krieg die erste Teilnahme deutscher Streitkräfte an einer Friedensmission in den 90er Jahren dar. Die Differenzen in Bezug auf die „out-of-area“-Mission im Kosovo wurden in Deutschland durch die CDU, FDP und SPD dadurch abgeschwächt, dass alle drei Parteien diesen Einsatz nur unter WEU- und NATO-Führung befürworteten.<sup>108</sup> Mit der deutschen Teilnahme im Kosovo-Krieg demonstrierte Deutschland seine Loyalität gegenüber der NATO und strebte laut Rathbun „its

---

<sup>103</sup> Eckau, Wiebke: Humanitäre Interventionen. Das Beispiel des Kosovo-Krieges: <http://www.uni-koeln.de/wiso-fak/powi/jaeger/downloads/eckau.pdf>, [Stand: 27.2.2007], S. 12

<sup>104</sup> Vgl. Ritzenhofen, Medard: Europa zwischen Berlin und Balkan, S. 96

<sup>105</sup> Rathbun, Brian C.: The French Exception? Presidential Prerogatives and the Public and Private Politics of Intervention, In: Rathbun, Brian C.: Partisan Interventions European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans, Ithaca, 2004, S. 122 f.

<sup>106</sup> Vgl. ibd. S. 126 f.

<sup>107</sup> Vgl. Rathbun, Brian C.: Never Again War? The Interparty and Intraparty Politics of Normalization in Germany, In: Rathbun, Brian C.: Partisan Interventions European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans, Ithaca, 2004, S. 82 f.

<sup>108</sup> Vgl. ibd., S. 89

rightful place at the table of the world powers“<sup>109</sup> an.

Darüber hinaus zeigte sich auch die EU durch ihre geschlossene Haltung als kompetenter Akteur in diesem Konflikt:

„In ihrer Verurteilung von Slobodan Milosevic sind sich die Europäer so einig wie in ihrem Willen, das Kosovo-Drama so schnell wie möglich zu beenden.“<sup>110</sup>

Damit verdeutlichten die Europäer eine Fortführung der 1992 im Maastrichter Vertrag veranlagten Initiative einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Im Verlauf des Konfliktes zeigte sich die EU nicht nur durch die Rambouillet-Friedensverhandlungen, die NATO-Luftanschläge und durch die Annahme des G-8-Friedensplanes als „sichtbarer Akteur“<sup>111</sup>, sondern auch durch ihre Bereitschaft, humanitäre Hilfe zu leisten und als „Impulsgeber und Vermittler bei der Suche nach einer Friedenslösung“<sup>112</sup> aufzutreten. Als Konsequenz dieser Maßnahme ergibt sich die Schlussfolgerung, dass die EU im Kosovo-Konflikt nicht nur aktiv und präsent war, sondern dass sie zusätzlich noch ein europäisches Profil erlangte. Ebenso gelang es ihr, die ESVP zu stärken und die Amsterdamer GASP-Bestimmungen umzusetzen und damit ein Aufbruchsignal für eine stärkere Handlungsfähigkeit in außen-, verteidigungs- und sicherheitspolitischer Hinsicht zu erwirken.

Unter Betrachtung der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der letzten Phase des Balkan-Konfliktes<sup>113</sup> kann eine positive Bilanz gezogen werden. Sie ergibt sich vor allem aus dem Fortbestand des Willens, nicht vor gemeinsamen Initiativen in militärischer Hinsicht zurückzuschrecken. Diese Entschlusskraft, gemeinsam in außenpolitischen Angelegenheiten wie der Konfliktbewältigung in Krisenregionen aufzutreten, kann als kontinuierlicher Wille Deutschlands und Frankreichs zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit seit den 60er Jahren betrachtet werden.

---

<sup>109</sup> Ibid., S. 119

<sup>110</sup> Vgl. Ritzenhofen, Medard: Europa zwischen Berlin und Balkan, S. 96

<sup>111</sup> Schmalz, Uwe: Aufbruch zu neuer Handlungsfähigkeit: Die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter deutscher Ratspräsidentschaft, In: Integration, Heft 3/1999, S. 194

<sup>112</sup> Ibid., S. 192

<sup>113</sup> Der Balkan-Konflikt entstand 1991/92 und konnte erst mit dem Abkommen von Dayton 1995 beigelegt werden. Danach brach der Konflikt erneut im Kosovo aus.

### 2.1.3.2 Die deutsch-französische Konvergenz im Irak-Krieg

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center, das Pentagon und das Weiße Haus in den USA zogen eine Reihe verheerender Konsequenzen nach sich. Wenn man bis zu diesem Zeitpunkt von einer mangelnden bzw. fehlenden deutsch-französischen Kooperation in Krisenregionen gesprochen hatte, so konnte man hingegen in Folge des Irak-Krieges, der eine amerikanische Reaktion auf den Kampf gegen den Terrorismus war, von einer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich sprechen, die einen vorher nicht gekannten Grad der Intensität erreicht hatte. Obwohl beide Länder den USA unabhängig voneinander ihre „uneingeschränkte Solidarität“<sup>114</sup> direkt nach den Anschlägen im September 2001 zusicherten, war die Lage im transatlantischen Verhältnis mit Ausbruch des Krieges eher von einer Entsolidarisierung Deutschlands und Frankreichs mit den USA gekennzeichnet.<sup>115</sup>

Auch wenn beide Partner zu Beginn noch unterschiedliche Haltungen einnahmen, entwickelte sich im Verlauf der Kriegsentwicklungen eine deutsch-französische Position, die von einer ins höchste gesteigerten Übereinstimmung geprägt war. Die ersten ernsthaften Zweifel der deutschen Regierung an einer loyalen Haltung gegenüber den USA in dem Kampf gegen den Terrorismus entwickelten sich anlässlich der Rede George W. Bushs an die Nation vom 29.1.2002, in der er von einer „Achse des Bösen“ sprach, die es zu bekämpfen gelte.<sup>116</sup> Die französische Regierung hingegen vermied zunächst eine konkrete Haltung während der Kriegsvorbereitungen. Präsident Chirac äußerte nur, dass er in einem Krieg die „schlechteste Lösung“<sup>117</sup> sehe, schloss damit aber eine militärische Option keineswegs aus. Einerseits stand die politische Elite Frankreichs dem amerikanischen Unilateralismus, der sich vor dem Hintergrund des Irak-Krieges abzeichnete, skeptisch gegenüber und andererseits war sein Handlungsspielraum gegenüber den USA jedoch wesentlich begrenzter als der des deutschen Bundeskanzlers. Deshalb versuchte der französische Präsident die UN-Sicherheitsrats-Karte auszuspielen. Mit seinem Zwei-Stufen-Plan versuchte Jacques Chirac, „die UNO bzw. den Sicherheitsrat als Gegengewicht

---

<sup>114</sup> Ritzenhofen, Medard: Die doppelte Herausforderung. Deutschland, Frankreich und der Irak-Krieg der USA, In: Dokumente, Heft 2/2003, S. 9

<sup>115</sup> Vgl. ibd., S. 8

<sup>116</sup> Kamp, Karl-Heinz: Die Zukunft der deutsch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2003, S. 16

<sup>117</sup> Ritzenhofen, Medard: Die doppelte Herausforderung, S. 7

zu Washington zu positionieren“<sup>118</sup>. Daher sollte in einem ersten Schritt der UN-Sicherheitsrat ein Ultimatum an Saddam Hussein stellen, das eine Erlaubnis für eine Untersuchung der UN-Inspektoren im Irak beinhaltete. Erst wenn Bagdad sich nach diesem Ultimatum weigern würde, dem Aufruf des Sicherheitsrates zu folgen, schlug Chirac in einem zweiten Schritt eine erneute Entscheidung des Sicherheitsrates über das weitere Vorgehen vor. Hierbei schloss er eine eventuelle militärische Aktion nicht aus.<sup>119</sup> Mit der Resolution 1441, die einen Kompromiss zwischen dem kriegsfreundlichen George W. Bush und dem skeptischen französischen Präsidenten darstellte, gelang es Chirac den Sicherheitsrat aufzuwerten und den amerikanischen Handlungsspielraum einzuengen. Die sich steigernde ablehnende deutsche Haltung gegenüber einer militärischen Intervention im Irak erschwerte jedoch für Paris zunehmend eine gemeinsame europäische Konfliktlösung, die Chirac überdies ebenfalls anvisierte. Vor dem Hintergrund des deutschen Wahlkampfes verkündete Bundeskanzler Schröder am 5.8.2002 die Ablehnung einer deutschen Beteiligung am Irak-Krieg. Mit dieser Aussage war der Weg des „kategorischen Nein“<sup>120</sup> Deutschlands geebnet, was Frankreich wiederum unter Handlungsdruck setzte und ihm eine eindeutige Entscheidung abverlangte. Vor allem aus dem Wahrnehmungsmuster heraus, deutsche Sonderwege könnten wiederbelebt werden, da Schröder seine Ablehnung unabhängig von UNO-Beschlüssen machte und sich somit von allen Partnern zu isolieren drohte, entschloss sich Chirac, „dem deutschen Kanzler [...] die Hand zu reichen, um die Probleme in Europa nicht noch größer werden zu lassen.“<sup>121</sup> Damit war das ‚couple franco-allemand‘ wieder vereint und betrat nun zusammen die weltpolitische Bühne. Dies fand hauptsächlich vor dem Hintergrund der Jubiläumsfeier anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages im Januar 2003 statt. Hier traten beide Staatsoberhäupter mit einer klaren ablehnenden Haltung zum Irak-Krieg auf. Dieser sollten sich binnen weniger Wochen noch Russland und China anschließen, die sich ebenfalls gegen eine militärische Intervention im Irak-Krieg aussprachen und somit die USA und Großbritannien

---

<sup>118</sup> Manfrass-Sirjacques, Françoise: Frankreichs Reaktionen auf die Irak-Politik der USA, In: Pradetto, August (Hrsg.): Internationale Reaktionen auf die Irak-Politik der USA 2002, Studien zur internationalen Politik, Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg, 2003, S. 28

<sup>119</sup> Vg. ibd., S. 29

<sup>120</sup> Hacke, Christian: Deutschland, Europa und der Irakkonflikt, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B24-25/2003, S. 8

<sup>121</sup> Watrin, Konrad: Keine Feigheit vor dem amerikanischen Freund. Deutschland und Frankreich im Irak-Krieg: Keine Achse des Guten aber Emanzipation gegenüber dem neuen Hegemon, In: Dokumente, Heft 4/2003, S. 37



im UN-Sicherheitsrat isolierten. Jedoch fanden die USA neben ihrem treuen Gefährten Großbritannien in einigen europäischen Ländern<sup>122</sup> Zustimmung für ihr militärisches Vorhaben. Spätestens seit dieser Blockbildung, welche die Gegner und Befürworter eines Krieges gegen den Irak in zwei Lager spaltete, kann man von einer Spaltung Europas sprechen. Dass darüber hinaus auch eine Spaltung im transatlantischen Verhältnis mit Deutschland und Frankreich auf der einen Seite und den USA auf der anderen Seite, einherging, wurde schließlich durch die zahlreichen Vorwürfe und Degradierungen seitens der amerikanischen Regierung deutlich. Washington reagierte auf Schröders Äußerung, dass die USA gar nicht wirklich an einer friedlichen Lösung interessiert seien, mit dem bissigen Versuch, Deutschland und Frankreich sowie alle anderen europäischen Gegner der militärischen Maßnahme gegen den Irak als „Old Europe“<sup>123</sup> zu betiteln. So wirkte sich die europäische wie auch die transatlantische Spaltung auf die deutsche und französische Außenpolitik und Wirtschaft aus, die sich z.B. in „Boycott-Aufrufen gegen französischen Bordeaux bis hin zu jenen ‚French Fries‘ abzeichnete, die nun ‚Liberty Fries‘ heißen sollten“<sup>124</sup> oder der Tatsache, dass man nach dem Irak-Krieg immer mehr die Existenz des Weimarer Dreiecks anzweifelte. Andererseits hatte die realpolitische Entscheidung sich dieser fragwürdigen, vorschnellen amerikanischen Aktion zu verweigern auch einige positive Auswirkungen für beide Länder. Deutschland wurde zum Beispiel zunehmend beliebter in der arabischen Welt und Frankreich konnte seine traditionell guten Beziehungen zur arabischen Welt weiterhin stärken. Zudem hatten Deutschland und Frankreich die Öffentlichkeit auf ihrer Seite:

„So stand denn auch das Gros der Weltöffentlichkeit hinter Paris und Berlin und die spät kommende Friedensbewegung verlieh ihnen zusätzliches moralisches Gewicht und Legitimität.“<sup>125</sup>

Da eine militärische Intervention im Irak gegen das Völkerrecht verstieß, machten sich die USA mit ihrem unilateralem Vorgehen, das darin bestand, ohne die Erlaubnis der UNO einen Krieg zu führen, zunehmend unbeliebt in den Augen der Weltöffentlichkeit. Für Deutschland und Frankreich begünstigte dieses Verhalten hingegen eine Rechtfertigung ihrer ablehnenden Haltung.

---

<sup>122</sup> Gemeint ist hier der Aufruf der Acht, der einen gemeinsamen Brief von acht europäischen Staaten, darunter auch Polen, beinhaltet, die sich solidarisch gegenüber dem amerikanischen Vorhaben aussprachen.

<sup>123</sup> Hippler, Jochen: Die Folgen des 11. September 2001 für die internationalen Beziehungen, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4/2004, S. 5

<sup>124</sup> Watrin, Konrad: Keine Feigheit vor dem amerikanischen Freund, S. 40

<sup>125</sup> Ibd., S. 38

Betrachtet man den deutsch-französischen Zusammenhalt vor dem Hintergrund der seit 1963 entstandenen Freundschaft zwischen beiden Ländern, so rufen sie einige Erinnerungen wach. Bereits zu Zeiten General de Gaulles stand Frankreich dem amerikanischen Hegemonialstreben distanziert gegenüber. Dies äußerte sich darin, dass der General den Schwerpunkt seiner Außenpolitik darauf legte, die nationale und europäische Unabhängigkeit von den USA zu erreichen. Auch Chirac handelte ganz in der gaullistischen Tradition. Zwar erfolgte dies unter ganz anderen Vorzeichen, es steckte dennoch derselbe Unwille dahinter, sich der amerikanischen Hegemonialpolitik zu unterwerfen. Mit einer rot-grünen Bundesregierung an seiner Seite, die schon aus traditionellen Gründen eine weniger atlantische Gefolgschaft als beispielsweise die CDU/CSU aufweist, kann auch die Konstellation der politischen Akteure mit als ein Grund für die Polbildung und die damit verbundene starke deutsch-französische Konvergenz im Irak-Krieg 2003 betrachtet werden.

#### **2.1.4 Zusammenfassung**

Die kontinuierliche Entwicklung in den deutsch-französischen Beziehungen ist von einzelnen Kontinuitätsmomenten geprägt, die in ihrer Gesamtheit eine Aussage über die Beständigkeit der bilateralen Beziehungen machen.

Im Bereich der Europapolitik wurde sie vor allem durch die zahlreichen zwischenstaatlichen Initiativen hervorgehoben, die sowohl von Interessenskonvergenz als auch von Kompromissfindungen beider Partner geprägt waren. Mit dem erfolgreichen Abschluss des Maastrichter und Amsterdamer Vertrages verdeutlichten Deutschland und Frankreich, dass sie auch weiterhin eine Motorfunktion im europäischen Integrationsprozess einnehmen, die von einem gemeinsamen Willen zur Zusammenarbeit gekennzeichnet ist. Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit beider Länder im Integrationsprozess ist daher das Funktionieren der bilateralen Beziehungen. Dass diese auch nach großen Streitigkeiten noch intakt bleibt, zeigt der Blaesheim-Prozess. Mit dem erfolgreichen Versuch der Wiederannäherung bildet er eine Grundkonstante in den deutsch-französischen Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Die regelmäßigen und gegenseitigen Konsultationen sind unerlässlich für beide Partner, denn sie fördern das gegenseitige Verständnis und erleichtern den Umgang mit interkulturellen Missverständnissen. Egal, ob man nun von einem

„deutsch-französischen Reflex“<sup>126</sup> oder einem „komplementären Bilateralismus“<sup>127</sup> spricht, der 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages hat gezeigt, dass die partnerschaftlichen Beziehungen vor dem Hintergrund des internationalen Wandels durch das Ende des Ost-West-Konfliktes nun zu Beginn des 21. Jahrhunderts auch weiterhin Kontinuität aufweisen. Er zeigt aber auch, dass sie Krisen überlebt haben und weiterhin die Aussöhnung der beiden Partner gefeiert werden kann.

Der kontinuierliche Wille zur Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik lässt das Eurokorps zum Symbol bilateraler Zusammenarbeit seit 1963 werden. Dass bei derartigen deutsch-französischen Initiativen die anderen europäischen Partner, aber auch der transatlantische Partner USA Skepsis zeigen, spricht für die Stärke der bilateralen Kooperation. Aufgrund der Tatsache, dass im Kosovo das erste Mal deutsche und französische Soldaten Seite an Seite kämpften, wird nicht nur die Kontinuität in der militärischen Zusammenarbeit deutlich. Es manifestiert ebenfalls den politisch-symbolischen Wert des Eurokorps. Dass die deutsch-französischen Beziehungen innerhalb ihrer beständigen Zusammenarbeit auch Höhepunkte erleben können, zeigt der solidarische Zusammenhalt beider Länder im Irak-Krieg. Die deutsch-französische Solidarität im Kampf gegen eine amerikanische militärische Intervention im Irak 2003 hatte positive und negative Auswirkungen auf das Tandem. Auf der einen Seite entwickelte sich eine Entfremdung im transatlantischen Verhältnis. Auf der anderen Seite bestärkte im Falle Frankreichs und eröffnete im Falle Deutschlands die ablehnende Haltung ein besseres Verhältnis zur arabischen Welt.

In allen drei Bereichen lässt sich weiterhin feststellen, dass die Konstellation der politischen Akteure keine grundlegende Abweichung vom gemeinsamen Willen zur Zusammenarbeit zur Folge hatte. Zwar beeinflussten teilweise nationale Wahrnehmungsmuster ihr politisches Handeln und dienen als Erklärung für die jeweilige Verhaltensweise, es wurde jedoch vielmehr deutlich, dass die Konstellation der politischen Akteure je nach Intensität der Beziehungen zwischen dem jeweiligen Präsidenten und Bundeskanzler zu einer konstanten oder wie im Falle von Schröder und Chirac, zu einer verstärkten Zusammenarbeit beitragen kann.

---

<sup>126</sup> Koopmann, Martin: Auf dem Weg zum Elysée. Die pragmatische Profilierungspolitik des Senkrechtstarters Nicolas Sarkozy, In: Internationale Politik 11-12/2004, S. 152

<sup>127</sup> Zervakis, Peter A./ von Gossler, Sébastien: 40 Jahre Elysée-Vertrag, S. 6

## 2.2 Wandlungsmomente

Der Zeitraum von 1990 bis 2005 wurde durch einen Epochenwechsel eingeleitet, der mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der deutschen Wiedervereinigung einen Wandel im deutsch-französischen Verhältnis verursachte. Die Wiedervereinigung Deutschlands veränderte die Grundlagen in den deutsch-französischen Beziehungen sowohl in der Europa-, als auch in der Sicherheits- und Außenpolitik und wird deshalb im folgenden Abschnitt als eigenständiger Punkt behandelt. Obwohl das deutsch-französische Verhältnis in der Zeit von 1990 bis 2005 einige Kontinuitäten aufweist, entfernten sich beide Länder auch immer wieder in europa-, sicherheits- und außenpolitischer Hinsicht von einander. Deutschland- und Frankreichexperten sowie zahlreiche Historiker und Politikwissenschaftler wie z.B. Jean-Pierre Froehly, Ulrike Guérot, Axel Sauder, Daniel Vernet, Henrik Uterwedde, Joachim Schild, Hans Manfred Bock und Sabine von Oppeln sprechen in diesem Zusammenhang von einer „in den 90er Jahren zu verzeichnenden Krise der deutsch-französischen Zusammenarbeit“<sup>128</sup>, die sich am Verhalten Deutschlands und Frankreichs zueinander in europa-, sicherheits- und außenpolitischen Fragen festmachen lässt. Gemeint sind unter anderem die einzelnen Reformschritte im europäischen Integrationsprozess, wie die Veröffentlichung des Schäuble-Lamer-Papiers, die Turiner Regierungskonferenz, der Nizza-Vertrag oder die französische Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages. Ebenso weist die deutsch-französische Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich einen Wandel auf. Dieser manifestiert sich vor allem in den Debatten um die Osterweiterung der Europäischen Union und in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beider Länder. Die außenpolitischen Beziehungen sind in zweierlei Hinsicht von Veränderungen betroffen. Zum einen stellen die Ostpolitik Deutschlands und Frankreichs durch das Verhältnis zu Polen im Weimarer Dreieck aber auch die deutschen und französischen Beziehungen zu Russland einen Wandel dar. Zum anderen zeigte die deutsch-französische Zusammenarbeit in Krisenregionen wie dem Golf und dem Balkan, dass es eine solche Anfang der 90er Jahre noch nicht gab, sondern sie sich erst allmählich im Laufe des Balkan-Konfliktes entwickelte.

---

<sup>128</sup> Sabine von Oppeln: Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa – das Ende einer privilegierten Beziehung?, In: Lendemains, Heft 89/1998, S. 136

## 2.2.1 Die Wiedervereinigung

Aus der Retrospektive betrachtet, hat sich durch die Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur der deutsch-französische Bilateralismus gewandelt, sondern sie leitete gleichermaßen einen Epochenwandel in der europäischen Geschichte ein. Die Grundstrukturen der über 40 Jahre langen internationalen Beziehungen wurden durch das Ende des Ost-West-Konfliktes aufgelöst und hatten somit eine grundlegende Veränderung der europäischen Ordnung zur Konsequenz.

Der folgende Abschnitt soll sich näher mit dem deutschen und französischen Verhalten, dessen Konsequenzen und der gegenseitigen Wahrnehmung Frankreichs und Deutschlands unter Berücksichtigung der existierenden Wahrnehmungsmuster im Wiedervereinigungsprozess beschäftigen.

### 2.2.1.1 Deutschlands und Frankreichs Verhalten im Wiedervereinigungsprozess

Die unterschiedlichen Interessen und Vorgehensweisen Deutschlands und Frankreichs im Wiedervereinigungsprozess lösten eine Reihe von „Irritationen“<sup>129</sup> zwischen beiden Partnern aus. Deutschlands Interesse an einer Wiederherstellung der deutschen Einheit und damit auch einer Wiedererlangung der nationalen Souveränität stand einer zögerlichen und ängstlichen Haltung Frankreichs im Wiedervereinigungsprozess gegenüber. Dies führte zu einer Verstimmung im deutsch-französischen Bilateralismus, da sich beide Partner hinsichtlich der Herstellung der deutschen Einheit nicht einig waren. Diese Uneinigkeit fand ihren Ausdruck in der Tatsache, dass sich beide Länder nicht gegenseitig über ihre einzelnen Schritte informierten oder konsultierten, so wie es im Elysée-Vertrag von 1963 vorgesehen war. Mit dem von Bundeskanzler Kohl am 28. November 1989 formulierten Zehn-Punkte-Plan über die Errichtung einer deutsch-deutschen Konföderation löste er zum einen Ärgernis beim französischen Präsidenten Mitterrand aus, weil er den Plan ohne vorherige Absprache mit Frankreich präsentierte. Zum anderen herrschte auf französischer Seite eine allgemeine Verstimmung, weil Kohl weder Äußerungen über die zukünftigen territorialen Grenzen des wieder zu vereinigenden

---

<sup>129</sup> Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, S. 365

Deutschlands machte, noch die Zuständigkeiten der vier Siegermächte mit einbezog.<sup>130</sup> Kohls nationaler Alleingang hinsichtlich seines Zehn-Punkte-Plans wurde von Claire Tréan folgendermaßen bewertet:

„Kohl [...] qui ne s'est jamais illustré par une sensibilité très aiguë à l'Histoire et qui a notoirement aggravé son cas à propos de la frontière germano-polonaise [...] oublie parfois avec une grossière désinvolture que le destin de l'Allemagne concerne ses voisins et que la concertation avec Paris était jusque-là la première règle de sa politique.“<sup>131</sup>

Dieses unbedachte Verhalten des deutschen Bundeskanzlers führte zunächst zu Irritationen auf französischer Seite und löste gleichzeitig französische Ängste vor einer deutschen Großmacht bzw. Übermacht in Europa und die damit verbundene Befürchtung einer Reduzierung der französischen Großmachtstellung aus. Zudem rief es auch den Verdacht eines deutschen Neutralitätsstrebens hervor. Deshalb verfolgte Frankreich zu Beginn des Prozesses das Interesse, die deutsche Wiedervereinigung zu verhindern, indem es sich für eine Aufrechterhaltung des ostdeutschen Staates einsetzte und nahm somit eine passive Rolle im Wiedervereinigungsprozess ein. Mit der Begründung, das europäische Gleichgewicht in Europa wahren zu wollen und unter der Annahme, dass der russische Staatspräsident einer deutschen Vereinigung nicht zustimmen werde, da sich Mitterrand nicht vorstellen konnte, „dass die Sowjetunion den Deutschen die Wahrnehmung ihres Selbstbestimmungsrechts erlaubt und freie Wahlen als Schritt zur Wiedervereinigung zulässt, und erst recht nicht, dass die Sowjetunion ihre Bastion DDR in Europa aufgibt und ihre Truppen zurückziehen würde“<sup>132</sup>, positionierte sich Mitterrand aus deutscher Sicht klar und deutlich als Gegner der Wiedervereinigung. Jedoch musste er im Laufe des Prozesses feststellen, dass sich die deutsche Wiedervereinigung nicht verhindern, sondern, wenn überhaupt, nur verzögern ließ.<sup>133</sup> Als sich der rasante Wiedervereinigungsprozess trotz französischer Bemühungen, diesen zu verhindern, die sich in Gesprächen mit der sowjetischen und ostdeutschen Regierung im November und Dezember 1989 äußerten, vollzog, gab Mitterrand schließlich nach:

---

<sup>130</sup> Vgl. Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung, S. 26

<sup>131</sup> Tréan, Claire: „En terminer avec la brouille franco-allemande“, In: Le Monde vom 21.3. 1990, S. 5

<sup>132</sup> Küsters, Hanns Jürgen: Die deutsche Einheit 1989/90. Der diplomatische Prozess In: Pelletier, Nicole/Mondot, Jean (Hrsg.) La chute du Mur de Berlin, Pessac, Presses Universitaires de Bordeaux, 2004, S. 43

<sup>133</sup> Vgl. Froehly, Jean-Pierre: Mitterrand und die deutsche Vereinigung. Annäherungsversuch an den Kern der Debatte, In: Dokumente, Heft 6/1998, S. 487

„Erst als die deutsche Einheit – vor allem nach dem sich abzeichnenden Einlenken der UdSSR - unvermeidbar Gestalt annahm, habe sich auch Mitterrand mit der Situation abfinden und – im pragmatischen Interesse, dauerhafte Spannungen mit Deutschland zu verhindern – seine Strategie den Realitäten anpassen müssen.“<sup>134</sup>

Vor allem diese Fehlkalkulation seitens der französischen Regierung verhinderte, dass sich Frankreich in den Anfängen aktiv an der deutschen Wiedervereinigung beteiligte. Das sowjetische Einverständnis bezüglich einer deutschen Wiedervereinigung bewirkte somit eine Veränderung in Frankreichs ablehnender und passiver Haltung.

Mit den auf der Open-Sky-Konferenz in Ottawa im Februar 1990 beginnenden Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen sollte nun die deutsche Einheit eine weitere Entwicklung finden. Deutschlands Angebot einer deutsch-deutschen Währungsunion gegenüber der DDR und Gorbatschows Befürwortung einer deutschen Vereinigung führten zu einer internationalen Auseinandersetzung der deutschen Frage. Vor allem die USA, die sich seit dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 als starker Befürworter der deutschen Wiedervereinigung zeigten, trugen aktiv zur Vollendung des Prozesses bei. Indem sie auf der Konferenz eine gemeinsame Entwicklung der beiden deutschen Staaten befürworteten, gaben sie ihnen die Möglichkeit ihre Vorstellungen zu den äußeren Aspekten der Vereinigung zu artikulieren, so dass sie sich daraufhin mit den vier Siegermächten verständigen konnten.<sup>135</sup> Mit den Volkskammerwahlen in der DDR im März 1990, welche die Forderung des Volkes nach nationaler Einheit verdeutlichten, setzte Mitterrands aktive Wiedervereinigungspolitik ein. Sie bestand aus dem Anspruch, dass die Wiedervereinigung im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses stattfinden solle, um die „europäischen Spannungen“<sup>136</sup> nicht zu verstärken, und dass die Siegermächte der deutschen Vereinigung zustimmen müssten. Des Weiteren forderte Frankreich die deutsche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als territoriale Grenze, welche gleichzeitig eine Unterstützung der polnischen Forderungen war.<sup>137</sup> Mit dem Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages im September 1990 erkannte Deutschland diese an und der Wiedervereinigung stand somit auch durch die Außerkraftsetzung des Viermächte-Abkommens der Siegermächte nichts mehr im Wege. Im weiteren Verlauf des Wiedervereinigungsprozesses teilten sich darüber hinaus die

---

<sup>134</sup> Ibd., S. 487 f.

<sup>135</sup> Vgl. Kaiser, Karl: Deutschlands Vereinigung – Die internationalen Aspekte, Bergisch Gladbach, Bastei Lübbe, 1991, S. 54

<sup>136</sup> Vgl. Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung, S. 28

<sup>137</sup> Vgl. Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, S. 369

Ansichten beider Partner hinsichtlich der Zukunft der osteuropäischen Staaten. Die konträren Vorstellungen Mitterrands und Kohls von der weiteren Entwicklung der EG fanden vor allem in der Frage nach dem zukünftigen Umgang mit den postkommunistischen Staaten ihren Ausdruck:

„Kohls Begeisterung für eine schnelle Umgestaltung der Beziehungen zwischen den Ländern Ostmitteleuropas und der EG befand sich in scharfem Gegensatz zu Mitterrands Idee von einer europäischen Konföderation, die eine Ausdehnung der Gemeinschaft nach Osten verhindern sollte.“<sup>138</sup>

Dieses Zitat verdeutlicht einmal mehr, wie unterschiedlich die Herangehensweisen Kohls und Mitterrands im Wiedervereinigungsprozess waren. Trotz der Irritationen und Spannungen ist es aber beiden Staatsmännern gelungen, den „revolutionären Wandel“<sup>139</sup> in den bilateralen Beziehungen friedlich zu beenden.

#### 2.2.1.2 Die Änderungen der Grundlagen im deutsch-französischen Bilateralismus

„Die deutsche Wiedervereinigung und der damit vollendete Zusammenbruch der Nachkriegsordnung hatten in der Tat die Gewichte im deutsch-französischen Gespann gründlich verändert.“<sup>140</sup>

Die stürmische innerdeutsche Entwicklung im Zuge des Wiedervereinigungsprozesses verursachte „kleine Risse“<sup>141</sup> im deutsch-französischen Verhältnis. Die internationalen Rahmenbedingungen hatten sich geändert und die Nachkriegsordnung war durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes nicht mehr gültig. Das zwischen Deutschland und Frankreich existierende „Verhältnis zwischen Atombombe einerseits und Deutschmark andererseits“<sup>142</sup>, das während dem Ost-West-Konflikt die Grundlage im bilateralen Verhältnis bildete, geriet nun aus dem Gleichgewicht. Adolf Kimmel beschreibt diese Veränderung der deutsch-französischen Beziehungen mit folgenden Worten:

---

<sup>138</sup> Wallace, William: Bilateralismus und Europäische Integration: die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Kalten Krieg, In: Frankreich-Jahrbuch, 1992, S. 62

<sup>139</sup> Ibd., S. 55

<sup>140</sup> Manfrass-Sirjacques, Françoise: Deutschland-Frankreich-Europa-USA, S. 276

<sup>141</sup> Hofmann, Klaus: Frankreich und sein deutsches Trauma, In: Dokumente, Heft 1/1990, S. 4

<sup>142</sup> Ibd., S. 5



„Mit der Wiedervereinigung kam die Stunde der Wahrheit, denn die Geschäftsgrundlage, auf der sich die deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 – anders als nach 1918 – so positiv entwickeln können, ging nun verloren.“<sup>143</sup>

Frankreich, das als Siegermacht aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen war, konnte während des Kalten Krieges seine Führungsposition in Europa durch seine Schutzmachtfunktion, die es für Deutschland hatte, zur Geltung bringen. Hinzu kam noch, dass es, wie die anderen vier Siegermächte, einen Sitz im UN-Sicherheitsrat besaß und aufgrund der durch den Ost-West-Konflikt ausgelösten nuklearen Bedrohung, im Besitz einer Nuklearwaffe war. Mit der französischen Deutschlandpolitik der „Kontrolle Deutschlands durch Einbindung“<sup>144</sup>, d.h. die Einbindung der BRD in die westeuropäischen Strukturen, konnte Frankreich seinen Führungsanspruch in Europa aufrecht erhalten. Dass es ihn nun, aufgrund des immer zunehmenden Gewichts Deutschlands in Europa durch die Wiedervereinigung und das Ende des Kalten Krieges gefährdet sah, ist eine logische Konsequenz aus den historischen Umbrüchen von 1989/90. Walter Schütze zieht daraus folgende Schlüsse:

„Das Widerstreben der politischen und geistigen Elite Frankreichs, grundlegende Veränderungen der politischen Landschaft auf dem Kontinent zur Kenntnis zu nehmen, ist verständlich genug, denn stärker als jedes andere europäische Land hat man dort seit Beginn des Kalten Krieges das Ziel verfolgt, den Zustand einer militärisch, politisch und wirtschaftlich in den Westen integrierten Bundesrepublik unumkehrbar zu machen.“<sup>145</sup>

Diese Aussage bestätigt Frankreichs Desinteresse an einer deutschen Wiedervereinigung, die seinen Führungsanspruch in Europa vermindern würde. Deutschland hingegen unterstand während des Kalten Krieges der Überwachung und Kontrolle der vier Siegermächte und konnte sich einzig und allein durch seine wirtschaftliche Stärke behaupten. Wo also für Frankreich die Teilung Deutschlands als Voraussetzung für eine gute bilaterale Zusammenarbeit und Aussöhnung wurde, bedeutete sie für Deutschland eher ein Hemmnis in der Entfaltung seiner Kapazitäten. Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ist Deutschland nicht nur wirtschaftlich der stärkste Staat in Europa, sondern auch der bevölkerungsreichste:

„Vor allem ist Deutschland wieder Einzelstaat: der größte Staat in Europa und die stärkste Wirtschaft, befreit von allen Hemmungen, die die Teilung und die sicherheitspolitische Abhängigkeit Westdeutschlands von anderen Bonn bislang auferlegten.“<sup>146</sup>

---

<sup>143</sup> Kimmel, Adolf: Frankreich und Europa nach Jalta: Welche Rolle, welcher Rang?, In: Frankreich-Jahrbuch, 1992, S. 41

<sup>144</sup> Ibd.

<sup>145</sup> Schütze, Walter: Frankreich angesichts der deutschen Einheit, In: Europa-Archiv, Folge 4, 1990, S.134

<sup>146</sup> Wallace, William: Bilateralismus und Europäische Integration, S. 55

Diese Transformation ist ein Beleg für den Wandel der Grundlagen in den deutsch-französischen Beziehungen. Mit dem Ende der Teilung Deutschlands ging auch ein Ende der Teilung Europas einher und erforderte vom deutsch-französischen Tandem eine Neudefinition seiner Beziehung.

### 2.2.1.3 Gegenseitige Wahrnehmung im Wiedervereinigungsprozess

Die deutsch-französische Beziehung ist eine „Sonderbeziehung mit einer starken emotional-moralischen Dimension“<sup>147</sup>, in der die französische Wahrnehmung oft durch widersprüchliche Ängste und Faszination geprägt ist.<sup>148</sup> Dem passiven, abwartenden Verhalten Frankreichs liegt eine traditionelle französische Denkweise zugrunde. Im Wiedervereinigungsprozess ist sie geprägt von der Anerkennung des deutschen Rechts auf Selbstbestimmung einerseits und andererseits von dem Empfinden einer Gefahr für Frankreichs Rang und Stellung auf internationaler Ebene.<sup>149</sup> Niemand außer Frankreich könnte das Verlangen nach einer Vereinigung der Nation besser verstehen, denn für Frankreich ist das nationale Identitätsgefühl einer der wichtigsten Werte seiner Kultur. Die französische Öffentlichkeit sah sogar zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung im ostdeutschen Demokratisierungsprozess „einen Sieg der französischen Ideen von 1789, die gerade anlässlich des 200. Jahrestages der Französischen Revolution mit großem Aufwand gefeiert wurden.“<sup>150</sup> Allgemein gesehen hätte daher das Ausbleiben eines solchen Identitätsgefühls unangenehme Auswirkungen für die französische Gesellschaft. Klaus Hofmann hat dazu folgenden Gedanken entwickelt:

„Frankreich, angesichts seiner langen Nationalgeschichte, ist im Grunde unfähig, an die Teilbarkeit von Nationen zu glauben. Die Nation ist für Frankreich immer noch Prellbock für aufkommende Identitätskrisen. Dass dies für Deutschland ebenfalls gelten müsse, wissen die Franzosen.“<sup>151</sup>

Diese Aussage unterstreicht die französische Anerkennung des deutschen Rechts auf Selbstbestimmung, da Frankreich die Einheit der Nation als

---

<sup>147</sup> Asholt, Wolfgang/Kolboom, Ingo: Frankreich und das vereinte Deutschland. Ein Rückblick nach vorn, In: Europa-Archiv, Folge 7, 1992, S. 179

<sup>148</sup> Vgl. ibd., S. 179

<sup>149</sup> Vgl. Pfeiffer, Susanne: Verwirrspiel oder Absicht? Mitterrands komplexe Diplomatie im deutschen Einigungsprozess, In: Dokumente, Heft 1/1998, S. 41

<sup>150</sup> Höhne, Roland: Frankreich und die deutsche Einheit – Die Reaktion der Öffentlichkeit auf den Wiedervereinigungsprozess im Jahre 1989/90, In: Lendemains Heft 62/1991, S. 107

<sup>151</sup> Hofmann, Klaus: Frankreich und sein deutsches Trauma, In: Dokumente, Heft 1/1990, S. 7 f.

unabdingbare Voraussetzung für die nationale Identität sieht. Dennoch ist die französische Wahrnehmung im Wiedervereinigungsprozess von vielerlei Ängsten geprägt gewesen. Sie hatten ihren Ursprung einerseits in der Tatsache, dass Deutschland sich nicht nur demographisch und wirtschaftlich zur größten Nation in Europa entwickeln würde und Frankreich somit seine Führungsposition in Europa gefährdet sah, sondern andererseits auch im französischen Verdacht eines deutschen Neutralitätsstrebens, das sich in Form eines Bündnisses nach Osten hin orientieren könnte. Damit einher ging die Befürchtung, Deutschland könnte ein autonomes Machtzentrum bilden, das Anziehungskraft auf die ostmitteleuropäischen Staaten ausübt.<sup>152</sup> Hinzu kam noch die Öffnung Osteuropas. Sie rief wieder alte Ängste in Frankreich hervor, die sich auf eine deutsche Vorherrschaft in Osteuropa bezogen, sie erinnerte Frankreich aber auch an den politischen und kulturellen Einfluss, den es einmal in Ostmitteleuropa hatte.<sup>153</sup> Die langen historischen Erfahrungen Frankreichs mit Deutschland warfen sogar die Frage auf, ob Deutschland wieder zu der Macht- und Expansionspolitik der Vor- und Zwischenkriegszeit zurückkehren würde.<sup>154</sup> Die Existenz dieses französischen Wahrnehmungsmusters war aus deutscher Sicht verständlich. Die Tatsache, dass die europäischen Nachbarn, somit auch Frankreich, ängstlich und misstrauisch gegenüber den innerdeutschen Entwicklungen waren, hatte seinen Ursprung in den historischen Erfahrungen die Europa mit Deutschland gemacht hatte. Kohls schnelles und energisches Vorgehen im Wiedervereinigungsprozess, das vor allem bei Frankreich auf Unverständnis stieß und zu „Irritationen“<sup>155</sup> über die deutschen Absichten und Ziele führte, wurde von ihm im Nachhinein wieder relativiert, als er allen zusicherte, dass „Wiedervereinigung und Westintegration, Deutschlandpolitik und Europapolitik [...] zwei Seiten derselben Medaille“<sup>156</sup> seien. Mit dieser Aussage versuchte er bewusst den französischen Ängsten ihren Nährboden zu entziehen und bestätigte damit die Existenz eines deutschen Wahrnehmungsmusters, das bei einem Aufkommen nachbarschaftlicher Ängste versucht, diese zu korrigieren. Als diese Maßnahme Kohls aber dennoch nicht fruchtete, ließ auch er seine Verstimmung über das französische Misstrauen auf dem Straßburger Gipfel deutlich werden:

---

<sup>152</sup> Vgl. Höhne, Roland: Frankreich und die deutsche Einheit, S. 111

<sup>153</sup> Vgl. Wallace, William: Bilateralismus und Europäische Integration, S. 60

<sup>154</sup> Vgl. Höhne, Roland: Frankreich und die deutsche Einheit, S. 108

<sup>155</sup> Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, S. 365

<sup>156</sup> Kohl, Helmut: Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, abgegeben von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 8. November 1989, In: Kaiser, Karl: Deutschlands Vereinigung – Die internationalen Aspekte, Bergisch Gladbach, Bastei Lübbe, 1991, S. 156

„Depuis je suis chancelier, je n'ai jamais participé à un sommet aussi glacial que celui-là [...]. Je fus quand même étonné par l'interrogatoire digne d'un tribunal auquel je fus soumis à Strasbourg.“<sup>157</sup>

Diese Enttäuschung seitens des Bundeskanzlers über das Misstrauen, das ihm von der französischen Regierung entgegen gebracht wurde kann aus französischer Sicht nur mit den Erfahrungen, die Frankreich mit Deutschland in der Vergangenheit gemacht hatte, wie z.B. dem Rapallo-Abkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion oder den Hitler-Stalin-Pakt, erklärt werden. Denn diese historischen Erfahrungen sind fest im kollektiven Gedächtnis Frankreichs haften geblieben und verdeutlichten, wie sehr die Reaktionen der französischen Politik während des Wiedervereinigungsprozesses von historischen Erfahrungen und damit von Wahrnehmungsmustern gesteuert wurden. Roland Hühne bringt dies folgendermaßen auf den Punkt:

„Die Wiedervereinigung Deutschlands bedrohte daher potentiell in der Wahrnehmung der französischen Öffentlichkeit die Sicherheit und Unabhängigkeit Frankreichs.“<sup>158</sup>

Es war also die eigene Sicherheit und Unabhängigkeit, die nicht nur der politischen Elite, sondern auch der französischen Öffentlichkeit die größte Sorge bereiteten. Des Weiteren ist die Tatsache, dass Frankreich sich auf der einen Seite im Laufe des Wiedervereinigungsprozesses entschiedener denn je in der europäischen Integrationspolitik engagierte und mit Nachdruck die Entwicklung einer europäischen Verteidigungsidentität forderte, es aber auf der anderen Seite seine Sonderrolle nicht aufgeben wollte und zusätzlich noch an der ‚force de frappe‘ unter streng nationaler Verfügungsgewalt festhielt, ein Beweis für die Widersprüchlichkeit des französischen Denkens und Handelns.<sup>159</sup>

Die Grundlage, auf der die gegenseitige Wahrnehmung Deutschlands und Frankreichs im Wiedervereinigungsprozess stattfand, basierte also auf einer Wiederkehr von längst vergessenen Traumata und Stereotypen, die Bernard-Henri Lévy als die Rückkehr der „alten Dämonen der deutschen Vergangenheit“<sup>160</sup> bezeichnete. Hinzu kam, dass sich die neue Situation in Deutschland und Frankreich nicht so einfach verarbeiten ließ, was zur Konsequenz hatte,

---

<sup>157</sup> Bitsch, Marie-Thérèse: La dimension européenne de l'unification allemande, In: Revue d'Allemagne, Heft 1/1999, S. 112

<sup>158</sup> Hühne, Roland: Frankreich und die deutsche Einheit, S. 117

<sup>159</sup> Vgl. Kimmel, Adolf: Frankreich im Europa nach Jalta: Welche Rolle, welcher Rang?, S. 44

<sup>160</sup> Lévy, Bernard-Henri: „Die Dämonen kehren wieder“, Interview, In: Der Spiegel, Nr. 14/1990, S. 216

dass in beiden Ländern dieselben Themen jeweils aus der eigenen, nationalen Wahrnehmung heraus „spiegelverkehrt“<sup>161</sup> diskutiert wurden. Fest steht jedenfalls, dass das französische „Trauma der deutschen Übermacht“<sup>162</sup> tief sitzt und noch überwunden werden muss, sonst wäre Frankreichs Selbstverständnis durch die Wiedervereinigung nicht so erschüttert worden.

## **2.2.2 Die deutsch-französische Kooperation im Bereich der EU-Politik**

Aufgrund der grundlegenden Umwälzungen, die Europa mit dem Ende des Kalten Krieges erfuhr, gestaltete sich der europäische Integrationsprozess unter neuen Voraussetzungen. Deutschland und Frankreich, die weiterhin eine Motorfunktion in europäischen Fragen einnahmen, bekamen einige Schwierigkeiten hinsichtlich der Gestaltung des zukünftigen Europas. Unterschiedliche Europakonzeptionen wie auch nationale Wahrnehmungsmuster beeinflussten diese Veränderungen in den deutsch-französischen Beziehungen. Das Schäuble-Lamers-Papier war in diesem Kontext Auslöser für eine Grundsatzdebatte über die zukünftige Formung Europas. Veränderungen entwickelten sich im zwischenstaatlichen Verhältnis ebenfalls durch die Turiner Regierungskonferenz und die Verhandlungen zum Nizza-Vertrag 2000, bei denen die deutschen und französischen Vorstellungen fast schon konträr waren, so dass Deutschland-Expertin Ulrike Guérot über den Status quo der bilateralen Beziehungen während und nach Nizza von einer „deutsch-französischen Krise“<sup>163</sup> sprach und Joachim Schild diese sogar als „Tiefpunkt“<sup>164</sup> bezeichnete. Obwohl die bilaterale Annäherung Schröders und Chiracs durch die Vereinbarung, sich häufiger zu konsultieren, dem ganzen wieder eine entspannte Richtung gab, löste das französische Nein zum EU-Verfassungsvertrag im Jahr 2005 eine weitere Krise in Europa aus, die bis heute noch nicht beigelegt worden ist.

---

<sup>161</sup> Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, S. 372

<sup>162</sup> Loth, Wilfried: Die zweite Chance. Die deutsch-französischen Beziehungen nach der deutschen Einheit, In: Frankreich-Jahrbuch, 1992, S. 49

<sup>163</sup> Guérot, Ulrike: Leerlauf im deutsch-französischen Tandem. Hat es noch eine Existenzberechtigung?, In: Internationale Politik, Heft 1/2002, S. 33

<sup>164</sup> Schild, Joachim: Höhen und Tiefen einer privilegierten Sonderbeziehung, In: Frankreich-Jahrbuch, 2003, S. 201

### 2.2.2.1 Das Schäuble-Lamers-Papier als Auslöser einer Grundsatzdebatte

Die Debatte, die mit Vorlage des Schäuble-Lamers-Papiers in Frankreich ausgelöst wurde, sorgte für einige Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis und brachte die unterschiedlichen Europakonzeptionen beider Länder zum Vorschein. Das von der CDU/CSU erstellte Papier beinhaltet das Konzept eines Kerneuropas, welches sich aus Deutschland, Frankreich und den drei Benelux-Staaten zusammensetzt. In diesem Kerneuropa sollten „Deutschland und Frankreich ‚den Kern des festen Kerns‘ einer sich weiter vertiefenden Europäischen Union“<sup>165</sup> bilden. Der Grund, aus dem die deutsche Regierungspartei das Dokument vorgelegt hatte, bestand in der „Bekräftigung der Verankerung Deutschlands im europäischen Integrationsprozess“<sup>166</sup>. So wollte die deutsche Regierung den seit der deutschen Wiedervereinigung aufgekommenen Unterstellungen hauptsächlich von französischer Seite, Deutschland wolle seine eigenen Wege in Europa gehen, widersprechen. Aus diesem deutschen Wahrnehmungsmuster heraus wollten Schäuble und Lamers mit ihrem Konzept die deutsch-französische Beziehung nun zu einer neuen, qualitativen Stufe hinführen, da der europäische Integrationsprozess an einem kritischen Punkt angelangt war.<sup>167</sup> Sie bestand in erster Linie in der Forderung nach der Wahrnehmung der Rolle des Integrationsmotors. Die Reaktion Frankreichs auf diese Vorschläge erwies sich jedoch als zurückhaltend. Grund hierfür war zum einen das föderale Konzept, das hinter den von Schäuble und Lamers vorgeschlagenen Integrationsschritten für die Europäische Union steckte.<sup>168</sup> Zum anderen sah die französische politische Elite in dem Papier die Gefahr eines deutschen Hegemoniestrebens, da es in erster Linie weitere Schritte zur Stabilisierung Mittel- und Osteuropas forderte und sich grundsätzlich positiv für eine Osterweiterung der Europäischen Union aussprach, die das eigentliche Interesse Deutschlands in diesem Dokument darstellte. Sabine von Oppeln beschreibt dies mit folgenden Worten:

„Aber schon im Schäuble-Lamers-Papier über die zukünftige Architektur Europas, das im Jahre 1994 in Frankreich auf harte Kritik stieß, wird auf die Gefahr eines deutschen

---

<sup>165</sup> Hellmann, Gunther: Eine Flucht nach vorn ohne Ende? Die deutsch-französische Achse und die Vertiefung der europäischen Integration, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/1997, S. 21

<sup>166</sup> Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung, S. 53

<sup>167</sup> Vgl. ibd., S. 55

<sup>168</sup> Vgl. Vernet, Daniel: Ungewissheiten in der Europa-Politik. Neue deutsch-französische Entscheidungsträger, In: Internationale Politik, Heft 9/1998, S. 4

Alleingangs für den Fall hingewiesen, dass die anderen europäischen Partner nicht dem deutschen Anliegen der Osterweiterung folgen.“<sup>169</sup>

Mit dieser Aussage spielt Sabine von Oppeln auf den französischen Verdacht eines eventuellen deutschen Neutralitätsstrebens an. Es bestätigt die Existenz des französischen Wahrnehmungsmusters einer Angst vor einer Übermacht Deutschlands in Europa, die Frankreich vor allem wieder seit der Wiedervereinigung entwickelt hatte. Anhand des im Dokument entwickelten „Prinzip der flexiblen Integration“ sollte das Tempo der Integrationsgeschwindigkeit in Zukunft „nicht mehr von den langsamsten Teilnehmern des Integrationsprozesses bestimmt werden“<sup>170</sup>.

Das französische Desinteresse an einer EU-Osterweiterung war aber nicht der einzige Grund, warum Frankreich dem deutschen Dokument ablehnend gegenüber stand. Zwar hatte das Schäuble-Lamers-Papier auch seine positiven Seiten wie z.B. eine „Verstärkung des deutsch-französischen Motors“<sup>171</sup>, da es sich grundsätzlich für die Übernahme einer deutsch-französischen Schlüsselrolle im europäischen Integrationsprozess aussprach. Es grenzte aber auch durch seine Idee des Kerneuropas diejenigen Staaten aus, die generell nicht in der Lage sind, der Währungsunion beizutreten. Somit verdeutlichte die Debatte um das CDU-Dokument wieder einmal die konzeptionellen Unterschiede von französischer und deutscher Vorstellung über die gemeinsame europäische Zukunft. Die deutsche Europakonzeption ist hierbei von einem Streben nach „Einhegung und Vernetzung staatlicher Macht“<sup>172</sup> geprägt. Sie soll daher so viele Staaten wie möglich zu gemeinsamen Ordnungsprinzipien verpflichten, was wiederum eine Eindämmung staatlicher Autonomiefähigkeit zur Folge hätte.<sup>173</sup> Die französische Europakonzeption hingegen, die sich nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes durch das von Mitterrand entwickelte Konzept der „Europäischen Konföderation“ herausgebildet hatte, steht der deutschen Konzeption von Europa divergierend gegenüber. Mitterrands Idee war dabei, dass durch eine Konföderation die Auflösung der Bipolarität in Europa von einem „losen, übergreifenden Kooperationsrahmen“<sup>174</sup> ersetzt werden sollte.

---

<sup>169</sup> Oppeln, Sabine von: Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa – das Ende einer privilegierten Beziehung?, In: Lendemains, 89/1998, S. 133

<sup>170</sup> Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung, S. 56

<sup>171</sup> Toulemon, Robert: Kerneuropa-Deutsch-Französische Aktionsgemeinschaft in Sicht?, In: Integration, Heft 1/1995, S. 63

<sup>172</sup> Sauder, Axel: Souveränität und Integration. Französische und deutsche Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges, Baden-Baden, Nomos, 1995, S. 116

<sup>173</sup> Vgl., ibd.

<sup>174</sup> ibd., S. 137

Damit schreibt sie den Staaten eine zentrale Rolle in Europa zu, die einen Erhalt der Souveränitätsrechte ermöglicht:

„Frankreichs Vision einer europäischen Ordnung beruht daher auf einem Europa der souveränen, aber durch vielfältige Kooperationsbeziehungen miteinander verbundenen (National-) Staaten.“<sup>175</sup>

Diese Vorstellung erinnert an die gaullistische Konzeption „eines konföderierten Europa der Staaten“<sup>176</sup>, mit dem General de Gaulle versuchte, die europäische Ordnung zu überwinden. Mitterrands Konzept unterscheidet sich insofern von dem de Gaulles, als dass es eher auf eine Aufrechterhaltung des Status quo ausgerichtet ist.<sup>177</sup> Deutschlands föderaler Ansatz also, der eine Stärkung des Europaparlaments vorsah und Frankreichs nationalistischer Ansatz, der sich für eine Stärkung der nationalen Parlamente einsetzte, lassen sich im Wesentlichen auf das von Axel Sauder entwickelte Konzept von „Integration versus Souveränität“<sup>178</sup> zurückführen. Die notwendige Vertiefung der Europäischen Union um eine Handlungsfähigkeit der Union nach der nächsten Erweiterung zu erhalten, kollidiert also mit „dem nationalstaatlichen Selbstverständnis Frankreichs“<sup>179</sup>. Axel Sauder hat dazu folgende Überlegungen entwickelt:

„Es sind also diese ‚philosophischen‘ Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich, aber auch zwischen der Bundesrepublik und der Mehrheit der anderen EU-Mitglieder (allen voran Großbritannien), die es unwahrscheinlich erscheinen lassen, dass Maastricht II einen institutionellen Reformschub bringen wird.“<sup>180</sup>

Mit Maastricht II ist hier die Revisionskonferenz in Turin 1996 gemeint, die eine Revision des Maastrichter Vertrages vorsah und für die das Schäuble-Lamers-Papier sozusagen eine Diskussionsgrundlage aufgrund der unterschiedlichen Konzeptionen bot. Folglich unterschieden sich die deutsche und französische Wahrnehmung darin, dass Frankreich das Schäuble-Lamers-Papier als eine Bedrohung seiner nationalen Souveränität empfand und Deutschland die nationale Souveränität, an der Frankreich festhielt, als „leere Hülse“<sup>181</sup> bezeichnete. Diese divergierenden Wahrnehmungsmuster führten also zur zurückhaltenden bis ablehnenden französischen Haltung in Bezug auf die

---

<sup>175</sup> Ibid., S. 145

<sup>176</sup> Ibid., S. 142

<sup>177</sup> Vgl. ibd., S. 142

<sup>178</sup> Auf das Konzept von Axel Sauder, das sich in erster Linie um die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Konzeptionen Frankreichs und Deutschlands handelt, wird näher in Abschnitt 2.2.3.1 eingegangen.

<sup>179</sup> Sauder, Axel: Alles neu macht der Mai? Die Zukunft der deutsch-französischen Sonderbeziehung, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1995/96, S. 443

<sup>180</sup> Ibid.

<sup>181</sup> Toulemon, Robert: Kerneuropa, S. 63



deutschen Vorschläge und Konzeptionen Europas und verhalfen dem deutsch-französischen Tandem nicht zu einer Annäherung sowie der so genannten Übernahme bzw. Annahme der Schlüsselrolle, die das Schäuble-Lamers-Papier so eindeutig postulierte. Das Gegenteil war eher der Fall, denn durch die Vorschläge des Dokuments war die europapolitische Annäherung Frankreichs und Deutschlands, in der der Abschluss des Maastrichter Vertrages eine Wegmarke darstellte, wieder ins Wanken geraten. Das französische Wahrnehmungsmuster, von vorne herein alles abzulehnen, was gegen den souveränen Nationalstaatsgedanken verstößt und es zusätzlich noch als Bedrohung zu empfinden, zeigte sich auch wieder in der Schäuble-Lamers-Debatte. Sie verhinderte somit in den 90er Jahren eine fortschrittliche deutsch-französische Zusammenarbeit auf europapolitischer Ebene. Schließlich kann man sagen, dass das Schäuble-Lamers-Papier eine Grundsatzdebatte ausgelöst hat, welche die unterschiedlichen Konzeptionen Europas beider Länder zum Vorschein gebracht und damit einen deutsch-französischen Bewusstwerdungsprozess über die Modi der zukünftigen Gestaltung Europas in Gang gesetzt hat.

#### 2.2.2.2 Divergierende Haltungen auf der Turiner Regierungskonferenz

Die europapolitische Debatte einer sich erweiternden und vertiefenden EU, die mit dem Schäuble-Lamers-Papiers begann, fand nun in der Regierungskonferenz von 1996 in Turin eine weitere Steigerung. Anlass der Konferenz war eine Revision des Maastrichter Vertrages von 1991. Sie war deshalb nötig, weil sich seit Abschluss des Vertrages die Europäische Union in einer „problematischen Schiefelage“<sup>182</sup> befand. Diese fand ihren Ausdruck in einem ungleichen Verhältnis von Währungsunion und politischer Union zueinander. Der deutsch-französische Bilateralismus zeichnete sich während der gesamten Regierungskonferenz durch starke Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Reform der europäischen Institutionen aus:

„Während Deutschland hier weiterhin auf eine Stärkung des Europäischen Parlaments abzielt, stellt Frankreich den Europäischen Rat und die nationalen Parlamente in den Mittelpunkt.“<sup>183</sup>

---

<sup>182</sup> Weidenfeld, Werner: Europas Zukunft klären. Das vernebelte Profil der Reformdebatte, In: Internationale Politik, Heft 9/1995, S. 19

<sup>183</sup> Schmuck, Otto: Die EU-Regierungskonferenz 1996: Zum Stand der Reformdebatte, In: Integration, Heft 2/1995, S. 71

Dieser unterschiedlichen Akzentsetzung in der Reform der Europapolitik beider Länder liegen ein anderes Verständnis und eine andere Interpretation von Begrifflichkeiten zugrunde. Es handelt sich hierbei um die Begriffe ‚Souveränität‘ und ‚Föderalismus‘. Die konnotative Bedeutung der Souveränität ist aus französischer Sicht mit einer jahrhundertealten Tradition verbunden, die durch die Französische Revolution von 1789 entstand. Das französische Volk ersetzte damals den König, der ja staatlicher Souverän war, durch das Volk. Da dies seitdem in der französischen Verfassung fest verankert ist, lässt sich das französische Verständnis von Souveränität auf die Formel „die nationale Souveränität liegt beim Volk“<sup>184</sup> bringen. Der französische Minister für europäische Angelegenheiten Alain Lamassoure sieht daher in der von Karl Lamers getroffenen Aussage, die Souveränität sei nur noch eine „leere Hülse“<sup>185</sup> einen Angriff auf das traditionelle französische Staatsverständnis:

„Ist von einer Souveränitätsübertragung die Rede, wird deshalb im tiefsten kollektiven Bewusstsein der Franzosen stets die Furcht vor dem Verlust eines grundlegenden Rechts wach, das sich das Volk zum Zeitpunkt der Revolution erkämpfte.“<sup>186</sup>

Das heißt, solange das französische Volk souveräne Entscheidungen durch Volksabstimmungen treffen kann, sieht es sein traditionelles Konzept von Souveränität außer Gefahr. Anders verhält es sich dagegen mit der Bedeutung des Wortes ‚Föderalismus‘, der in Frankreich Unkenntnis auslöst, da es sich stets als zentralistischen Staat verstand. Nach deutschem Verständnis ist mit dem Wort ‚Föderalismus‘ das Gegenteil eines zentralistischen Staates gemeint. Somit lässt die Idee eines föderalen Europas nach französischem Verständnis die Vorstellung „an ein politisches Gebilde“<sup>187</sup> aufkommen, das eine nationale Identität beinhaltet, die beispielsweise nicht über die eines amerikanischen Bundesstaates hinausgeht. Somit lagen die Auslöser des Konfliktes ähnlich wie bei der Debatte um das Schäuble-Lamers-Papier in den unterschiedlichen Visionen Frankreichs und Deutschlands von Europa. Das deutsche Konzept einer integrierten EU mit bundesstaatlicher Struktur widerspricht grundlegend dem französischen Verständnis von nationaler Souveränität, das als Grundlage demokratischer Partizipation und als Legitimität des Staates gesehen wird. Daher liegt im französischen Wahrnehmungsmuster in Bezug auf den Begriff Föderalismus die Assoziation eines Verlustes dieses Staatsprinzips, womit

---

<sup>184</sup> Lamassoure, Alain: „Das Europa, das wir brauchen“, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.12.1994, S. 14

<sup>185</sup> Toulemon, Robert: Kerneuropa, S. 63

<sup>186</sup> Lamassoure, Alain: „Das Europa, das wir brauchen“, S. 14

<sup>187</sup> Vgl. ibd.

auch ein Verlust des demokratischen Grundprinzips der Legitimität des Staates einhergeht. Das deutsche Wahrnehmungsmuster hingegen ist davon geprägt, dass mit der von Frankreich immer wieder insistierenden Souveränität die Abkehr von einer Integration der EU und der Rückzug auf nationale Interessenpolitik statt findet. Dass Frankreich mit der Erhaltung der staatlichen Souveränität nur seine Autonomie wahren will, um nicht vollkommen abhängig von einer supranationalen Organisation zu sein, kann daher nur unzureichend in das deutsche föderalistische Konzept integriert werden. Denn aus deutscher Sicht stellt der Föderalismus keine Überlebensgefahr dar, sondern einen positiven Fortschritt der EU im gemeinsamen Interesse.

Dies bietet eine Erklärung für die Tatsache, dass die deutsch-französischen Vorschläge zur institutionellen Reform der EU in unterschiedliche Richtungen gehen:

„Angesichts der deutsch-französischen Differenzen hinsichtlich ihrer Vision von Europa kann es kaum erstaunen, dass die Reformvorschläge für die Regierungskonferenz von 1996 recht unterschiedlich ausfallen – auch wenn dies jüngst von beiden Außenministern bestritten wurde.“<sup>188</sup>

Es ist also das Bild, das die Wahrnehmung trübt, wenn beiden Außenministern nicht bewusst ist, dass ihren Differenzen unterschiedliche Konzeptionen zugrunde liegen. Es wäre wichtig darüber ein Bewusstsein zu schaffen, damit die EU-Integration voranschreiten kann. Jedenfalls entwickelte sich aufgrund dieser Divergenzen eine „orientierte Integrationsmüdigkeit“<sup>189</sup>, die von überwiegender Skepsis bis hin zu Minimalismus und Mutlosigkeit in der politischen Führung der EU geprägt wurde. Mit der politischen Führung sind hier vor allem Deutschland und Frankreich gemeint, die zusammen eine Schlüsselrolle im europäischen Integrationsprozess besitzen. Gerd Langguth entwickelte folgendes Szenario im Falle eines Scheiterns der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf europapolitischer Ebene:

„Insgesamt zeigt sich, dass europapolitischer Fortschritt nur möglich ist, wenn Frankreich und Deutschland weiterhin die Motoren des europäischen Einigungswerkes bleiben. Sollte Frankreich auf die europapolitische Bremse treten, könnte sich Deutschland ebenfalls gezwungen sehen, seine Europapolitik stärker an nationalen Interessen auszurichten. Statt einer Vertiefung gemeinschaftlicher Politik wäre dann eine Renationalisierung in der (west-)europäischen Landschaft angesagt.“<sup>190</sup>

---

<sup>188</sup> Sauder, Axel: Alles neu macht der Mai?, S. 443

<sup>189</sup> Weidenfeld, Werner: Europa '96 – Unterwegs wohin? Die Europäische Union vor der Regierungskonferenz, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B1 - 2/1996, S. 3

<sup>190</sup> Langguth, Gerd: Ein starkes Europa mit schwachen Institutionen? Die europapolitische Agenda zur Regierungskonferenz 1996, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/1996, S. 44

Dass dieses von Langguth entwickelte ‚worst-case-Szenario‘ in Turin seine Anfänge zeigte, spiegelte die schwierige Debatte um die unterschiedlichen Europakonzeptionen beider Partner wider. Die Fortentwicklung einer Vertiefung der Europäischen Union gestaltete sich auf der Turiner Regierungskonferenz unter dem deutsch-französischen Tandem als schwierig. Deutschland und Frankreich als dynamische Antriebskraft im europäischen Integrationsprozess blockierten sich gegenseitig und verhinderten damit die gewünschten Reformschritte. So war letztendlich auch die Gemeinschaft insgesamt mit all ihren Mitgliedern von der Uneinigkeit zwischen den beiden Partnern betroffen. Dass diese sich noch zuspitzen sollte, zeigte sich an der Krise, in die Deutschland und Frankreich auf der darauf folgenden Revisionskonferenz in Nizza 2000 gerieten.

#### 2.2.2.3 Die deutsch-französische Krise im Zuge der Verhandlungen zum Nizza-Vertrag 2000

Wenn man davon ausgeht, dass die deutsch-französischen Beziehungen durch die Turiner Regierungskonferenz in eine leichte Krise aufgrund unterschiedlicher Konzeptionen von der Zukunft Europas geraten sind, dann kann man spätestens bei den Verhandlungen um den Nizza-Vertrag 2000 von einem Bruch im deutsch-französischen Verhältnis sprechen. Dieser Wandel im partnerschaftlichen Verhältnis, der schon 1994 mit der Veröffentlichung des Schäuble-Lamers-Papiers einsetzte und auf der Turiner Regierungskonferenz fortgesetzt wurde, fand seinen Höhepunkt bei den Verhandlungen zum Nizza-Vertrag und stellte zugleich den Tiefpunkt in der europapolitischen Zusammenarbeit der beiden Partner zwischen 1990 und 2005 dar. Bereits auf dem Gipfel in Berlin 1999 stießen Deutschland und Frankreich, als es um die Ko-Finanzierung der Agrarpolitik<sup>191</sup> und um die Agenda 2000<sup>192</sup> ging, aneinander. Dieser Streit war keine gute Voraussetzung für die Verhandlungen zum Nizza-Vertrag. Denn dort ereignete sich laut Ulrike Guérot ein regelrechtes

---

<sup>191</sup> Deutschland als größter Nettozahler weigerte sich, weiterhin die größte Summe einzuzahlen, von der hauptsächlich die französische Landwirtschaft profitierte. Frankreich versuchte dies zu verhindern und erreichte, dass die Finanzplanung mit der Agenda 2000 bis 2006 aufrechterhalten wurde.

<sup>192</sup> Bei der Agenda 2000 handelt es sich um ein Programm der Europäischen Kommission zur Vorbereitung der Osterweiterung sowie zu einer Reform der Politikbereiche und zum zukünftigen Finanzrahmen (2000 - 2006) der Europäischen Union.

„politisches Psychodrama“<sup>193</sup>. Das eigentliche Ziel, wie bei jeder Revisionskonferenz, war eine Reform des institutionellen Systems der Europäischen Union. Als Vorbereitung auf die Osterweiterung sollte das System „demokratischer, transparenter und effizienter“<sup>194</sup> gestaltet werden. Frankreichs Haltung war jedoch stärker von einer Verteidigung der nationalen Interessen geprägt und nicht von einer Politik im gemeinschaftlichen Interesse. Durch die französische Blockade der doppelt qualifizierten Mehrheit und der Forderung einer Neugewichtung der Stimmen im Rat, die einen gleichzeitig auftretenden Widerwillen Chiracs beinhaltete, einer Abkoppelung der Stimmen zwischen Deutschland und Frankreich zu zustimmen, kann dies belegt werden. Der französische Ratspräsident wollte das französische Gewicht im Rat nicht verringern, das deutsche aber auch nicht vergrößern, so dass Deutschland in der „EU eine Art institutionelle Hegemonialstellung“<sup>195</sup> haben würde. De facto ist mit der „62-Prozent-Klausel“<sup>196</sup> aber genau das Gegenteil eingetroffen. Deutschland hätte nun die Möglichkeit mit nur zwei anderen großen Mitgliedsstaaten Entscheidungen zu blockieren, da es der größte und bevölkerungsreichste Staat in Europa ist. Somit erwies sich der französische Versuch, eine deutsche Dominanz im Rat zu verhindern, als Eigentor:

„Das sinnlos-symbolische Festhalten Frankreichs an einer gleichen Stimmenzahl im Rat mit Deutschland hat Frankreich teuer bezahlt.“<sup>197</sup>

Es hatte also nicht nur zur Konsequenz, dass Deutschland als Sieger und Frankreich als Verlierer aus dem Streit ging, sondern ihre Beziehung zueinander veränderte sich von einem Gleichgewicht in ein Ungleichgewicht. Dies ist insofern fatal, weil die deutsch-französische Symmetrie im institutionellen Rahmen der EU seit der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg Voraussetzung für die Motorrolle beider Partner in der EU war.<sup>198</sup>

Zurückzuführen sind diese Blockaden im zwischenstaatlichen Verhältnis auf mehrere Faktoren. Einerseits liegt die Ursache darin, dass es kurz vor Nizza in Deutschland (1998) wie auch in Frankreich (1997) jeweils zu einem

---

<sup>193</sup> Guérot, Ulrike: Nizza – Zur Genese eines unnötigen Psycho-Dramas, In: Dokumente, Heft 1/2001, S. 13

<sup>194</sup> Ibd.

<sup>195</sup> Ibd., S. 17

<sup>196</sup> Die 62-Prozent-Klausel repräsentiert die neue Stimmengewichtung im Europäischen Rat, die vor allem für die Regelung von Mehrheitsentscheidungen ausschlaggebend ist. Denn je nach Größe werden die Mitglieder in einer erweiterten EU zwischen 4 und 29 Stimmen erhalten. Für eine Mehrheitsentscheidung bedarf es daher künftig 169 Stimmen, die gleichzeitig die Mehrzahl der Mitgliedsstaaten und 62% der gesamten EU-Bevölkerung repräsentieren.

<sup>197</sup> Guérot, Ulrike: Nizza – Zur Genese eines unnötigen Psycho-Dramas, S. 17

<sup>198</sup> Vgl., ibd., S. 18

Regierungswechsel kam, der zu erhöhten Missverständnissen im deutsch-französischen Dialog führte, da beide Partner sich erst an einander gewöhnen und über die Wichtigkeit der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Europa bewusst werden mussten. Dies hatte natürlich zur Konsequenz, dass zwischen beiden Partnern kein wirkliches Gespräch statt fand, in dem sie sich hätten vorher über die wichtigen Fragen abstimmen können. Joachim Schild zieht aus diesem Kommunikationsproblem folgende Schlussfolgerung:

„Ein zentrales Problem sieht Schild zur Zeit allerdings darin, dass die aktuelle Debatte noch in erster Linie durch den Austausch einzelner nationaler Stellungnahmen gekennzeichnet sei, aber noch kein echter deutsch-französischer Dialog stattfindet, aus dem gemeinsame Positionen hervorgehen könnten. Um einen solchen Dialog zu ermöglichen müsse man sich davor hüten, die eigenen nationalen Modelle – wie z.B. den deutschen Föderalismus – einfach auf die europäische Ebene übertragen zu wollen.“<sup>199</sup>

Die fehlende Kommunikation zwischen Deutschland und Frankreich resultierte also aus interkulturellen Missverständnissen und führte zu dem Versuch der Transformation der nationalen Politik auf die europäische Politik, was wiederum keinen Dialog zwischen beiden Partnern zuließ. Andererseits erklärt dies auch die Blockadesituation in Nizza, die eben durch diese „intergouvernementale Verhandlungslogik“, d.h. den Versuch direkter Übertragung nationaler parlamentarischer Leitbilder auf das Europäische Parlament, verursacht wurde.<sup>200</sup> Dieser findet seinen Ursprung in der Existenz zweier unterschiedlicher Konzeptionen von Europa. Frankreich als zentralistischer Staat ist hierbei vor allem daran interessiert, die intergouvernementale Ebene zu stärken, da sie den Erhalt staatlicher Souveränität garantiert. Deutschland hingegen, das eine traditionell parlamentarische Staatsführung aufweist, möchte die supranationale Ebene der EU stärken, was eine Überwindung des klassischen Nationalstaates bedeuten würde.

Somit ergeben sich aus den Streitigkeiten in Nizza zweierlei Konsequenzen für die bilaterale Beziehung: zum einen entwickelte sich auf französischer Seite eine Angst vor einem Europa, das nun vorwiegend aufgrund der 62-Prozent-Klausel unter deutscher Dominanz stand. Von deutscher Seite erfordert dies wiederum ein politisches Feingefühl gegenüber der französischen politischen Elite. Inwiefern es eine solche Behutsamkeit aufbringen könnte, veranschaulicht Jean-Pierre Froehly:

---

<sup>199</sup> Göler, Daniel/Schild, Joachim: Reformperspektiven der EU nach Nizza. Konferenzbericht zur deutsch-französischen Konferenz am 5./6. Juli 2001 in Berlin, In: Dokumente, Heft 6/2001, S.

<sup>14</sup>  
<sup>200</sup> Ibd., S. 10

„Für Berlin muss es vorrangig darum gehen, die unbegründeten französischen Ängste vor einem ‚deutschen Europa‘ abzubauen. Solche Befürchtungen hatten sich in Paris nach dem Vertrag von Nizza selbst unter den Europa-Föderalisten verbreitet.“<sup>201</sup>

Der Autor weist zu Recht darauf hin, dass jene französischen Ängste unbegründet seien, denn schließlich hatte Frankreich die Krise in der bilateralen Beziehung selbst zu verschulden. Zum anderen zeigt das unzufrieden stellende Ergebnis, das der Nizza-Vertrag letztendlich darstellt, eine negative Bilanz der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Mit ihrer Uneinigkeit blockierten beide Partner den gesamten Reformprozess und machten jeglichen Fortschritt unmöglich. In Nizza war vor allem eine Renationalisierungstendenz Deutschlands und Frankreichs zum Vorschein gekommen, die im Laufe der Verhandlungen auch auf die anderen Mitgliedsstaaten übergriff:

„Dass durch Störungen zwischen Deutschland und Frankreich eine Lähmung Europas eintritt und Fortschritte verhindert werden, lässt sich an dem Beispiel des Vertrages von Nizza mühelos veranschaulichen: Während der Verhandlungen hat sich jedes Mitgliedsland spürbar als einzelner Nationalstaat begriffen und das gemeinsame Integrationsziel außer Acht gelassen. Dieser Gipfel brachte allgemein nicht den notwendigen Schwung für die Fortführung des europäischen Einigungswerkes zu Beginn des 21. Jahrhunderts.“<sup>202</sup>

Das mangelhafte Bestreben beider Partner eine gemeinsame europäische Politik zu führen ist folglich eine weitere Konsequenz aus den Verhandlungen zum Nizza-Vertrag. Deshalb wurden auch von den Staats- und Regierungschefs die Ergebnisse von Nizza als „das Maximum des Erreichbaren“ bezeichnet, obwohl sie eher „das Minimum des Notwendigen“<sup>203</sup> darstellten. Fest steht jedenfalls, dass beiden Ländern in Nizza vor Augen geführt wurde, wie wichtig eine gemeinsame Haltung für ein Voranschreiten im europäischen Integrationsprozess ist. Darüber hinaus wurde allen anderen Mitgliedsstaaten bewusst, falls sie sich dessen noch nicht bewusst waren, dass die Richtung, die das deutsch-französische Tandem einschlägt, bestimmend für die Europäische Union sein kann.

---

<sup>201</sup> Froehly, Jean-Pierre: Neue Freundschaft? Die Überwindung europapolitischer Divergenzen zwischen Berlin und Paris, In: Internationale Politik, Heft 7/2001, S. 52

<sup>202</sup> Brok, Elmar: Die deutsch-französische Zusammenarbeit. Im Licht der Ergebnisse des Europäischen Verfassungskonvents, In: Dokumente, Heft 5/2003, S. 17

<sup>203</sup> Hänsch, Klaus: Maximum des Erreichbaren – Minimum des Notwendigen? Die Ergebnisse von Nizza, In: Integration, Heft 2/2001, S. 94

#### 2.2.2.4 Die europäische Krise als Konsequenz des französischen Vetos zum EU-Verfassungsvertrag

Das französische Nein zum EU-Verfassungsvertrag am 29.5.2005 führte zu einer europapolitischen Krise und damit auch zu einem deutsch-französischen Problem. Neben dem Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit des französischen Volkes mit der seit dem Maastrichter Vertrag betriebenen Gestaltung europäischer Integration waren zahlreiche Ängste der Bevölkerung beispielsweise vor Globalisierung, verschärftem Wettbewerb um Waren- und Arbeitsmärkte oder Unternehmensverlagerungen in die osteuropäischen Beitrittsländer Grund für die Ablehnung.<sup>204</sup> Der Hauptablehnungspunkt war jedoch der neoliberale Ansatz im EU-Verfassungsvertrag. Henrik Uterwedde bringt diese Angst vor einem Verlust des französischen Sozialmodells in einem Interview folgendermaßen auf den Punkt:

„Die Franzosen haben die Verfassung auch ja nicht zuletzt deswegen abgelehnt, weil sie in ihr das Schreckensgespenst eines neoliberalen Europas erkannt hatten.“<sup>205</sup>

Die Sorge des französischen Volkes um einen Wegfall der Arbeitsplätze und des französischen Sozialmodell, das durch die Einführung der Dienstleistungsfreiheit auf dem europäischen Markt und die Osterweiterung direkt bedroht werden würde, erwiesen sich als Hauptargumente gegen den europäischen Verfassungsvertrag. Präsident Chirac, der vor dem Referendum versuchte den EU-Verfassungsvertrag als Tochter der Französischen Revolution von 1789 zu präsentieren, griff damit das Identitätsproblem der französischen Gesellschaft auf. Auch wenn seiner Meinung nach die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte Teil der Grundrechte-Charta des EU-Verfassungsvertrages sei, konnte er die Bedrohung, die besonders Teil 3 des Vertrages für die kollektive Identität Frankreichs darstellt, nicht abschwächen.<sup>206</sup> Alain Duhamel stellte schon vor dem Referendum 2005 fest, welche tief greifenden Ängste vor den Auswirkungen einer weiteren europäischen Integration im französischen Volk vorherrschen:

„Les citoyens de ce pays craignent désormais l'avenir. Ils ont le sentiment que leur pays est en train de perdre son statut et son âme. Ils redoutent les effets de la mondialisation, de l'immigration, parfois de l'intégration européenne. Ils y voient un péril

---

<sup>204</sup> Vgl. Oppeln von, Sabine: Das Projekt Europa. Im Spiegel der französischen Verfassungsdebatte, In: Dokumente, Heft 3/2005, S. 12 ff.

<sup>205</sup> Interview mit Henrik Uterwedde:

[http://www.arte.tv/de/geschichte-gesellschaft/archivs/Tag\\_20der\\_20deutsch-franz\\_C3\\_B6sischen\\_20Freundschaft/754574,CmC=1094642.html](http://www.arte.tv/de/geschichte-gesellschaft/archivs/Tag_20der_20deutsch-franz_C3_B6sischen_20Freundschaft/754574,CmC=1094642.html), [Stand: 23.1.2007]

<sup>206</sup> Schild, Joachim: Ein Sieg der Angst – Das gescheiterte französische Verfassungsreferendum, In: Integration, Heft 3/2005, S. 199



pour leur identité collective. Ils constatent que leurs valeurs traditionnelles sont remises en cause, que les symboles de l'autorité vacillent, que le progrès social cède quelquefois la place à une régression cruelle.<sup>207</sup>

Das Wahrnehmungsmuster der französischen Bevölkerung, in einer weiteren Integration in den europäischen Staatenbund eine Gefahr für die kollektive Identität zu sehen, beeinflusste also in nicht unerheblichem Maße die französische Europapolitik. Es hat aber auch Konsequenzen für die deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa, deren Ursache letztendlich auf eine interkulturelle Problematik zurückzuführen ist. Denn der kulturelle Unterschied beider Länder liegt in eben dieser genannten Angst, die die deutsche Bevölkerung weniger aufweist, da sie positive Erfahrungen mit föderalistischen Strukturen hat und deshalb mit einer weiteren Integration auch keinen Verlust ihrer nationalen Identität in Verbindung bringt:

„Eine politisch, wirtschaftlich und kulturell zunehmend heterogene EU-25-Plus wird für viele keineswegs antieuropäisch gesinnte Franzosen zu einem schwierigeren Identifikationsobjekt.“<sup>208</sup>

Auch wenn die deutsch-französischen Konsultationen nach den Nizza-Streitigkeiten verstärkt wurden, so wurde für diesen grundlegenden Unterschied zwischen beiden Kulturen noch keine Lösung gefunden. Genauer gesagt zeichnete sich eine große Kluft zwischen Deutschland und Frankreich in der Verfassungsdebatte ab, die sich durch eine fehlende deutsch-französische Übereinstimmung bemerkbar machte. Diese bilateralen Differenzen bestehen im Prinzip in den unterschiedlichen Europakonzeptionen beider Länder, die beide Partner überwinden müssten, um ihrer Motorrolle im europäischen Integrationsprozess gerecht zu werden. Nicole Alecu de Flers und Daniel Göler haben in diesem Zusammenhang festgestellt, dass sich der konträre Unterschied der deutschen und französischen Europakonzeption nach dem Nizza-Vertrag verringert und sich zu einem „Nebeneinander von intergouvernementalen und supranationalen Entwicklungsoptionen“<sup>209</sup> entwickelt habe. Diese Annäherung der beiden Europakonzeptionen sei in erster Linie auf die Zugeständnisse, die beide Regierungen einander gemacht haben, zurückzuführen.<sup>210</sup> Dennoch können, selbst mit einer Veränderung im Sinne einer Annäherung, die gravierenden konzeptionellen Unterschiede nicht gelöst

---

<sup>207</sup> Duhamel, Alain: *Le désarroi français*, Paris, Plon, 2003, S. 225

<sup>208</sup> Schild, Joachim: *Ein Sieg der Angst*, S. 199

<sup>209</sup> Alecu de Flers, Nicole/Göler, Daniel: *Eine europäische Verfassung? Deutsche und französische Konzeptionen zwischen Intergovernmentalismus und Supranationalismus*, In: *Dokumente*, Heft 5/2002, S. 20

<sup>210</sup> Vgl. *ibd.*

werden, denn die französische Wahrnehmung eines europäischen Bundesstaates der Nationalstaaten löst immer noch Unbehagen in Frankreich aus, sonst wäre das Referendum nicht negativ ausgefallen.

Ausgehend von diesen Feststellungen stellt die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages eine Blockade der politischen Handlungsfähigkeit der EU dar und verdeutlicht die geschwächte französische Position innerhalb der EU.<sup>211</sup>

Dies lässt auch vermuten, dass bis zu den französischen Präsidentschaftswahlen 2007 eine Lösung des Problems fast aussichtslos ist, da Jacques Chirac aufgrund dieser innenpolitisch instabilen Lage einen neuen Anlauf nicht wagen könnte.<sup>212</sup> Nach dem unbefriedigenden Ergebnis des Nizza-Vertrages sollte mit dem EU-Verfassungsvertrag der Mangel an Demokratie und in den Entscheidungsfragen behoben werden.<sup>213</sup>

Das französische Referendum, das den Vertrag in erster Linie ablehnte, weil es ein sozialeres und demokratischeres Europa forderte, hatte insofern schwerwiegende Auswirkungen auf die gesamte politische Situation Europas, da Frankreich ein Gründerstaat Europas ist und die Ablehnung somit als Wandel in der Europapolitik Frankreichs gesehen werden kann. Die Stagnation des europäischen Integrationsprozesses, die mit der Ablehnung eingetreten ist, stellt sowohl in der europäischen Integrationsgeschichte als auch in den deutsch-französischen Beziehungen einen Wandel dar.

### **2.2.3 Die deutsch-französische Kooperation im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Wie in der Europapolitik hatte der Kalte Krieg auch enorme Auswirkungen auf die Sicherheit Europas. Die sicherheitspolitische Ordnung in Europa, die über vierzig Jahre von der Blockbildung des Ost-West-Gegensatzes gekennzeichnet war, erforderte nun ein neues sicherheitspolitisches Konzept von den europäischen Staaten. Die auf deutsch-französische Initiative hin entstandene Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Ende der 90er Jahre zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik führte, war Ausdruck für den

---

<sup>211</sup> Vgl. Uterwedde, Henrik: Europa und die „soziale Malaise“ der Franzosen, In: Dokumente, Heft 3/2005, S. 19

<sup>212</sup> Diedrichs, Udo/Wessels, Wolfgang: Die Europäische Union in der Verfassungsfalle? Analysen, Entwicklungen und Optionen, In: Integration, Heft 4/2005, S. 304

<sup>213</sup> Jopp, Mathias/S-Kuhle, Gesa: Wege aus der Verfassungskrise – die EU nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden, In: Integration, 3/2005, S. 259

sicherheitspolitischen Wandel in Europa. Ebenso machte der Zerfallsprozess in den postkommunistischen Staaten eine Osterweiterung der EU notwendig. Die deutsch-französische Zusammenarbeit stellte in diesem Kontext einen wesentlichen Akteur dar, der aufgrund unterschiedlicher sicherheitspolitischer Konzeptionen einige Hürden überwinden musste, um der neuen sicherheitspolitischen Ordnung in Europa gerecht zu werden.

#### 2.2.3.1 Das neue Projekt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und die Fortentwicklung der GASP durch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die in Maastricht gegründete Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stellte einen deutlichen Wandel für die gesamte EU, wie auch für Frankreich und Deutschland dar. Sie knüpfte an die Kohl-Mitterrand-Initiative vom April 1990 an, welche die Forderung nach einer GASP beinhaltete, sowie die erneute deutsch-französische Initiative vom Dezember 1990, die eine Forderung nach einer europäischen Verteidigungsidentität enthielt.<sup>214</sup> 1991 sprachen sich dann die beiden Außenminister Dumas und Genscher ebenfalls für eine GASP aus, die das Ziel einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft verfolgen sollte. Angesichts der europäischen Handlungsunfähigkeit im Golf-Krieg und der damit verbundenen militärischen Abhängigkeit von den USA, die den Europäern durch den Golf-Krieg vor Augen geführt wurde, entschloss sich die Gemeinschaft ein Verteidigungsbündnis ihrer Mitglieder zu gründen. Diese Forderungen und Erfahrungen waren also der Grund für die Gründung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Zuge des Maastrichter Vertrages. Phillipe de Schoutheete aus der Sicht von 1991 dazu:

„Die Golf-Krise hat hier augenscheinlich einen externen Anreiz gegeben, das Nicht-Vorhandensein einer europäischen Sicherheitsdimension heute mit mehr Sorge zu betrachten als noch vor sechs Monaten.“<sup>215</sup>

Mit dem europäischen Projekt einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wollten die EU-Mitgliedstaaten eine internationale Handlungsfähigkeit der EU erreichen, um angemessen auf vorherrschende internationale Sicherheitsherausforderungen antworten zu können. Dies erforderte gleichzeitig eine

---

<sup>214</sup> Vgl. Manfrass-Sirjacques, Françoise: Frankreichs Ringen um ein neues Verhältnis zur NATO, In: Lendemains, Heft 64/1991, S. 122 f.

<sup>215</sup> Schoutheete, Philippe de: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der Politischen Union: Machtzuwachs und politische Verantwortung, In: Integration, Heft 1/1991, S. 7

genauere Definition der internationalen Rolle der EU, der Werte- und Interessensgrundlagen der GASP, der Rolle der nationalen Außenpolitiken sowie des transatlantischen Verhältnisses.<sup>216</sup> Damit stellte das neue EU-Projekt in sicherheitspolitischer Hinsicht einen Wandel für alle Beteiligten dar, da sich mit dem Inkrafttreten des Vertrages zur GASP „eine nach allgemeinem Verständnis qualitativ neuartige, wenngleich unvollkommene, Form Westeuropas, als internationaler Akteur aufzutreten“<sup>217</sup> entwickelte. Daraus folgt, dass die EU-Mitgliedsstaaten neben ihren nationalen Sicherheitspolitiken eine gemeinsame Sicherheitspolitik auf europäischer Ebene kreiert haben. Da die neue europäische Sicherheitspolitik dennoch von den nationalen Sicherheitskonzepten der einzelnen Mitgliedsstaaten, so auch Deutschlands und Frankreichs, beeinflusst wurde, sollte sich diese Tatsache als eines der Defizite der GASP im Laufe der 90er Jahre herausstellen. Vor allem aber zeigte sich an der Zusammenarbeit der europäischen Mitglieder in Krisengebieten, wie z.B. Jugoslawien, das größte Defizit der GASP, welches durch die Unfähigkeit der einzelnen Mitglieder zu einem gemeinsamen Konsens, verursacht wurde.<sup>218</sup> Das starke deutsch-französische Engagement im Projekt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ließ sich auch auf die Tatsache zurückführen, dass Frankreich seinen Status als Führungsmacht mit allen Mitteln zu retten versuchte. Denn die neu entstandene sicherheitspolitische Ordnung in Europa nach 1989/90 minderte nicht nur Frankreichs Status als Großmacht, sondern ließ auch gleichzeitig bei der französischen Regierung die Sorge aufkommen, Deutschland könne aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke zu einer regionalen Führungsmacht aufsteigen, was wiederum einen Abstieg Frankreichs zur Folge gehabt hätte.<sup>219</sup> Hinter dieser französischen Sorge steckt erneut das Wahrnehmungsmuster der Angst vor einer deutschen Übermacht in Europa und äußert sich darin, dass in Paris eine Gefährdung der französischen Vormachtsstellung angenommen wurde. Somit ist offensichtlich, dass Frankreich mit der GASP die Strategie der „Kontrolle Deutschlands durch Einbindung“<sup>220</sup> verfolgte.

---

<sup>216</sup> Vgl. Schmalz, Uwe: Aufbruch zu neuer Handlungsfähigkeit: Die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter deutscher Ratspräsidentschaft, In: Integration, Heft 3/1999, S. 202

<sup>217</sup> Riegelsberger, Elfriede: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, In: Jahrbuch der Europäischen Integration, 1992/1993, S. 223; Vgl. auch Colard, Daniel: Frankreich und die Atlantische Allianz, In: Dokumente, Heft 5/1998, S. 367

<sup>218</sup> Vgl. Pradetto, August: Nationalstaat und transnationale Organisationen in der europäischen Sicherheitsstruktur, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/2000, S. 15

<sup>219</sup> Vgl. Manfrass-Sirjacques, Françoise: Frankreichs Ringen, S. 120

<sup>220</sup> Kimmel, Adolf: Frankreich und Europa nach Jalta, S. 41

Aus der Gründung der GASP entstand jedenfalls nicht nur ein neues europäisches Profil der EU, sondern auch eine neue Rolle für Deutschland und Frankreich in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Hans Georg Ehrhart beispielsweise sieht in Frankreich und Deutschland einen „harten Kern [...], der die Entwicklung einer europäischen Verteidigungspolitik voranbringt.“<sup>221</sup> Für Uwe Schmalz sind Deutschland und Frankreich im Laufe der 90er Jahre zu den „traditionellen“ Impulsgebern der GASP geworden.<sup>222</sup> Das partnerschaftliche Engagement hinsichtlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU sowie die Verwirklichung dieser auf europäischer Ebene kann also als ein Novum in den deutsch-französischen Beziehungen gesehen werden. Jedoch hatte das neue Projekt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik die Konfrontation Deutschlands und Frankreichs mit ihren unterschiedlichen Sicherheitskonzepten zur Folge. Man könnte diese Differenzen zwischen deutscher und französischer Konzeption auch als eine Herausforderung für beide Länder im Rahmen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene betrachten. Axel Sauder hat dazu eine Untersuchung durchgeführt, die sich mit der Unterschiedlichkeit der Weltbilder beider Länder intensiv auseinandersetzt. Er sieht diese schließlich als Ursache dieses politischen Problems. Sauder bezeichnet die französische Sicherheitspolitik als Paradigma<sup>223</sup> „Souveränität“, weil er von einem französischen Autonomiestreben in der Sicherheitspolitik ausgeht:

„Für das [...] Paradigma Souveränität ist Sicherheit primär das Ergebnis staatlicher Politik in einem Staatensystem ohne übergeordnete Herrschaft. Ein Staat ist dann besonders sicher, wenn er unter den (als gegeben angenommenen) Bedingungen des anarchischen internationalen Systems seine Autonomiefähigkeit wahren kann. Die Abwehr von Fremdeinflüssen und nationale Verteidigungsfähigkeit sind eine notwendige Voraussetzung von Sicherheit.“<sup>224</sup>

Somit verfolgt das Paradigma „Souveränität“ das Ziel einer Machtkonzentration, d.h. dass Sicherheitspolitik im Allgemeinen eine staatliche Politik beinhaltet, die im Rahmen einer Strategie der nationalen Sicherheit vorherrscht.<sup>225</sup> In der deutschen Sicherheitskonzeption sieht Sauder das Paradigma „Integration“ verwirklicht, das von fast gegensätzlichen Annahmen geprägt ist:

---

<sup>221</sup> Ehrhart, Hans-Georg: Von der GASP zur GEVP? Das deutsch-französische Sicherheits- und Verteidigungskonzept, In: Dokumente, Heft 2/1997, S. 106

<sup>222</sup> Schmalz, Uwe: Aufbruch zu neuer Handlungsfähigkeit, S. 202

<sup>223</sup> Sauder versteht unter einem Paradigma ein spezifisches und theorieähnliches Weltbild, das mit einem Interpretationsschema der weltpolitischen Realität verglichen werden kann.

<sup>224</sup> Sauder, Axel: Integration und Souveränität: Paradigmen der deutschen und französischen Sicherheitspolitik, In: Frankreich-Jahrbuch, 1995, S. 156

<sup>225</sup> Vgl., ibd.

„In diesem Paradigma wird jedoch angenommen, dass die Interessensgegensätze zwischen Staaten überwindbar sind. Daher sind gerade die Rezepte des Paradigmas Souveränität – Ungebundenheit und nationale Autonomiefähigkeit – die größten Sicherheitsbedrohungen.“<sup>226</sup>

Dieses Prinzip geht also davon aus, dass Sicherheit durch die Dezentralisierung von Macht garantiert werden kann, die z.B. durch föderale Strukturen, wie Deutschland sie ja auf staatlicher Ebene allein schon etabliert hat, ihren Ausdruck finden könnte. Hinzu kommt noch, dass beiden Weltbildern jeweils eigene nationale Wahrnehmungsmuster zugrunde liegen. Daher könnte es für deutsche Verantwortliche schwierig sein, die wirklichen Beweggründe französischen Autonomie- und Souveränitätsstrebens zu erfassen und sie eher als „anachronistisches Machtstreben einer Grande Nation im Abstieg“<sup>227</sup> zu empfinden. Für die französische Regierung hingegen würde ein deutscher Machtzuwachs gleichgesetzt mit einem „deutschen Unilateralismus“<sup>228</sup>, d.h. dass das deutsche Integrationsbestreben nur falsche Tatsachen vortäuscht und eigentlich ein deutsches Hegemoniestreben in Europa beinhaltet. Die Tatsache, dass sich Europa mit dem Ende des Kalten Krieges von einer Bipolarität in eine Multipolarität transformiert hat, schließt nun eine Abwehr gegen einen massiven Angriff aus und lässt damit die französische Sicherheitskonzeption fast obsolet werden. Diese Annahme lässt vermuten, dass Frankreich in einem Europa der 15 oder 27 Staaten eher versucht, den Status quo zu stabilisieren als ihn zu verändern, damit seine sicherheitspolitische Autonomiefähigkeit erhalten bleiben kann. Hinzu kommt noch, dass Frankreichs Bestreben, Deutschland einzubinden, die Bereitschaft voraussetzen müsste, selbst eingebunden zu werden, die Frankreich aber weniger bereit ist zu akzeptieren. Aufgrund dieser Darstellung würde man wahrscheinlich vermuten, dass diese gegensätzlichen Konzeptionen zu extremen Schwierigkeiten führen könnten, jedoch hat die Geschichte der deutsch-französischen Kooperation gezeigt, dass eine Annäherung der Sicherheitspolitiken trotzdem möglich ist:

„Insofern ist die Bilanz der deutsch-französischen Kooperation keinesfalls negativ. In Anbetracht der paradigmatischen Unterschiede zwischen beiden Staaten ist der erreichte Kooperationsstand beachtlich. Die kontinuierlichen und engen Konsultationsmechanismen im ‚Deutsch-französischen Rat für Verteidigung und Sicherheit‘, die europapolitischen Initiativen im Vorfeld des Gipfels von Maastricht und nicht zuletzt die Aufstellung des Eurokorps sind beachtliche Erfolge – trotz aller fortbestehenden Differenzen in Sachfragen.“<sup>229</sup>

---

<sup>226</sup> Ibid., S. 157

<sup>227</sup> Ibid., S. 170

<sup>228</sup> Ibid., S. 170

<sup>229</sup> Ibid., S. 168

Diese Annäherung, die vor allem auch Frankreich seit 1990 vollzogen hat, könnte als zukunftsweisend für die deutsch-französische sicherheitspolitische Kooperation sein.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich trotz erheblicher Defizite in der GASP, die sie im Laufe der 90er Jahre bis Anfang des 21. Jahrhunderts aufwies, ein Vertiefungswille der EU-Mitgliedsstaaten hinsichtlich einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zeigt, die sich letztendlich 1998/99 durch den Kosovo-Krieg entwickelte. Im Irak-Krieg 2003 erlitt die EU ihre größte Krise, da sich die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in ein Lager von Gegnern und Befürwortern einer Intervention im Irak spaltete, wobei Deutschland und Frankreich auf der Seite der Gegner standen. Auch wenn diese Spaltung in erster Linie eine Lahmlegung der GASP bedeutete, hat sie dennoch Fortschritte in der ESVP gebracht.

### 2.2.3.2 Die EU-Osterweiterung als deutsch-französische Hürde

Das deutsch-französische Tandem erlebte in Fragen der Osterweiterung der EU einige Hürden. Sie bestanden vor allem darin, dass beide Länder von völlig unterschiedlichen, ja fast schon konträren Interessen und Motivationen hinsichtlich einer Erweiterung der EU nach Osten geleitet wurden. Die Gründe dafür sind zunächst geostrategischer Natur, denn für Deutschland stellt die Integration der mittelosteuropäischen Staaten in die EU einen sicherheitspolitischen Vorteil dar. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Zerfall des Kommunismus waren die MOE-Staaten von politischen und wirtschaftlichen Instabilitäten betroffen. Somit wäre Deutschland im Falle einer Migration nach Westen als Flucht vor der schlechten wirtschaftlichen und politischen Situation in den postkommunistischen Staaten unmittelbar betroffen, da es direkt an diese Länder angrenzt:

„Dagegen ist für Deutschland von vitaler Bedeutung, dass seine Ostgrenze nicht als Demarkationslinie zwischen einem reichen Westen und einem von politischen Instabilitäten und wirtschaftlichem Chaos bedrohten armen Osten fungiert.“<sup>230</sup>

Das primäre Interesse Deutschlands an einer Einbindung der ostmitteleuropäischen Staaten resultiert also aus einer Angst heraus, dass sich der

---

<sup>230</sup> Manfrass, Klaus: Das deutsch-französische Verhältnis nach der historischen Zäsur des Jahres 1989, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/1997, S. 17

innere Zerfallsprozess der postkommunistischen Länder nach Deutschland verlagern könnte. Aber nicht nur für Deutschland würde die Erweiterung der EU nach Osten einen sicherheitspolitischen Garanten bilden, sondern auch die Stabilität Europas allgemein wäre durch eine Integration der MOE-Staaten in die EU weniger gefährdet als ohne diese.<sup>231</sup>

Frankreich hingegen war weniger an einer EU-Osterweiterung interessiert, da es sich eher aus geostrategischen Gründen um eine Stabilisierung der südlichen Länder der EU bemühte. Denn Frankreich grenzt dort an diese Länder als direkter Nachbar an und wäre im Falle einer destabilisierten innenpolitischen Situation in diesen Ländern unmittelbar betroffen. Zudem hatte Frankreich auch aus wirtschaftlichen Gründen Vorbehalte gegen die Integration der MOE-Staaten in die EU. Denn die Aufnahme von zehn neuen Mitgliedern, deren wirtschaftliche Strukturen noch rudimentärer waren als die der schwächeren Länder in der EU der 15, hätte eine neue Verteilung der EU-Subventionen, hauptsächlich in der Agrarpolitik, zur Folge. Ulrike Ackermann entwickelte dazu folgenden Gedanken:

„Bereits in der Vorbereitungsphase hatte Paris das Tempo des Erweiterungsprozesses gedrosselt. Gebangt wird um die bisher üppig geflossenen Subventionen in die französische Landwirtschaft – Gelder, die man nach der Erweiterung mit den polnischen Bauern zu teilen hätte.“<sup>232</sup>

Dass diese Angst vor einer Reduzierung des französischen Agrarbudgets einen wesentlichen Faktor für Frankreich darstellte, sah man an der Art und Weise, wie es auf dem Gipfel in Berlin 1999 und schließlich auch in Nizza 2000 mit Deutschland um eine Beibehaltung der Agrar-Finanzierung bis 2006 kämpfte. Aber nicht nur die finanziellen Veränderungen bereiteten Frankreich Sorge, sondern auch die Tatsache, dass in einer Organisation wie der EU die alten Mitglieder durch eine Aufnahme neuer Mitglieder an Stimmengewicht verlieren würden.<sup>233</sup> Darüber hinaus kristallisierte sich noch ein viel wesentlicherer Grund für Frankreich heraus, einer Osterweiterung der EU ablehnend gegenüber zu stehen. Es ist die alte Angst eines deutschen „Abdriftens nach Osten“<sup>234</sup>, das zu einer Bildung eines deutschen Gravitationszentrums führen und dieses wiederum das geopolitische Gleichgewicht der Europäischen Union zugunsten

---

<sup>231</sup> Vgl. Piazzolo, Daniel: Entwicklungsunterschiede innerhalb einer erweiterten EU.

Herausforderungen und Chancen, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B1-2/2002, S. 19

<sup>232</sup> Ackermann, Ulrike: Ein samtener Vorhang vor der Osterweiterung?, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B15/2001, S. 3

<sup>233</sup> Vgl. Piazzolo, Daniel: Entwicklungsunterschiede, S. 17

<sup>234</sup> Weisenfeld, Ernst: Deutschland, Frankreich und der Osten Europas. Pariser Sorgen um ein neues europäisches Gewicht, In: Dokumente, Heft 3/1992, S. 192



Deutschlands verschieben könnte.<sup>235</sup> Dahinter steckt das französische Wahrnehmungsmuster, die Osterweiterung könnte zum „Wiedererstehen eines germanischen Blocks“<sup>236</sup> beitragen, welches die deutsch-französischen Beziehungen in den 90er Jahren mehr als nachhaltig beeinflusste. Folglich versuchte Frankreich nach dem Prinzip „maximale französische Mitsprache bei minimaler Beteiligung der MOL an der Gemeinschaft“<sup>237</sup> eine direkte Beteiligung der MOE-Staaten an der EU zu verhindern:

„Frankreich war auf der Suche nach politischen Ersatzlösungen, die vorerst eine direkte Beteiligung der MOL an der EG ausschlossen. Denn durch eine baldige Erweiterung ohne institutionelle Reformen hätte eine sofortige Einflussverschiebung zugunsten des vereinigten Deutschland stattgefunden und eine Akzentuierung der französischen geographischen Randlage zur Folge gehabt.“<sup>238</sup>

Mit dieser Aussage von Charis Pöthig werden nicht nur die Konsequenzen einer schnellen Aufnahme der MOE-Staaten in die EU dargestellt, sondern es wird noch das Problem der institutionellen Reform der EU angesprochen, die unabdingbar für eine EU-Osterweiterung war. Daher versuchte man, leider erfolglos, auf der Regierungskonferenz in Turin und bei den Verhandlungen in Nizza eine Lösung für dieses Problem zu finden, da eine EU-Osterweiterung ohne institutionelle Reformen das ganze EU-System destabilisieren würde. Da aber Voraussetzung für eine Aufnahme der MOE-Staaten in die EU eine Schaffung beitragsfähiger Strukturen in den post-kommunistischen Staaten war, musste die EU vorerst einen geeigneten rechtlichen Rahmen herstellen, damit die MOE-Staaten ihre Rechtsvorschriften und Politiken der EU annähern konnten.<sup>239</sup> Die Konsequenzen, die die unterschiedlichen Interessen und Positionen Deutschlands und Frankreichs im Zuge der EU-Osterweiterung hatten, sollten sich als vielschichtig erweisen. Zunächst veränderte sich mit der Osterweiterung der EU die „deutsch-französische Geographie“<sup>240</sup>, die ja aus traditionellen Gründen eine Achse am Rhein darstellte. Des Weiteren entwickelte sich Verstimmung auf deutscher Seite gegenüber Frankreich, da sich Deutschland bei den Bemühungen, die MOE-Staaten in die EU zu integrieren, um ihnen bei ihren wirtschaftlichen Transformationsprozessen zu helfen, von

---

<sup>235</sup> Vgl. Froehly, Jean-Pierre: Neue Freundschaft? Die Überwindung europapolitischer Divergenzen zwischen Berlin und Paris, In: Internationale Politik, Heft 7/2001, S. 49

<sup>236</sup> Manfrass, Klaus: Das deutsch-französische Verhältnis, S.17

<sup>237</sup> Pöthig, Charis: Frankreichs Politik und Präsenz in den mittel- und osteuropäischen Staaten seit Ende des Kalten Krieges – Teil 2, In: Lendemains, Heft 81/1996, S. 141

<sup>238</sup> Ibd., S. 151 f.

<sup>239</sup> Vgl. Pöthig, Charis: Frankreichs Politik und Präsenz in den mittel- und osteuropäischen Staaten seit Ende des Kalten Krieges – Teil 1, In: Lendemains, Heft 80/1995, S. 109

<sup>240</sup> Froehly, Jean-Pierre: Neue Freundschaft?, S. 48

Frankreich allein gelassen fühlte.<sup>241</sup> Auch die im Zuge der EU-Osterweiterung aufgetretenen unterschiedlichen Interessen Deutschlands und Frankreichs in der Agrarpolitik hatten zur Folge, dass Deutschland die Agrarausgaben niedrig halten wollte, während Frankreich an der Finanzplanung bis 2006 festhielt.<sup>242</sup> Dabei war beiden Partnern wahrscheinlich nicht bewusst, dass eine EU-Erweiterung ohne eine Erhöhung der deutschen Zahlungen unrealistisch war.<sup>243</sup> Ebenso büßte der deutsch-französische Motor seine Rollenfunktion ein, als es in Nizza zu einem deutsch-französischen Streit um die Neugewichtung der Stimmen im Europäischen Rat kam. Während Deutschland sich zum Anwalt der Beitrittskandidaten aus Ostmitteleuropa machte, nutzte der französische Präsident, der zugleich EU-Ratspräsident war, die Gelegenheit, die Südschiene als politisches Gegengewicht zur Osterweiterung zu stärken.<sup>244</sup> Damit hatten Deutschland und Frankreich in Nizza im Hinblick auf die Osterweiterung eine EU-Handlungsunfähigkeit erreicht, da der Ministerrat, die Kommission und das Parlament als tragende europäische Institutionen geschwächt worden waren und dies einen weiteren Grund für eine Verzögerung der EU-Osterweiterung darstellte.<sup>245</sup> Auch wenn das von Gerhard Schröder nach Nizza proklamierte „wir sind aufnahmefähig“<sup>246</sup> eher eine Wunschvorstellung denn eine bewusste Annahme der Realitäten darstellte, war eine Tatsache nicht zu leugnen:

„Die Kopplung der EU-internen Reformen an die Osterweiterung (Agenda 2000) und ihre nur schleichende Realisierung sind Ausdruck eines neuen westeuropäischen Desinteresses, das sich nach der Anfangseuphorie eingestellt hat.“<sup>247</sup>

Tatsache ist, dass die MOE-Beitrittskandidaten unter den EU-Mitgliedsstaaten eher als „Störenfriede“<sup>248</sup> denn als bereichernde, neue Partner wahrgenommen wurden, weil die geostrategischen, finanziellen und politischen Auswirkungen, die die EU-Osterweiterung aufwies, zu der Frage führten, wer durch die Osterweiterung gewinnen und wer verlieren würde.<sup>249</sup> Hinzu kam noch, dass die Ablehnung der Osterweiterung durch die französische Bevölkerung die deutsch-

---

<sup>241</sup> Vgl. ibd.

<sup>242</sup> Vgl. Schilling, Walter: Deutschland und Frankreich. Hinter der Partnerschaft tiefgreifende Differenzen, In: Liberal, 6/2003, S. 71

<sup>243</sup> Vgl. Sauder, Axel: Realismus statt Vision. Bonn und Paris bleiben aufeinander angewiesen, Internationale Politik 9/1995, S. 31

<sup>244</sup> Vgl. Ackermann, Ulrike: Ein samtener Vorhang, S. 3

<sup>245</sup> Vgl. ibd.

<sup>246</sup> Kraft, Daniel: Zur Zukunft der EU angesichts der bevorstehenden Erweiterung, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B15/2001, S. 9

<sup>247</sup> Ibid., S. 8

<sup>248</sup> Becker, Peter: Verflogene Euphorie – Die Bilanz der Osterweiterung, In: Integration, Heft 4/2004, S. 335

<sup>249</sup> Vgl. ibd.

französische Zusammenarbeit in Europa ins Wanken brachte:

„Die Ablehnung der Osterweiterung durch eine Bevölkerungsmehrheit in Frankreich hat auch in der politischen Klasse in Paris, die ihren politischen Einfluss im erweiterten Europa (mit der deutsch-französischen Achse als zunehmend vernachlässigbare Minderheitenveranstaltung) unwiederbringlich schwinden sieht, zu einer deutlichen europapolitischen Desillusionierung geführt.“<sup>250</sup>

Das französische Wahrnehmungsmuster einer Angst vor einem deutsch-sowjetischen Abkommen im Sinne des Rapallo-Abkommens spielte auch wieder im Laufe des EU-Osterweiterungsprozesses eine Rolle. Anstatt das deutsche Interesse an einer Integration der MOE-Staaten vor dem Hintergrund der deutschen sicherheitspolitischen Interessen zu betrachten, nahm Frankreich dieses Bestreben zunächst einmal als Bedrohung seiner sicherheitspolitischen Interessen wahr, denn für Frankreich fängt der Osten nicht an der Oder-Neiße-Grenze an, sondern am Rhein. Diese Überlegung führt zu dem von Axel Sauder entwickelten Konzept der „Souveränität“ und „Integration“<sup>251</sup>. Denn durch die Debatte über die Osterweiterung und Vertiefung der EU treten diese unterschiedlichen sicherheitspolitischen Konzeptionen Deutschlands und Frankreichs wieder zutage. Somit bestärkt die Osterweiterung „das alte Dilemma der französischen Europa-Politik“<sup>252</sup>, das einerseits das Ziel verfolgt, ein außenpolitisch handlungsfähiges Europa, welches Deutschland auch noch einbindet, zu schaffen, und andererseits aus traditionellen Gründen nicht bereit ist, sich selbst einbinden zu lassen, um dadurch keine enormen Souveränitätsverzicht zu erleiden.<sup>253</sup> Die diesem Dilemma zugrunde liegende gaullistische Tradition der französischen Außenpolitik, welche eine autoritäre Staatsführung und eine führende Rolle Frankreichs in Europa zum Ziel hat, erklärt das französische Festhalten an der staatlichen Souveränität:

„Dieses Phänomen, dass Frankreich trotz gewisser Zugeständnisse grundsätzlich an der Vorstellung von der unaufgebbaren Souveränität der ‚Etat Nation‘ festhält, obwohl diese Souveränität längst zu einer leeren Hülse geworden ist, erweist sich dabei aus deutscher Sicht als besondere Hürde.“<sup>254</sup>

Dass die staatliche Souveränität aus französischer Sicht nicht zu einer leeren Hülse geworden ist, belegt ihr Festhalten daran. Die deutsche Wahrnehmung,

---

<sup>250</sup> Rothacher, Alfred: Die EU 25. Chancen, Risiken und politische Folgen der Osterweiterung, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B5-6/2004, S. 33

<sup>251</sup> Sauder, Axel: Souveränität und Integration. Französische und deutsche Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges, Baden-Baden, Nomos 1995, S. 54

<sup>252</sup> Sauder, Axel: Realismus statt Vision, S. 31

<sup>253</sup> Vgl. ibd.

<sup>254</sup> Hellmann, Gunther: Eine Flucht nach vorn ohne Ende? Die deutsch-französische Achse und die Vertiefung der europäischen Integration, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/1997, S. 26

dass diese Souveränität nur noch pro forma existiere, ist jedoch vor dem Hintergrund der sich nach dem Ende des Kalten Krieges abzeichnenden stärkeren Europäisierung beider Länder erklärbar.

Da der erfolgreiche Abschluss der EU-Erweiterung nach Osten auch gleichzeitig symbolisch für das Ende der Teilung Europas steht, kam es in erster Linie auf die deutsch-französische Solidarität an. Dass die „alten Europäer“<sup>255</sup>, d.h. vor allem Deutschland und Frankreich, Abstand von einer solchen Solidarität nahmen, hing mit der weltweiten Konjunkturkrise oder mit den Haushaltsproblemen, die aus ihrer wohlfahrtsstaatlichen Politik resultierten, zusammen.<sup>256</sup> Festzuhalten ist jedoch, dass Deutschland und Frankreich in Fragen der EU-Osterweiterung Anfang der 90er Jahre keine gemeinsame geopolitische Linie gefunden hatten.<sup>257</sup> Ebenso war aufgrund der europäischen Motorfunktion des Tandems klar, dass die EU-Osterweiterung ohne einen deutsch-französischen Konsens zu keinem Abschluss zu bringen war:

„[...] denn weder die Reform der Gemeinschaftspolitiken, noch der Aufbau effizienter Strukturen für das erweiterte Europa sind ohne oder gar gegen Frankreich möglich.“<sup>258</sup>

Somit wurde die EU-Osterweiterung zur Schlüsselfrage der EU, aber auch zu einem Gradmesser für das deutsch-französische Verhältnis.<sup>259</sup> Die Notwendigkeit der institutionellen Reform der EU für die Realisierung einer Osterweiterung stellte das deutsch-französische Tandem vor eine Herausforderung, die schlecht bis mittelmäßig bewältigt wurde. Primärer Grund für diese schlechte Bilanz der partnerschaftlichen Zusammenarbeit waren die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Konzeptionen und das führte zu dem Resultat, dass sie keine gemeinsame politische Linie im EU-Erweiterungsprozess fanden. Stattdessen verkomplizierten sie durch die Verfolgung und Durchsetzung ihrer nationalen Interessen die notwendigen Handlungsschritte und verlangsamten den Prozess. Die Auswirkungen des jeweiligen Verhaltens beider Regierungen im Osterweiterungsprozess können somit als negative Bilanz für die bilaterale Zusammenarbeit gesehen werden, weil sie vor allem keine Fortführung des sicherheitspolitischen Integrationsprozesses verzeichnen konnten.

---

<sup>255</sup> Nowina-Konopka, Piotr: Grundfragen der Europadebatte nach der Osterweiterung. Welches Europa wollen die „alten“ und die „neuen“ Europäer?, In: Dokumente, Heft 3/2004, S. 48

<sup>256</sup> Vgl. ibd.

<sup>257</sup> Vgl. Froehly, Jean-Pierre: Neue Freundschaft?, S. 49

<sup>258</sup> Guérot, Ulrike: Leerlauf im deutsch-französischen Tandem. Hat es noch eine Existenzberechtigung?, Internationale Politik 1/2002, S. 38

<sup>259</sup> Vgl. Hellmann, Gunther: Eine Flucht nach vorn ohne Ende?, S. 26

## 2.2.4 Das deutsch-französische außenpolitische Verhältnis

Aufgrund des Wandels der internationalen Rahmenbedingungen 1989/90, der durch das Ende des Ost-West-Konfliktes ausgelöst wurde, veränderten sich auch die deutsch-französischen Beziehungen in ihrer Außenpolitik. In diesem Zusammenhang ist es daher von Bedeutung, die Ostpolitik beider Länder näher zu betrachten, die vor allem in der Beziehung Deutschlands und Frankreichs zu Polen und Russland eine wichtige Rolle spielte. Hinsichtlich der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Krisenregionen können unterschiedliche Ansichten und Verhaltensweisen beider Partner in Bezug auf den Golf-Krieg Anfang der 90er Jahre und die Problematik während des Balkan-Konfliktes festgestellt werden, der die Außenpolitik beider Länder Mitte der 90er Jahre in Schach hielt.

### 2.2.4.1 Grundlagen und Schwierigkeiten der deutschen und französischen Ostpolitik

Die mit dem Zusammenbruch des Kommunismus entstandene prekäre Lage in Osteuropa erforderte von Deutschland und Frankreich eine Anpassung ihrer außenpolitischen Strategien. Hierbei nahmen beide Länder „Schlüsselpositionen“<sup>260</sup> ein, die aus einer Verantwortung gegenüber den mittelosteuropäischen Staaten resultierte. Jedoch kristallisierte sich relativ bald heraus, dass beide Partner unterschiedliche Strategien der Ostpolitik verfolgten. Grund hierfür war zum einen, dass der Osten für Frankreich rein geografisch gesehen an einem anderen Punkt beginnt als für Deutschland.<sup>261</sup> Zum anderen hatte Deutschland aufgrund seiner direkten Nachbarschaft mit Osteuropa ein größeres sicherheitspolitisches Interesse an einem politisch und wirtschaftlich starken Osteuropa als Frankreich. Weiterhin ist die deutsche Präsenz in Osteuropa ein weiterer Grund für die unterschiedliche Haltung beider Länder gegenüber Osteuropa. Die seit Jahrhunderten vorhandene deutsche Präsenz in Osteuropa, die sich im kulturellen, politischen sowie wirtschaftlichen Bereich zeigt, kann Frankreich nicht vorweisen. Folglich lagen der Idee des deutsch-französischen Tandems eine gemeinsame Ostpolitik zu führen, unterschiedliche

---

<sup>260</sup> Frisch, Alfred: Frankreich, Europa und der Osten. Betrachtungen zu einem Pariser Kolloquium, In: Dokumente, Heft 2/1991, S. 95

<sup>261</sup> Damit ist die traditionelle Achse am Rhein gemeint. Für Frankreich beginnt der Osten am Rhein, für Deutschland hingegen beginnt die geografische Grenze zu Osteuropa seit der deutschen Wiedervereinigung an der Oder-Neiße-Linie. Vgl. Stark, Hans: Frankreich und der Osten Europas, In: Frankreich-Jahrbuch, 1992, S. 115

Voraussetzungen zugrunde, die Susanne Nies mit der Formel „deutsche Präsenz, französische Abwesenheit“<sup>262</sup> auf den Punkt bringt. Vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung lag es deshalb im deutschen Interesse, die im Osten entstandenen Demokratien zu stabilisieren, staatliche und gesellschaftliche Zerfallsprozesse zu vermeiden sowie die mittelosteuropäischen Staaten in die EU zu integrieren. Hinzu kamen die von französischer Seite geäußerten Befürchtungen, dass die deutsche Präsenz in Osteuropa das Gewicht des vereinten Deutschlands noch zusätzlich steigern könnte:

„(...) dass die Bundesrepublik die wirtschaftliche und kulturelle Germanisierung Ostmitteleuropas ansteuert, um die irgendwann gen Osten erweiterte EG politisch beherrschen zu können.“<sup>263</sup>

Den starken Einfluss, den dieser französische Verdacht eines gen Osten orientierten deutschen Unilateralismus auf die deutsch-französische Zusammenarbeit hatte, zeigte sich in der Schwierigkeit beider Partner eine gemeinsame Ostpolitik zu führen. Viel größeren Schaden für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit könnte laut Hans Stark aber die intensive „Hinwendung der Osteuropäer zur Bundesrepublik“<sup>264</sup> anrichten, denn durch sie würde Frankreich auf Westeuropa, die Dritte Welt und das Hexagon zurückgedrängt. Die unterschiedlichen Bedeutungen, welche die Ostpolitik für beide Länder hatte, formulierte Susanne Nies mit folgenden Worten:

„So wie Afrika in der deutschen Politik nur eine geringe Rolle spielt, so ist Osteuropa für Frankreich eine zunächst einmal entlegene Zone.“<sup>265</sup>

Deutschlands starke Präsenz in Osteuropa und die Tatsache, dass es nach der Wiedervereinigung wieder als normaler politischer Akteur in die Völkergemeinschaft eintrat, machte es für Frankreich notwendig seine Ostpolitik neu zu überdenken. Sowohl an der französischen Außenpolitik gegenüber Polen als auch gegenüber Russland lässt sich erkennen, dass Frankreich in den 90er Jahren größere Schwierigkeiten hatte seine Ostpolitik der deutschen anzunähern. Vor diesem Hintergrund sollen deshalb die trilaterale Initiative des Weimarer Dreiecks sowie die deutsch-französischen Beziehungen gegenüber Russland näher betrachtet werden.

---

<sup>262</sup> Nies, Susanne: Deutschland-Frankreich-Osteuropa. Historische Dimensionen und neue Optionen, In: Dokumente, Heft 3/2004, S. 13

<sup>263</sup> Stark, Hans: Frankreich und der Osten Europas, In: Frankreich-Jahrbuch, 1992, S. 119

<sup>264</sup> *Ibid.*, S. 119

<sup>265</sup> Nies, Susanne: Deutschland-Frankreich-Osteuropa, S. 12

#### 2.2.4.1.1 Die trilaterale Kooperation des Weimarer Dreiecks

Die 1989/90 erfolgte Transformation des bipolaren in ein multipolares System hatte für die deutsche und französische Regierung zur Konsequenz über den Umgang mit der neuen Lage nachzudenken. Eine dieser Überlegungen bestand in der verstärkten deutsch-französischen Orientierung in Richtung Polen. Sie fand ihren Ausdruck in der Initiative der Gründung des Weimarer Dreiecks, die eine Zusammenarbeit zwischen dem wiedervereinigten Deutschland, Frankreich und Polen beinhaltete. Es entstand anlässlich eines Treffens der drei Außenminister Genscher, Dumas und Skubiszewski in Weimar 1991. Mit der Bildung des Weimarer Dreiecks wandelte sich der deutsch-französische Bilateralismus in einen deutsch-französisch-polnischen Trilateralismus und eröffnete allen drei Partnern die Perspektive der Gestaltung einer gemeinsamen Ostpolitik. Der Zusammenarbeit lagen jedoch unterschiedliche Interessen zugrunde. Für Frankreich bot es die Gelegenheit, einen deutschen Alleingang in der Gestaltung der deutschen Ostpolitik zu verhindern. Indem es an den deutsch-polnischen Konsultationen beteiligt wurde, konnte es eine deutsche Übermacht in Europa verhindern und gleichzeitig Polen an das deutsch-französische Verhältnis heranführen.<sup>266</sup> Hinter diesem Gedanken verbirgt sich das französische Wahrnehmungsmuster der Angst vor einer deutschen Übermacht in Europa, die sich in der französischen Befürchtung, es könne „politisches Terrain“<sup>267</sup> an das vereinigte Deutschland in Osteuropa verlieren, widerspiegelte. Darüber hinaus nahm Frankreich Polen als einen geeigneten Partner wahr, der durch die trilaterale Kooperation zu einem Antrieb für die europäische Entwicklung, d.h. die Stabilisierung Europas durch die europäische Integration, beitragen kann. Die französische Position ging unter Präsident Chirac sogar soweit, dass er das Weimarer Dreieck „bei einem Besuch in Posen im Jahre 1998 als ‚Motor Europas‘ bezeichnet“ hatte.<sup>268</sup>

Diese beiden primären Motivationen Frankreichs, einerseits Verhinderung einer deutschen Übermacht in Europa und andererseits Erweiterung des deutsch-französischen Motors um Polen, waren anfangs die Gründe für die französische Beteiligung am Weimarer Dreieck. Dementsprechend bestand das deutsche Interesse darin, Frankreich in die deutsche Außenpolitik gegenüber Polen

---

<sup>266</sup> Vgl. Baas, Norbert: Das Weimarer Dreieck. Von regionaler Kooperation zu europäischer Integration, In: Internationale Politik, Heft 11/1999, S. 44

<sup>267</sup> Sauder, Axel: Trilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit: Polen, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, Dokumente, Heft 6/1994, 50. Jahrgang, S. 473

<sup>268</sup> Vernet, Daniel: Eine neue Daseinsberechtigung für das Dreieck, In: Dokumente, Heft 3/2002, S. 48

einzubinden, um den misstrauischen Empfindungen seitens der französischen Regierung, Deutschland wolle die prekäre Situation im Osten Europas alleine regeln, entgegentreten zu können.<sup>269</sup> Denn Deutschland nahm das französische Misstrauen gegenüber der deutschen Ostpolitik seit der Ära Willy Brandts wahr, der damals eine neue deutsche Ostpolitik<sup>270</sup> begründete. Polens Interesse zeigte sich in dreierlei Hinsicht. Zunächst einmal sah es in dem Kontakt zu Deutschland und Frankreich eine gute Möglichkeit an der europäischen Politik mitzuwirken, da die beiden Partner zwei wichtige Länder in der EU darstellen. Darüber hinaus wollte sich die polnische Regierung im Weimarer Dreieck als Sprachrohr der mittelosteuropäischen Interessen verwirklichen und besonders die privilegierten Beziehungen Ungarns und Tschechiens zu Deutschland über die trilaterale Zusammenarbeit ausbalancieren können.<sup>271</sup> Da die polnische Westintegration nur über Deutschland führen konnte, hatte sich der damalige polnische Politiker Edward Gierek zum Ziel gesetzt, Polen wirtschaftlich mit dem Westen, vor allem mit Frankreich, zu verbinden, um die Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion reduzieren zu können.<sup>272</sup> Weiterhin hatte Polen die deutsch-französische Zusammenarbeit stets als Modell für eine erfolgreiche europäische Zusammenarbeit betrachtet und sie daher auch auf die deutsch-polnischen Beziehungen übertragen wollen. Allerdings entwickelte sich aus diesen feierlichen Bekundungen zu einer trilateralen Zusammenarbeit bis Anfang des 21. Jahrhunderts das Gegenteil. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen verschlechterte sich zunehmend im Laufe der 90er Jahre. Ursache war zum einen, dass es weder auf deutscher noch auf französischer Seite ein gut durchdachtes Konzept gab, das für das dreierseitige Gespräch und Handeln von Nutzen gewesen wäre. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, dass es Deutschland und Frankreich im Laufe der 90er Jahre an einem gleichgerichteten Willen fehlte.<sup>273</sup> Zum anderen beabsichtigte das deutsch-französische Tandem, Kern der europäischen Zusammenarbeit, von Anfang an nicht, Polen als gleichberechtigten Partner anzusehen. Daniel Vernet begründete diese Behauptung mit folgenden Worten:

„Indem sie Polen in ein trilaterales Forum integrierten, verfolgten Franzosen und

---

<sup>269</sup> Vgl. Kolboom, Ingo: Deutschland-Frankreich-Polen. Das Weimarer Dreieck: Lust oder Frust zu dritt?, In: Dokumente, Heft 1/1997, S. 21

<sup>270</sup> Die unter Brandt entstandene neue Ostpolitik sah die Verbesserung des deutschen Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten vor, ohne sich jedoch aus den westlichen Bündnissen lösen zu wollen, wie es zum damaligen Zeitpunkt in Frankreich vermutet wurde.

<sup>271</sup> Vgl. Kolboom, Ingo: Deutschland-Frankreich-Polen, S. 22

<sup>272</sup> Vgl. Wojna, Ryszard: Deutschland-Frankreich und die neuen Horizonte Polens, In: Dokumente, Heft 4/1990, S. 308

<sup>273</sup> Vgl. Kolboom, Ingo: Deutschland-Frankreich-Polen, S. 24



Deutsche das Ziel, die Polen in Geduld zu üben und ihnen dabei die Probezeit weniger schmerzhaft zu gestalten, die sie bis zur Aufnahme in die europäische Familie zu durchlaufen hatten.<sup>274</sup>

Diese Aussage impliziert, dass die deutsche und französische Ungerechtigkeit in der Behandlung Polens nur auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass Polen noch kein EU-Mitglied war und somit auch für das deutsch-französische Tandem nicht als gleichberechtigter Partner gelten konnte. Darüber hinaus bildeten sich im Verlauf der EU-Osterweiterung unterschiedliche Interessen zwischen der polnischen und der französischen Regierung heraus, welche auch sehr schwer miteinander zu vereinbaren waren. Auf der Regierungskonferenz in Turin im Jahre 1996 zeigten sich erste Anzeichen für ein derartiges Abweichen der Positionen und dies wurde umso deutlicher durch den deutsch-französischen Streit in Nizza, als es um eine neue Stimmengewichtung im Rat ging und Deutschland Polen solidarisch verteidigte, während Frankreich mit seinen Ansichten in eine Außenseiterposition geriet:

„Die Ungeschicklichkeit beim Europäischen Ratstreffen in Nizza vom Dezember 2000, wo unter französischer Präsidentschaft eine Stimmengewichtung vorgeschlagen wurde, die für Polen ungünstiger war als für Spanien, zeigte deutlich, dass Freundschaftserklärungen nicht ausreichen, um polnischen Empfindlichkeiten angemessen zu begegnen. Die Deutschen haben den Vorfall ihrerseits genutzt, um sich als oberste Verteidiger der polnischen Sache zu präsentieren.“<sup>275</sup>

Aus dieser Situation resultierte also ein deutsch-polnischer Zusammenhalt gegenüber den Forderungen der französischen Ratspräsidentschaft. Folglich wirkte sich die deutsch-französische Uneinigkeit in Fragen zur EU-Osterweiterung positiv auf die deutsch-polnischen Beziehungen aus, was aber trotzdem eine negative Bilanz für die trilaterale Zusammenarbeit in Europa darstellte. Dass sich das Blatt dann wieder wenden sollte, zeigte sich am Verhalten Polens im Irak-Krieg 2003, das sich nur drei Jahre später auf die Seite der USA stellte, und daran, dass das deutsch-französische Tandem durch die Ablehnung einer Intervention im Irak somit zum Kontrahenten der polnisch-amerikanischen Position wurde. Damit bewies das deutsch-französische Verhältnis die Kontinuität seiner außenpolitischen Beziehungen, kehrte aber umso deutlicher den Wandel des trilateralen außenpolitischen Verhältnisses hervor. Allein aus dem Interesse, die mit der Gründung des Weimarer Dreiecks entstandene Solidarität mit Deutschland und Frankreich nicht zu gefährden, hätte Polen seiner Verpflichtung nachkommen müssen, die es im Rahmen des Weimarer Dreiecks eingegangen war, sich mit beiden Ländern in Fragen des

---

<sup>274</sup> Vernet, Daniel: Eine neue Daseinsberechtigung, S. 50

<sup>275</sup> Ibd., S. 49

Iraks abzustimmen. Jedoch entzweite sich das Weimarer Dreieck in außen- und sicherheitspolitischen Fragen ein zweites Mal und erreichte damit gleichzeitig seinen Tiefpunkt. Von polnischer Seite vernahm man sogar die Aussage, dass das Weimarer Dreieck im Grunde nicht mehr bestehe. Dazu Klaus-Heinrich Standke:

„Im Gegensatz zu den Vertretern der drei Länder vertrat der Direktor des Polnischen Instituts für internationale Beziehungen, Warschau, Ryszard Stemplowski, die Auffassung, dass das Weimarer Dreieck in Wirklichkeit nicht mehr existiere. Insbesondere die mangelnde gegenseitige Information und Konsultation in Fragen einer neuen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aber auch bezüglich der Solidarität mit den USA im Zusammenhang mit der Bewertung des Irak-Krieges habe dies deutlich gemacht.“<sup>276</sup>

Anhand dieser Aussage wird deutlich, dass die trilaterale Zusammenarbeit hier eine Etappe erlebte, die Deutschland und Frankreich bereits durchlebt hatten, als sie im Zuge der deutschen Wiedervereinigung dieselben Verhaltensweisen zueinander aufwiesen. Der Unterschied zu den deutsch-französischen Beziehungen gegenüber der trilateralen Zusammenarbeit des Weimarer Dreiecks besteht jedoch darin, dass Deutschland und Frankreich sich stets als gleichberechtigte Partner ansahen und es vor allem aufgrund von machtpolitischen Interessen, d.h. der Entstehung eines Ungleichgewichts in der bilateralen Beziehung, zu Konflikten zwischen beiden Partner kam. Polen hingegen hatte erst gar nicht das Gefühl, von Deutschland und Frankreich als gleichberechtigter Partner anerkannt zu sein.<sup>277</sup> Aus diesem Grund gleicht das polnische Verhalten im Irak-Krieg, durch welches es auf internationaler Ebene Geltung fand, eher einer Revolte gegenüber der deutsch-französischen Entente mit dem Ziel, Polen endlich als gleichberechtigten Partner anzunehmen. Jérôme Vaillant formulierte dies mit folgenden Worten:

„[...] la France et l'Allemagne ne comprennent pas que c'est là aussi une façon pour la Pologne de ne pas être à la traîne du tandem franco-allemand qui aurait, à ses yeux, la fâcheuse tendance de penser que, quand la France et l'Allemagne sont d'accord, le reste de l'Europe n'a plus qu'à suivre.“<sup>278</sup>

Der Autor weist im Prinzip mit seiner Meinung auf die Tatsache hin, dass Deutschland und Frankreich darüber reflektieren sollten, wie sie Polen als gleichberechtigten Partner in das Weimarer Dreieck integrieren können und

---

<sup>276</sup> Standke, Klaus-Heinrich: Zwischen Irak-Krise und ESVP: Was wird aus dem Weimarer Dreieck? 5. Gipfeltreffen in Breslau, 9. Mai 2003 – Eine kritische Bewertung, In: Dokumente, Heft 3/2003, S. 15

<sup>277</sup> Vgl. Rothacher, Alfred: Die EU 25. Chancen, Risiken und politische Folgen der Osterweiterung, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B5-6/2004, S. 30

<sup>278</sup> Vaillant, Jérôme: Le „Triangle de Weimar“ : Un modèle de relation trilatérale?, In: Allemagne Aujourd'hui, Nr. 171, 2005, S. 88 f.

sich ebenfalls bewusst werden sollten, dass eine trilaterale Zusammenarbeit diese Art von Gleichberechtigung erfordert. Auf dem Breslauer Treffen im Mai 2003 haben vor allem Deutschland und Frankreich eine gute Gelegenheit verpasst, die Unstimmigkeiten in der trilateralen Kooperation beizulegen und die Krise durch ein tieferes Verständnis für die Position des Anderen zu überwinden. Stattdessen „wurden nur Allgemeinplätze abgehandelt und Austauschprogramme ohne politischen Gehalt vereinbart.“<sup>279</sup>

Der EU-Beitritt Polens im Mai 2004 sowie die Unfähigkeit, den Irak nach der militärischen Intervention der USA zu stabilisieren, veranlassten Polen nach Kompromisslösungen mit Deutschland und Frankreich für eine weitere europäische Zusammenarbeit zu suchen und sich damit dem Weimar Dreieck wieder anzunähern.

Dass sich aus einem Scheitern des Weimarer Dreiecks auch Schwierigkeiten für die deutsch-französische Zusammenarbeit ergeben würden, belegen die deutschen und französischen Motivationen, die sie zum Weimarer Dreieck hingeführt haben. Eine Annäherung der trilateralen Kooperation nach ihrem „Scheintod“ aufgrund der unterschiedlichen Haltungen der drei Länder im Irak-Krieg zeichnet sich unter der neuen Bundeskanzlerin Angela Merkel wieder ab.

#### 2.2.4.1.2 Deutschlands und Frankreichs Beziehung zu Russland

Das Ende des Ost-West-Konfliktes und der Zusammenbruch des Sowjetimperiums erforderten von der EU, wie auch von Deutschland und Frankreich, eine Stellungnahme bezüglich der Frage, welchen Lösungen man für die Situation in Osteuropa nachgehen sollte. Damit stellte sich unter anderem in diesem Kontext die Frage nach der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Russland und der EU, die vor allem im Rahmen der Konzeption der neuen europäischen Ordnung aufkam, da Russland wegen seiner geographischen Lage und seiner nicht zu unterschätzenden historischen Verbindung zu Zentraleuropa eine Sonderstellung inne hatte. Deutschland und Frankreich kommt hierbei im Verhältnis EU-Russland eine Schlüsselrolle zu. Es zeigten sich jedoch unterschiedliche Interessen des deutsch-französischen Tandems hinsichtlich Russlands, die aus den bereits vor 1990 angelegten Strategien der beiden Partner gegenüber Russland resultierten. Die Phase von der

---

<sup>279</sup> Rothacher, Alfred: Die EU 25, S. 30

Wiedervereinigung bis 1992 kann dabei als die Zeit der „Rivalitäten“<sup>280</sup> in der Beziehung Deutschlands und Frankreichs zu Russland betrachtet werden. Im Vergleich zu der Zeit vor 1990 erlebten die französisch-russischen Beziehungen mit dem Fall der Berliner Mauer eine Auflebung. Diese fand ihren Ausdruck in den Reisen Mitterrands nach Osteuropa. Durch die französische Anerkennungspolitik gegenüber der DDR mit dem Ziel die deutsche Wiedervereinigung aufzuhalten, ließ sich der Versuch erkennen, Rückendeckung von der damaligen sowjetischen Regierung zu erhalten. Als sich jedoch im Laufe der deutschen Wiedervereinigung herausstellte, dass Russland einer Vereinigung zustimmte und sich dadurch eine deutsch-russische Entente zu bilden schien, war Frankreich sichtlich irritiert und voller Ängsten, die deutsch-russische Annäherung würde zu einem zweiten Rapallo-Abkommen führen. Damit blieb das französisch-russische Verhältnis recht mittelmäßig im Vergleich zu den traditionell guten Beziehungen Deutschlands zu Russland, an die es nach der Wiedervereinigung wieder anknüpfte. Dominique David konstatierte darin im Jahr 1991 folgendes:

„Les effets de la tiède réception offerte à Boris Eltsine à Paris, en Avril 1991, puis du soutien peu lisible apporté par la France au président soviétique durant la tentative de putsch d'août 1991, n'arrangent pas les choses.“<sup>281</sup>

Zwar kühlte sich das Verhältnis zwischen Russland und Frankreich im Laufe der 90er Jahre immer mal wieder ab, generell kann aber eine allgemeine Annäherung im Verhältnis EU-Russland festgestellt werden. Ein Grund für die Abkühlung war zum Beispiel der Tschetschenienkonflikt, in dem Frankreich für Tschetschenien Partei ergriff.<sup>282</sup> Auch die Irak-Krise 1998<sup>283</sup> und der Kosovo-Krieg 1999 belasteten das Verhältnis in politischer Hinsicht. Einen Wandel erfuhren die Beziehungen zwischen der EU und Russland, vor allem zwischen Deutschland, Frankreich und Russland, dann aber durch den Irak-Krieg 2003, in dem Frankreich, Deutschland und Russland einen Block gegen die USA und die acht europäischen Länder, die sich im amerikanischen Schlepptau befanden, bildeten. Da die EU und besonders Deutschland und Frankreich sich

---

<sup>280</sup> David, Dominique: Paris, Bonn, Moscou: un triangle pour l'Europe, In: Stark, Hans (Hrsg.): Agir pour l'Europe. Les relations franco-allemandes dans l'après-guerre froide, Paris, Masson, 1995, S. 73

<sup>281</sup> Ibid., S. 71

<sup>282</sup> Vgl. Froehly, Jean-Pierre: Deutschland-Frankreich-Russland: Strategische Partner für Europa, In: Dokumente, Heft 6/2000, S. 458

<sup>283</sup> Nachdem der Irak im Golf-Krieg 1990/91 von den Alliierten aufgefordert wurde, UN-Inspektoren zur Waffeninspektion ins Land zu lassen und sich im Laufe der 90er Jahre immer wieder weigerte, beschlossen die USA 1998 irakische Militäreinrichtungen zu bombardieren (operation desert fox). Danach ließ der Irak bis 2003 wieder UN-Inspektoren ins Land.

nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes mit der instabilen Situation der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten konfrontiert sahen, beschlossen sie im Zuge der europäischen Integration Russland an die EU anzunähern, ohne es aber dabei in die EU zu integrieren. Dieser Einbindung Russlands lagen jedoch unterschiedliche Wahrnehmungen Deutschlands und Frankreichs zugrunde. Daraus resultierten folglich unterschiedliche deutsche und französische Strategien, die beide Länder in Bezug auf diese Einbeziehung Russlands anwendeten.

Die französische Strategie erwies sich dabei als die Wahrnehmung eines Russlands, das ein eventuelles Gegengewicht zu den USA bilden könnte.<sup>284</sup>

Die deutsche Russlandpolitik ist neben strategischen und internationalen Fragen hauptsächlich von wirtschaftlichen Interessen gegenüber Russland geprägt, da Deutschland bereits zu Zeiten des Kalten Krieges wichtigster Handelspartner Russlands war. Mit diesem großen wirtschaftlichen Interesse Deutschlands ist auch erklärbar, warum Deutschland gegenüber innenpolitischen Entwicklungen in Russland weitgehend keine Position bezieht.<sup>285</sup>

Folglich hatten diese unterschiedlichen Wahrnehmungen Deutschlands und Frankreichs verschiedene Strategien gegenüber Russland zur Folge und wirkten sich somit hemmend auf einen deutsch-französischen Dialog aus, da sie nicht mit einer Stimme in Sachen Russland sprachen.

#### 2.2.4.2 Probleme der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Krisenregionen

Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes sollte sich die deutsch-französische Zusammenarbeit in Krisenregionen als nicht immer erfolgreich herausstellen. Der Golf-Krieg 1990/91 und die im Anschluss folgende Balkan-Krise, deren Konfliktbeilegung sich bis Ende der 90er Jahre hinzog und schließlich auch nur durch die Unterstützung des amerikanischen Militärs bzw. internationaler Organisationen wie der UNO oder NATO möglich war, bilden hier zwei Beispiele.

---

<sup>284</sup> Vgl. Froehly, Jean-Pierre: Deutschland-Frankreich-Russland, S. 459

<sup>285</sup> Vgl. ibd.

#### 2.2.4.2.1 Die fehlende deutsch-französische Zusammenarbeit im Golf-Krieg 1990/91

Der mit dem Überfall des Iraks auf Kuwait im August 1990 ausgelöste Golf-Krieg stellte ein Beispiel einer nicht erfolgreichen deutsch-französischen Zusammenarbeit dar. Er kann als der erste große internationale Konflikt nach dem Ende des Kalten Krieges betrachtet werden.

Die deutsche außenpolitische Verhaltensweise im Golf-Krieg war hinsichtlich der Entsendung von Streitkräften an den Persischen Golf in erster Linie von Passivität geprägt. Deutschland erklärte sich bereit, sich nur finanziell an der Konfliktlösung zu beteiligen, was wiederum von den anderen beteiligten Ländern als eine Art „Scheckbuchdiplomatie“<sup>286</sup> wahrgenommen wurde. Frankreichs Verhalten in dieser Krise hingegen kennzeichnete einen „diplomatischen Aktivismus“<sup>287</sup>, der von dem Zwiespalt einer Solidarisierung mit den USA und dem Wunsch nach einer Aufrechterhaltung der langjährigen traditionell guten Beziehungen zum Irak gekennzeichnet war. Grund für die deutsche außenpolitische Abwesenheit war zum einen die verfassungsrechtliche Situation Deutschlands und zum anderen die allgemeine Einstellung Deutschlands gegenüber militärischen Einsätzen in Krisenregionen. Die deutsche Regierung war aufgrund ihrer verfassungsrechtlichen Gebundenheit, die einen Einsatz der Bundeswehr nur „zur eigenen und kollektiven Selbstverteidigung“, nicht aber „zur Vorbereitung eines Angriffskrieges“<sup>288</sup> vorsah, nicht in der Lage, deutsche Soldaten der Bundeswehr an den Persischen Golf zu schicken. In diesem Zusammenhang spielte natürlich auch die internationale Wahrnehmung von Deutschland eine Rolle. Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und der wiedererlangten staatlichen Einheit versuchte es durch eine Vermeidung militärischer Präsenz in Krisenregionen, keine historisch belasteten Erinnerungen bei seinen Partnern auszulösen:

„Schließlich ist zu Bedenken, dass die öffentliche Meinung im Ausland – auch bei den Verbündeten – auf eine militärische Rolle Deutschlands außerhalb der NATO nicht vorbereitet war. Wäre es damals dazu gekommen, hätte dies höchst wahrscheinlich auch kritische Reaktionen ausgelöst. Die Interpretationen der deutschen Politik aus Anlass des Zerfalls in Jugoslawien in anderen Ländern zeigten, in welchem Ausmaß die Außenpolitik des vereinten Deutschlands in der Praxis durch das Erbe der deutschen und europäischen Vergangenheit belastet ist.“<sup>289</sup>

---

<sup>286</sup> Kaiser, Karl: Deutschlands Vereinigung – Die internationalen Aspekte, Bergisch Gladbach, Bastei Lübbe, 1991, S. 37

<sup>287</sup> Colard, Daniel: Frankreichs Diplomatie und die Golfkrise, In: Dokumente, Heft 2/1991, S. 111

<sup>288</sup> Kaiser, Karl: Deutschlands Vereinigung, S. 82 f.

<sup>289</sup> Ibid., S. 69

Damit war für Deutschland klar, dass es seine Streitkräfte in solchen Fällen nur in einem multilateralen Rahmen, wie beispielsweise der GASP oder der NATO, zur Verfügung stellen könnte.

Frankreich hingegen versuchte im Golf-Krieg eine eigenständige Rolle zu spielen. Es unterstützte einerseits die anti-irakische Linie der UNO und suchte aber andererseits nach einer friedlichen Lösung des Konfliktes. Dies erklärt sich anhand der Tatsache, dass über drei Millionen Muslime<sup>290</sup> in Frankreich leben und der Golf-Krieg daher Ängste und neue Ungewissheiten in der französischen Gesellschaft auslöste. Somit gehörte zu den Hauptzielen der Außenpolitik Frankreichs in der Golf-Krise die Beteiligung an einer internationalen Regelung des Konfliktes, um seinen Einfluss in der arabischen Welt erhalten zu können.<sup>291</sup> Mit seinem „Drei-Stufen-Plan“<sup>292</sup> verfolgte Mitterrand somit das Ziel, den Krieg zu verhindern und zugleich die internationale Regelung der Nahost- und Mittelost-Probleme unter französischer Beteiligung zu erwirken. Da der Plan von den USA wie auch von Großbritannien abgelehnt wurde und auf deutscher Seite nur halbherzige Unterstützung fand, zerschlugen sich die französischen Träume, sich in der arabischen Welt einen Mitsprachestatus zu erwerben, sowie Einfluss im Nahen wie Mittleren Osten zu gewinnen.<sup>293</sup> Ein weiterer französischer Versuch, den Konflikt zu lösen, führte Frankreich über die WEU. Das war jedoch von vorne herein zum Scheitern verurteilt, da jedes der europäischen Mitglieder anders handelte:

„England stand sofort und unbedingt auf der Seite Amerikas, das vereinte Deutschland war aus vielerlei, vorwiegend politischen und nicht nur verfassungsrechtlichen Gründen außerstande mehr als eine ‚Scheckbuch-Macht‘ zu sein.“<sup>294</sup>

Damit war die Handlungsunfähigkeit der EG/EU im Golf-Krieg bestätigt und machte die Amerikaner infolgedessen für die Lösung des Konfliktes verantwortlich.

Für das deutsch-französische Verhältnis entwickelte sich aufgrund dieser

---

<sup>290</sup> Lüsebrink, Hans-Jürgen: Mittelmeernation Frankreich? Zum Verhältnis von „Politique arabe“ und Europapolitik im heutigen Frankreich, In: Frankreich-Jahrbuch, 1992, S. 127

<sup>291</sup> Vgl. Höhne, Roland: Frankreich im Golfkonflikt: Das Scheitern einer Ambition, In: Lendemains, Heft 63/1991, S. 101

<sup>292</sup> Präsident Mitterrand verlangte im Gegensatz zu den USA und Großbritannien, dass der Irak sich zurückziehen und die Geiseln freilassen sollte. Wenn er dies zu tun bereit wäre, dann würde laut Mitterrand alles möglich sein. Damit verzichtete er auf ein Ultimatum, bot Verhandlungen an und akzeptierte das von Saddam Hussein nach Besetzung von Kuwait konstruierte Junktim zwischen dem Problem in der Golfregion und denen des Nahen Ostens, einschließlich des Palästinenserproblems.

<sup>293</sup> Vgl. Höhne, Roland: Frankreich im Golfkonflikt, S. 105

<sup>294</sup> Schütze, Walter: Frankreich und die Lehren des Golfkrieges: Neuorientierung der Verteidigungspolitik, In: Frankreich-Jahrbuch, 1992, S. 106

Ereignisse ein Bewusstseinswandel. Er spiegelte sich in der Tatsache wider, dass beide Länder, aber auch die EG/EU sich insgesamt darüber im Klaren wurden, dass solche Konflikte, die außerhalb des NATO-Territoriums liegen, eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik erfordern.

Für Frankreich hätte ein Konfliktmanagement im Rahmen der GASP den Vorteil gehabt, dass es sich nicht den USA am Ende des Konfliktes hätte anschließen müssen, sondern dass es hätte versuchen können im europäischen Rahmen, d.h. mit Deutschland und den anderen EG/EU-Mitgliedsstaaten, eine eigene Lösung für den Konflikt zu finden. Diese hätte auch Frankreichs pro-arabische Haltung nach außen präsentieren können und zur Folge gehabt, dass Frankreich nach der Beendigung des Krieges an seine traditionell guten bilateralen Beziehungen zum Irak wieder anknüpfen können.

#### 2.2.4.2.2 Der Balkan-Konflikt als Problem des deutsch-französischen Verhältnisses

Wenn dem deutsch-französischen Tandem im Kontext des Golf-Krieges der Vorwurf gemacht wurde, sie hätten nicht zusammengearbeitet, dann hinterlässt deren Teilnahme im Balkan-Konflikt einen noch dramatischeren Eindruck.

Die unterschiedliche Vorgehensweise löste starke Verstimmungen zwischen den beiden Ländern aus und führte zu einem verstärkten Auseinanderdriften des bilateralen Verhältnisses hinsichtlich der Lösung des Konfliktes. Zwar beteiligten sich beide Länder aktiv an der Suche nach einer Lösung des Konfliktes, doch waren die beiden Wege dahin von sehr unterschiedlichen Strategien gekennzeichnet, die sich als problematisch für die deutsch-französische Zusammenarbeit erwiesen.

Teilt man den Balkan-Konflikt in drei Phasen ein, so wird eine „Konfliktprävention angesichts drohender Desintegration“<sup>295</sup> im jugoslawischen Staat als erste Phase gesehen. Die zweite Phase läutet dann „internationale Lösungsversuche durch Initiativen wie dem Vance-Owen-Plan bis hin zur Kontaktgruppe“<sup>296</sup> ein. Schließlich konzentrieren sich in einer dritten post-militärischen Phase alle Beteiligten auf eine „Befriedung und einen Wiederaufbau des Staates innerhalb des Dayton- und IFOR-Prozesses“<sup>297</sup>. Bereits in

---

<sup>295</sup> Kirste, Knut: Rollentheorie und Außenpolitikanalyse, S. 353

<sup>296</sup> Ibd.

<sup>297</sup> Ibd.



der ersten Phase stieß die Bundesrepublik mit ihrer Problembewältigung auf heftigste Kritik, denn sie sprach sich für eine Anerkennung Kroatiens und Sloweniens aus und wollte damit den Konflikt internationalisieren.<sup>298</sup> Die deutschen Ambitionen erwachsen in dieser Hinsicht aus dem deutschen gescheiterten Verhalten im Golf-Krieg. Ebenso wollte Deutschland, das erst kurz vor Beginn des Zerfalls des jugoslawischen Bundesstaates wieder seine Einheit und damit seine volle staatliche Souveränität erlangte, aufgrund eigener positiver Erfahrungen, die es mit der deutschen Wiedervereinigung gemacht hatte, mit der Anerkennung der beiden Teilrepubliken das Problem lösen. Von der französischen Regierung wurde dieses Bestreben als Versuch empfunden, eine hegemoniale Rolle in Europa einnehmen zu wollen.<sup>299</sup> Hinter diesen Empfindungen steckt wieder das französische Wahrnehmungsmuster, Deutschland strebe eine Germanisierung Osteuropas an. Hans Stark sieht in dem Vorhandensein dieses Wahrnehmungsmusters die verpasste Chance der Entwicklung einer gemeinsamen Jugoslawienpolitik:

„Aus [...] der deutschen und französischen Position hätte fast eine gemeinsame Jugoslawienpolitik werden können, wäre da nicht die voreilige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch Bonn erfolgt, die all jene in Frankreich vor den Kopf stoßen musste, die sich immer wieder gegen den schon fast inflationären Gebrauch des Schreckensgespenstes der Germanisierung Osteuropas wenden.“<sup>300</sup>

Damit war also der französische Verdacht eines deutschen Hegemoniestrebens in Osteuropa Grund für die Verstimmung im deutsch-französischen Verhältnis. Er wurde noch verschärft als die französische Presse Deutschland indirekt vorwarf, dass es die beiden Teilrepubliken Slowenien und Kroatien nur anerkennen wolle, um Jugoslawien zu zerstückeln und von Deutschland abhängig zu machen:

„Bien avant le déclenchement de la crise, la presse d’outre-Rhin annonçait régulièrement – pour applaudir – la fin de l’entité étatique, et décrivait avec minutie un processus de décomposition qui répondait à ses vœux profonds. [...] Ayant retrouvé son unité et sa souveraineté, l’Allemagne entend aujourd’hui jouer sans complexes un rôle majeur dans une région avec laquelle elle a toujours entretenu d’étroits rapports.“<sup>301</sup>

Darüber hinaus reagierte auch die europäische Gemeinschaft mit großer Skepsis auf die deutsche Anerkennungspolitik. Denn sie empfand den

---

<sup>298</sup> Vgl. Rozenblum, Serge-Allain: Die jugoslawische Herausforderung, In: Dokumente, Heft 5/1992, S. 426

<sup>299</sup> Vgl. Ibd.

<sup>300</sup> Stark, Hans: Was sagt der Jugoslawien-Konflikt über Frankreichs Ostpolitik?, In: Dokumente, Heft 2/1992, S. 129

<sup>301</sup> Rosenzweig, Luc: L’Allemagne, puissance protectrice des Slovènes et des Croates, In: Le Monde vom 4. 7. 1991, S. 4

deutschen Versuch, die EG/EU von der Anerkennung der beiden Teilstaaten zu überzeugen als einen „nationalen Egoismus“<sup>302</sup>, der im Prinzip darin bestand, sich vor allem vor der Gemeinschaft als politischer Akteur zu behaupten.<sup>303</sup>

Die zweite Phase des Konfliktes hingegen führte zu keiner Verschlechterung des Verhältnisses, trug aber auch nicht zu einer Lösung des Konfliktes bei. Mit der Ausweitung des Balkan-Konfliktes auf Bosnien-Herzegowina im Frühjahr 1992, nach der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, scheiterte die deutsche Außenpolitik im Jugoslawienkonflikt. So wurden Deutschland und Frankreich dazu veranlasst innerhalb der EG/EU zu einer gemeinsamen Strategie zurückzukehren. Hierbei sollten multilaterale Institutionen wie UNO, OSZE, NATO und WEU/GASP als Mechanismen des Konfliktmanagements Verwendung finden. Der Vance-Owen-Plan von 1993, der Owen-Stollenberg-Plan von 1993 und der Plan der Kontaktgruppe von 1994 wurden auf diese Weise ausgearbeitet und den Konfliktparteien vorgelegt.<sup>304</sup> Zunächst versuchte Frankreich die EU und WEU als „Puffereinheit“ zwischen den jugoslawischen Fronten einzusetzen.<sup>305</sup> Da dieser Plan jedoch an den Euro-Atlantikern innerhalb der EU und an Deutschlands „militärischer Handlungsunfähigkeit“<sup>306</sup> scheiterte, machte es „den UNO-Sicherheitsrat zum zentralen Steuerorgan des Krisenmanagements“.<sup>307</sup> Dies bot für Frankreich den Vorteil sich auf europäischer und internationaler Ebene zu profilieren, da Deutschland im UN-Sicherheitsrat nicht vertreten war und weil Frankreich zusätzlich jederzeit bei einem möglichen NATO-Einsatz über ein Mitspracherecht verfügte. Die deutsche Außenpolitik büßte an Glaubwürdigkeit ein, die durch die diskontinuierliche Politik im internationalen Krisenmanagement verursacht wurde. Frankreichs Außenpolitik hingegen war konsequenter und es zeigte durch sein internationales Engagement, auch im Rückschluss mit den USA, Selbstbewusstsein und Entschlossenheit.<sup>308</sup> Mit der Befürwortung der Friedens-

---

<sup>302</sup> Wagner, Wolfgang: Acht Lehren aus dem Fall Jugoslawien, in: Europa-Archiv, Folge 2, 1992, S. 36

<sup>303</sup> Darüber hinaus hegte die europäische Gemeinschaft den Verdacht, dass die Bundesrepublik eine deutsche Einflusszone auf dem Balkan errichten will. Dass dieser Verdacht sich als unbegründet herausgestellt hat, zeigt sich daran, dass Deutschland letztendlich nichts durch die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens gewonnen hat.

<sup>304</sup> Vgl. Kirste, Knut: Rollentheorie und Außenpolitikanalyse, S. 204

<sup>305</sup> Koslowski, Gerd: Bosnien: Scheitern der Institutionen und Mächtebalance in Europa, In: Außenpolitik, Heft 47/1996, S. 361

<sup>306</sup> Da Deutschland durch seine Verfassungsdebatte über die Zulässigkeit eines militärischen Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bündnisgebietes nicht in der Lage war, die Sicherheit in der Krisenregion zu gewährleisten, blieb diese Last an Frankreich und den USA hängen.

<sup>307</sup> Koslowski, Gerd: Bosnien, S. 362

<sup>308</sup> Vgl. ibd., S. 364

funktion der NATO und der amerikanischen Präsenz in Europa zeigte Frankreich zugleich, dass es in lokalen wie regionalen Krisen in Europa auch ohne die USA zu handeln und zu führen bereit wäre. Deutschlands Verhalten hingegen ist im weiteren Verlauf der Krise eher in eine unsichere Zurückhaltung an der Seite der westlichen Partner umgeschlagen. Schließlich zeigte sich in der dritten und post-militärischen Phase des Balkan-Konfliktes durch die amerikanische Initiative des Dayton-Abkommens, dass die EG/EU mit ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gescheitert war und mit ihr auch die deutsch-französische Zusammenarbeit. Grund hierfür war vor allem die Uneinigkeit, d.h. die unterschiedlichen Strategien Deutschlands und Frankreichs, aber auch innerhalb der Gemeinschaft. Darüber hinaus fehlte es an der Bereitschaft der Zwölf, „politisches Handeln mit begrenztem militärischen Einsatz dort, wo es hätte Wirkung haben können, zu unterstützen.“<sup>309</sup> So zeigte sich vielmehr am Ende des Konfliktes, dass wieder die USA eine Führungsrolle in dieser Konfliktbewältigung übernahmen und der Multilateralismus in Europa an seine Grenzen gestoßen war.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass für beide Seiten, d.h. für Deutschland und für Frankreich, die Einstellung zum jeweils anderen Partner eine neue Dimension erreichte. Sie spiegelte den im Konflikt entstandenen gemeinsamen Willen wider, die GASP weiterhin auszubauen und zu verstärken, um zu einer Europäischen Verteidigung gelangen zu können.

### **2.2.5 Zusammenfassung**

Der Wandel, den die deutsch-französischen Beziehungen im Laufe der 90er Jahre bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts durchlebten, lässt sich an den zuvor genannten Wandlungsmomenten hervorheben. Hierbei stellt das erste Wandlungsmoment die deutsche Wiedervereinigung dar. Abgesehen von den unterschiedlichen, die Beziehung negativ beeinflussenden Verhaltensweisen der beiden politischen Akteure Kohl und Mitterrand, vollzogen sich wesentliche Veränderungen mit der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes und der daraus resultierenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Sie entzogen der bilateralen Beziehung ihre Grundlage, auf der sie sich seit dem Ende des

---

<sup>309</sup> Bildt, Carl: Hat Europa aus Bosnien gelernt? Schlussfolgerungen für die europäische Außenpolitik, In: Internationale Politik, Heft 7/1997, S. 3

Zweiten Weltkrieges positiv entwickeln konnte, indem Deutschland wieder als vollwertiger politischer Akteur die europäische und internationale Bühne betrat. In europapolitischer Hinsicht manifestierten sich Veränderungen in der deutsch-französischen Zusammenarbeit vor allem anhand der unterschiedlichen Europakonzeptionen beider Länder. Sie dominierten phasenweise die europapolitische Diskussion und führten zu Konflikten zwischen den Partnern, wie es sich in Bezug auf die Debatte um das Schäuble-Lamers-Papier und die Reibereien auf der Turiner Regierungskonferenz 1996 gezeigt hat. Schließlich sollte dieser Konflikt bei den Verhandlungen zum Nizza-Vertrag zu einer „deutsch-französischen Krise“<sup>310</sup> führen. Dass die Problematik der unterschiedlichen Ansichten von der Gestaltung Europas sowie deren Finalität auch nach dieser Krise nicht von Grund auf gelöst wurde, verdeutlichte die französische Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages 2005.

Es zeigte sich aber auch, dass das deutsch-französische Tandem sehr wohl bereit ist, Veränderungen in den Beziehungen anzunehmen und produktiv umzusetzen wie z.B. durch die Schaffung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, die ein Novum für alle beteiligten Mitgliedsstaaten darstellte. Obwohl anhand der Zusammenarbeit in diesem Projekt auch die grundlegenden konzeptionellen Unterschiede der deutschen und französischen Sicherheitspolitik zum Vorschein kamen, begab sich das ‚couple franco-allemand‘ mit der Erweiterung der GASP zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf eine neue sicherheitspolitische Ebene. Welche Auswirkungen die unterschiedlichen Konzeptionen beider Partner noch haben sollten, zeigte sich hinsichtlich der Osterweiterung der EU. Frankreich, das von Anfang an ein geringeres Interesse an der Osterweiterung hatte, entwickelte schließlich eine ablehnende Haltung gegen einen Beitritt der MOE-Staaten, was sich letztendlich an seiner Blockadepolitik innerhalb der EU manifestierte.

Die neue politische Lage in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges stellte das Tandem auch in außenpolitischer Hinsicht vor einige Herausforderungen. Die Gründung des Weimarer Dreiecks Anfang der 90er Jahre kann daher als Ansatz eines neuen Bewusstseins im deutsch-französischen Verhältnis gesehen werden, der erstmals in der Geschichte der drei Länder die bilaterale zu einer trilateralen Kooperation erweitern sollte. Anders hingegen gestalteten sich die Beziehungen zu Russland. Aufgrund verschiedener Ansätze in der Ostpolitik Deutschlands und Frankreichs konnte sich in den 90er Jahren keine

---

<sup>310</sup> Guérot, Ulrike: Leerlauf im deutsch-französischen Tandem. Hat es noch eine Existenzberechtigung?, In: Internationale Politik, Heft 1/2002, S. 33

gemeinsame Ostpolitik entwickeln. Eine Veränderung der bilateralen Zusammenarbeit hin zu Krisenphasen ist deshalb zu verzeichnen, da es sie vor 1990 schlichtweg nicht gab. Die Ost-West-Blockbildung verhinderte dies und erforderte von beiden Ländern die Schaffung einer Grundlage, die im Golf-Krieg noch fehlte. Nachdem Deutschland seine Ablehnung einer aktiven Teilnahme an Kriegen aus verfassungsrechtlichen Gründen Mitte der 90er Jahre revidiert hatte, schaffte es zwar die Voraussetzungen künftig mit Frankreich zusammen Lösungen für überregionale Konflikte zu finden, der Balkan-Konflikt zeigte dennoch, dass selbst auf einer gemeinsamen Grundlage die unterschiedlichen Verhaltensweisen und Interessen der Akteure zu einer mangelhaften Kooperation führen können.

Vor dem Hintergrund des grundlegenden Wandels in Europa stellt die Wiedervereinigung somit das erste und folgenreichste Wandlungsmoment dar. Die fundamentalen Veränderungen, die aus ihr resultierten, beeinflussten die deutsch-französische Zusammenarbeit in allen drei Bereichen. Ähnlich wie bei den Kontinuitätsmomenten führten nationale Wahrnehmungsmuster zum Teil zu Veränderungen. Begleitet wurde dieser interkulturelle Aspekt des deutsch-französischen Bilateralismus von den Anfangsschwierigkeiten, welche der Staatspräsident und der Bundeskanzler im Zuge von Regierungswechseln vorwiesen.

### 3 Die deutsch-französischen Beziehungen unter Merkel und Chirac

Der Regierungswechsel 2005 in Deutschland hatte durch die Abwahl Gerhard Schröders einen Partnerwechsel im deutsch-französischen Tandem zur Folge. Die ostdeutsche CDU-Chefin Angela Merkel sollte nun als erste Frau das Amt des Bundeskanzlers antreten. In Frankreich wurde dies zunächst mit großer Neugier aufgenommen. Obschon sich auch für Paris die Frage stellte, ob der Regierungswechsel einen Politikwechsel zur Folge haben würde, zeigte die französische Regierung erst einmal eine abwartende Haltung. War doch die innenpolitische Lage Frankreichs äußerst gereizt durch das im selben Jahr erfolgte französische Referendum, das ein klares ‚Nein‘ gegen den EU-Verfassungsvertrag hervorrief. So war die politische Lage Frankreichs zum Zeitpunkt des deutschen Regierungswechsels von einem „innenpolitischen geschwächten Präsidenten“<sup>311</sup> geprägt, der mit Gerhard Schröder einen treuen Verbündeten verlor.

Denn im Juni 2005, kurz nach dem französischen Referendum zum EU-Verfassungsvertrag, trafen sich Schröder und Chirac im Zuge des Blaesheim-Treffens und bekräftigten, dass sie den Ratifizierungsprozess weiterführen wollen. Hierbei sah der französische Präsident als größte Aufgabe, dass man die Bürgerinnen und Bürger mit dem Projekt Europa versöhnen müsse.<sup>312</sup> Dabei erhielt er volle Rückendeckung von Bundeskanzler Schröder. Wie sehr die beiden Staatsmänner sich einig waren, manifestierte sich ebenfalls an der Äußerung, dass sie trotz der „Schwierigkeiten innerhalb der Europäischen Union [...] ihre enge Zusammenarbeit auf allen Politikfeldern konsequent fortsetzen“<sup>313</sup> wollten. Schröder brachte dies mit der Formel „Einheit macht stark“<sup>314</sup> auf den Punkt und unterstrich damit die enge und freundschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs bzw. Schröders und Chiracs seit Beginn des 21. Jahrhunderts. Würde Angela Merkel in Schröders Fußstapfen treten? Würde auch sie sich im Schulterschluss mit dem französischen Staatsoberhaupt für eine Einheit stark machen? Da Jacques Chirac sich

---

<sup>311</sup> Wiegel, Michaela: Merkel in Frankreich. „Es gibt überhaupt nichts zu kritisieren“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.1.2006, S. 2

<sup>312</sup> Vgl. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac wollen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den europäischen Einigungsprozess zurückgewinnen, <http://www.europress.de/drucken.php/cat/11/aid/614>, [Stand: 26.1.2007]

<sup>313</sup> Ibd.

<sup>314</sup> Ibd.

darüber im Klaren war, dass er mit seiner Europapolitik innenpolitisch gescheitert war und unmöglich den Text des EU-Verfassungsvertrages beibehalten konnte, damit er erneut ratifiziert werden kann, blieb für ihn abzuwarten, welche Lösungsansätze die neue Regierungschefin Deutschlands in dieser Situation vorschlagen würde.

### **3.1 Der Regierungswechsel in Deutschland und seine Auswirkungen auf die deutsch-französischen Beziehungen**

Aufgrund der von der CDU geforderten Vertrauensfrage fand eine vorgezogene Bundestagswahl in Deutschland statt. Sie hatte die Abwahl der zweiten Koalition bestehend aus Sozialdemokraten und dem Bündnis 90/Die Grünen zur Folge und wurde durch die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD mit einer christdemokratischen Bundeskanzlerin an der Spitze und mit einem sozialdemokratischen stellvertretendem Bundeskanzler ersetzt. In der Geschichte der Bundesrepublik ist dies das zweite Mal, dass das deutsche Parlament von einer Großen Koalition regiert wird. Die letzte Große Koalition aus CDU/CSU und SPD fand unter Brandt und Kiesinger zwischen 1966 bis 1969 statt. Somit fand die zweite Regierungsperiode unter dem sozialdemokratischen Schröder ihr vorzeitiges Ende. Der von Schröder in seiner Amtszeit von 1998 bis 2005 praktizierte „selbstbewusste Politikstil“<sup>315</sup> fand vor allem in den letzten vier Jahren in engem Schulterschluss mit Paris, aber auch mit Moskau<sup>316</sup> statt. Besonders durch die Kreation des Blaesheim-Prozesses entwickelte sich zwischen Schröder und Chirac eine enge Freundschaft. Diese erfuhr durch ihre gemeinsame Haltung im Irak-Krieg, als sie sich gegen eine militärische Intervention aussprachen, noch eine Steigerung. Der deutsch-französische Zusammenhalt wurde durch Russland ergänzt, das dieselbe Auffassung bezüglich des Iraks vertrat wie Deutschland und Frankreich. Damit war das politische Interesse Berlins eindeutig in Richtung Frankreich und Russland orientiert. Wie selbstbewusst der Politikstil der Berliner Regierung seit der Wiedervereinigung geworden war, ließ sich an Schröders Absage gegenüber den USA hinsichtlich des Irak-Krieges erkennen. Das erste Mal in

---

<sup>315</sup> Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung, S. 171

<sup>316</sup> Vergleiche dazu das Verhalten der deutschen Bundesregierung im Irak-Krieg. Es existierte keine enge Zusammenarbeit mit den USA und Großbritannien sowie zahlreicher kleinerer europäischer Staaten, sondern mit Paris und Moskau als Gegengewicht zu den eben genannten Staaten.

der Geschichte der deutschen Außenpolitik wagte es ein Kanzler dem amerikanischen Freund und Helfer, der Deutschland von Hitler befreit und es danach wieder aufgebaut hatte, die kalte Schulter zu zeigen und selbstständig sowie unabhängig von den USA zu agieren. Weder Kohl noch ein anderer Kanzler vor ihm hätte dies je gewagt, da die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg für Deutschland immer an oberster Stelle standen. Daher lässt sich ein Wandel in dem Politikstil der Berliner Regierung gegenüber allen vorherigen Regierungen feststellen. Dass Angela Merkel einer militärischen Intervention im Irak sowie dem Entsenden von deutschen Truppen bereitwilliger als Schröder gegenüberstand, ließ mit ihrem Amtsantritt vermuten, dass sie zukünftig eine US-freundlichere Politik führen würde als ihr Vorgänger.<sup>317</sup>

Auf europäischer Ebene stellt die neue Regierung unter CDU und SPD weiterhin einen treuen und verantwortungsbewussten Partner im europäischen Integrationsprozess dar. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD heißt es:

„Die Europäische Union ist Garant für politische Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in Deutschland und Europa. [...] Deutschland trägt aufgrund seiner Geschichte sowie seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts eine besondere Verantwortung für den Erhalt und die Entwicklung des europäischen Integrationswerks.“<sup>318</sup>

Die neue Bundesregierung strebt also eine europäische Einbindung Deutschlands sowie die Erweiterung der Europäischen Union an. Diese soll vor allem vor dem Hintergrund der 2005 entstandenen EU-Verfassungskrise durch stärkere Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der EU-Bürger und Bürgerinnen erfolgen. Die große Koalition setzt sich dabei zum Ziel, eine vertrauenswürdigere und informativere Europapolitik gegenüber den EU-Bürgern zu führen.<sup>319</sup> Ebenso setzt sich die Bundesregierung für eine Erweiterung der Europäischen Union hinsichtlich der mittel- und osteuropäischen Staaten ein, d.h. einer „dauerhaften Stabilisierung des westlichen Balkans“<sup>320</sup> und zeigt großes Interesse an einem EU-Beitritt der Türkei. Darüber hinaus wird im Koalitionsvertrag der Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in Verbindung mit einer engen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit gebracht.<sup>321</sup> Im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich betont Angela Merkel in ihrer Regierungs-

---

<sup>317</sup> Vgl. Marhold, Hartmut: Deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel 2005, In: Integration, Heft 1/2006, S. 5 ff.

<sup>318</sup> Koalitionsvertrag der CDU/SPD: <http://www.cducusu.de/upload/koavertrag0509.pdf>, [Stand: 28.2. 2007], S. 147

<sup>319</sup> Vgl. ibd., S. 147 f.

<sup>320</sup> ibd., S. 156

<sup>321</sup> Vgl. ibd., S. 152



erklärung vom November 2005, dass sie ebenfalls „den weiteren Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage der europäischen Sicherheitsstrategie“<sup>322</sup> befürworte, weil Europa sicherheitspolitisch handlungsfähig sein müsse. Damit gehe eine Stärkung des europäischen Pfeilers der Allianz einher.<sup>323</sup> Unter diesen Aspekten lassen sich im Vergleich zu der sozialdemokratischen Regierung von Gerhard Schröder nach fast eineinhalb Jahren Regierungszeit im Wesentlichen keine großen Veränderungen in der deutschen Europapolitik feststellen.

Allerdings unterscheidet sich der Politikstil Angela Merkels von dem Gerhard Schröders, was auch Auswirkungen auf die Europapolitik hat. Da die Bundeskanzlerin gebürtig aus der ehemaligen DDR stammt und somit vermutlich eher von einem nach Osten orientierten Erfahrungshorizont<sup>324</sup> geprägt ist, ist es nahe liegend, dass sich mit ihrem Amtsantritt eine Europapolitik abzeichnet, die sich stärker den neuen mittel- und ost-europäischen Staaten, vor allem Polen, sowie kleineren Mitgliedsstaaten zuwendet.<sup>325</sup>

### **3.2 Deutsch-Französische Zusammenarbeit unter dem Tandem Merkel-Chirac**

Obwohl die Große Koalition unter Angela Merkel erst seit knapp eineinhalb Jahren ihr Amt ausführt, lassen sich bereits erste Anzeichen für eine Charakterisierung der unter ihr praktizierten deutsch-französischen Zusammenarbeit erkennen. Vor ihrer Wahl zur Bundeskanzlerin gehörte das deutsch-französische Verhältnis nicht unbedingt zu den Spezialgebieten Angela Merkels, was in der Presse zu der Schlussfolgerung führte, dass sie nicht zu den frankophilsten unter den deutschen Politikern gehöre.<sup>326</sup> Dass sie aber an die gute enge Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich anknüpfen wolle und damit dem beständigen Charakter des deutsch-französischen Verhältnisses gerecht werden wollte, zeigte die Reihenfolge ihrer Auslands-

---

<sup>322</sup> Vgl. Regierungserklärung Angela Merkel am 30.11. 2005: [http://www.cdu.de/doc/pdf/05\\_11\\_30\\_Regierungserklaerung\\_Merkel.pdf](http://www.cdu.de/doc/pdf/05_11_30_Regierungserklaerung_Merkel.pdf), [Stand: 28.2.2007], S. 16

<sup>323</sup> Vgl. ibd.

<sup>324</sup> Das heißt ihr Erfahrungshorizont orientierte sich nach Polen, in die Tschechoslowakei, wo sie studierte und aufgrund des Ost-West-Gegensatzes in die Sowjetunion.

<sup>325</sup> Vgl. Regierungserklärung, S. 15

<sup>326</sup> Vgl. Mönninger, Michael: Küsst die Hand. Frankreichs Präsident und seine möglichen Nachfolger buhlen um die Gunst der deutschen Regierungschefin: <http://www.zeit.de/2006/04/Paris>, [Stand: 10.3.2007]

besuche direkt nach ihrer Amtseinführung. Einen Tag nach ihrem Regierungsantritt besuchte Angela Merkel Präsident Chirac in Paris. Mit diesem Besuch verdeutlichte sie, dass sie an den „Geist der Kontinuität“ in den deutsch-französischen Beziehungen anknüpfen wolle.<sup>327</sup> Anlässlich dieses Treffens zeigte die von Merkel geäußerte Einladung Chiracs nach Berlin zu einem Blaesheim-Treffen, das unter Schröder und Chirac Tradition geworden war, nur zwei Wochen nach diesem Treffen, dass sie die Kontinuität der deutsch-französischen Zusammenarbeit vor allem in europäischen Angelegenheiten weiterzuführen beabsichtige. Dass die deutsch-französischen Beziehungen jedoch trotz Weiterführung der bilateralen Treffen nun unter einem anderen Vorzeichen standen, ließ sie in ihrer ersten Regierungserklärung am 30.11.2005 deutlich werden. Darin erklärte die Bundeskanzlerin, dass deutsche Außen- und Europapolitik sich auf Werte gründe und Interessenspolitik sei, die ihren Ausdruck durch Bündnisse und Kooperationen mit ihren Partnern finde.<sup>328</sup> Sie hob hierbei hervor, dass es vor allem gelte, eine Intensivierung des Verhältnisses zu den kleineren Mitgliedsstaaten in Europa zu erreichen, durch die Deutschland eine Mittler- und Ausgleichfunktion haben könnte. In erster Linie erwähnte sie die Beziehungen Deutschlands zu Polen, nicht zu Frankreich.<sup>329</sup> Des Weiteren unterstrich sie die Bedeutung der Fortführung der Ratifizierung des Verfassungsvertrages und den Wunsch nach einem engen, ehrlichen, offenen sowie vertrauensvollen Verhältnis in der transatlantischen Partnerschaft. Weiterhin betonte sie das Interesse an einem EU-Beitritt der Türkei, der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Europas, die durch den Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gewährleistet werden solle und die Stärkung des europäischen Pfeilers in der Allianz, eines Europas, dass sich nicht als Gegengewicht zu den USA, sondern als deren Partner versteht sowie einer Weiterentwicklung der strategischen Partnerschaft mit Russland.<sup>330</sup> Einzig und allein im Koalitionsvertrag sind Aussagen und Absichten über die zukünftige Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen zu finden:

„Die deutsch-französische Zusammenarbeit bleibt als wichtiger Impulsgeber unverzichtbar und wird den Interessen unserer Partner in der Europäischen Union gerecht werden. Daneben wollen wir besonders der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn

---

<sup>327</sup> Merkel auf Europatour: „Geist der Kontinuität“ <http://www.bbv-net.de/public/article/aktuelles/116883>, [Stand: 28.2.2007]

<sup>328</sup> Vgl. Regierungserklärung, S. 15

<sup>329</sup> Vgl. ibd., S. 15

<sup>330</sup> Vgl. ibd., S. 17

und den neuen Mitgliedstaaten neue Qualität und Intensität geben. Kooperationsformen wie das Weimarer Dreieck wollen wir weiter intensivieren.“<sup>331</sup>

An dieser Stelle des Koalitionsvertrages wird das Interesse der neuen Regierung an einer verstärkten Zusammenarbeit mit Polen unter Beibehaltung der traditionellen deutsch-französischen Zusammenarbeit in Europa deutlich. Betrachtet man die Aussagen über die deutsch-französischen Beziehungen unter quantitativen Aspekten, könnte man vermuten, dass Deutschland sich nicht ausschließlich auf Frankreich konzentrieren will und es weniger als privilegierten Partner betrachtet als es beispielsweise die Vorgängerregierung unter Gerhard Schröder getan hat.

Die Außenpolitik der neuen Bundesregierung lässt sich daher mit folgenden Schlagworten bezeichnen: Kontinuität, Verantwortungsbewusstsein und eine „weniger (mittel-)machtorientierte Außenpolitik“<sup>332</sup>. Auch Angela Merkel tritt wie ihre Vorgänger für den europäischen Integrationsprozess ein. Dennoch wurde in Paris befürchtet, dass sie ihre Politik stärker auf die USA und Großbritannien konzentrieren würde.<sup>333</sup> Diese Befürchtung entstand aus der Tatsache, dass die Interessenspolitik zwischen der Bush-Regierung sowie der Blair-Regierung und der christdemokratischen Partei Deutschlands in den Inhalten eher komplementär sind, als die gaullistische Politik Chiracs. Schließlich zeigte sich aber durch ihre weiteren Besuche in Großbritannien, den USA und Russland, dass sie auch dort nicht einseitig freundschaftlich verfährt, sondern generell distanziert gegenüber allen Partnern bleibt und durchaus auch Kritik übt, wenn erforderlich.<sup>334</sup> In diesem Zusammenhang kann das Beispiel der Kritik Merkels gegenüber der Bush-Regierung hinsichtlich des Gefangenenlagers in Guantanamo genannt werden oder die Relativierung der Demokratiefähigkeit Russlands, die sich besonders im Tschetschenienkonflikt herauskristallisierte und in der Tatsache verdeutlichte, dass in Russland innenpolitisch keine kritische Opposition existiert. Verglichen mit ihrem Vorgänger Schröder, der sich offensichtlich zu Russland stärker hingezogen fühlte als zu den USA und im russischen Präsidenten Putin einen „lupenreinen Demokraten“<sup>335</sup> sah, versucht Angela Merkel vielmehr deutsche Interessen europäisch einzubetten und diese transatlantisch zu verankern.<sup>336</sup> Dennoch setzte sie mit ihrer Paris-

---

<sup>331</sup> Koalitionsvertrag, S. 148

<sup>332</sup> Marhold, Hartmut: Deutsche Europapolitik, S. 11

<sup>333</sup> Vgl. ibd. S. 15

<sup>334</sup> Hacke, Christian: Deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B43/2006, S. 31

<sup>335</sup> ibd., S. 34

<sup>336</sup> ibd., S. 35

Reise einen Tag nach ihrem Regierungsantritt ein Zeichen, das von einer deutschen europapolitischen Kontinuität gegenüber Frankreich gekennzeichnet war. Beide stimmten hinsichtlich der Motorfunktion des deutsch-französischen Verhältnisses überein, die auch weiterhin Zugkraft im europäischen Integrationsprozess besitzen soll.<sup>337</sup> Dies zeigte sich im Laufe der an dieses Treffen anschließenden bilateralen Begegnungen und bei der Zusammenarbeit auf den EU-Gipfeln im Dezember 2005 sowie im März 2006. Obwohl Merkel und Chirac schon gleich beim aktuellsten und brisantesten Thema der europäischen Ordnung, dem EU-Verfassungsvertrag, unterschiedlicher Meinung waren, gab es vor allem in außenpolitischer Hinsicht Bereiche, in denen sie mit ihren Ansichten übereinstimmten.<sup>338</sup> Die neue Bundeskanzlerin empfand es als sehr wichtig, den Verfassungsvertrag zu einem Erfolg werden zu lassen. Während sie also an der Grundstruktur des Vertragsentwurfes festhielt und lediglich den Vertrag um ein Sozialprotokoll ergänzen wollte, um eine Kritik an der liberalen Marktorientierung der EU zu vermeiden, sprach sich Chirac eher für eine Aufspaltung des Vertrages aus. Sein Vorschlag, die Verfassung in „handliche Teile“ zu zerlegen, ja sogar ein „Direktorium“ der großen EU-Staaten einzuführen, deren Weisheit sich die ‚kleinen‘ Staaten unterordnen sollen<sup>339</sup>, stieß bei der neuen Kanzlerin auf Widerstand und Ablehnung. Einigkeit herrscht grundsätzlich nur darüber, dass sie den Verfassungsvertrag für das institutionelle Funktionieren der EU brauchen.<sup>340</sup>

Auch im weiteren Verlauf der Blaesheim-Treffen 2006 näherten sich die Ansichten beider Akteure nicht an, sondern es herrschte nur Einigkeit darüber, dass der Verfassungsvertrag für die künftige Etablierung der EU notwendig sei. Wie man aus französischer Sicht die verfahrenere Situation des politischen Integrationsprozesses wieder in Gang bringen könne, zeigt sich anhand der Rede des Premierministers Dominique de Villepin in der Humboldt-Universität Berlin im Januar 2006. In seiner Rede, die seine Vorstellungen von der Zukunft Europas widerspiegelt, spricht er von einem „Europa der Projekte“, dessen Kernstück Deutschland und Frankreich bilden sollen.<sup>341</sup> Die für Villepin

---

<sup>337</sup> Merkel will Europa voranbringen: <http://www.saar-echo.de/de/art.php?a=29131>, [Stand: 10.3.2007]

<sup>338</sup> Gemeint sind hier die ähnlichen Haltungen in Bezug auf den Iran und den Libanon.

<sup>339</sup> Kohl, Hans-Helmut: Bei Hofe. In Versailles versuchen Angela Merkel und Jacques Chirac, ärgerliche Streitpunkte aus dem Weg zu räumen: [http://www.frankfurter-rundschau.de/inc/globals/print.php?client=fr&cnt.../die\\_seite\\_3](http://www.frankfurter-rundschau.de/inc/globals/print.php?client=fr&cnt.../die_seite_3), [Stand: 28.2.2007]

<sup>340</sup> Merkel und Chirac: EU-Verfassungsprozess weiterführen: [http://www.bundesregierung.de/nn\\_87752/Content/DE/Artikel/2006/06/2006-06-06-merkel-und-chirac-eu-verfassungsprozess-weiterfuehren.html](http://www.bundesregierung.de/nn_87752/Content/DE/Artikel/2006/06/2006-06-06-merkel-und-chirac-eu-verfassungsprozess-weiterfuehren.html), [Stand: 28.2. 2007]

<sup>341</sup> Jacob, Antoine: M. de Villepin et Mme Merkel évitent les sujets qui fâchent, In: Le Monde vom 20. 1.2006, S. 8

anstehenden Projekte seien in erster Linie von Deutschland und Frankreich in Angriff zu nehmen, denen sich dann aber andere Mitgliedsstaaten durchaus anschließen könnten. Im Bereich der Sicherheit schlägt er beispielsweise die Gründung einer deutsch-französischen Grenzpolizei vor, die sich zu einer europäischen Polizei entwickeln könnte.<sup>342</sup> Im Hochschulbereich befürwortete der französische Premierminister die Schaffung eines deutsch-französischen Technologiezentrums sowie die generelle Verstärkung der Förderung von Studentenaustauschen im Rahmen des Erasmusprogramms, die in einer Verdopplung der Anzahl der Erasmusstipendien ihren Ausdruck finden könnte. Darüber hinaus sieht Villepin Europa vor den Herausforderungen der Post-Öl-Ära und der Forschung stehen. Diese könnten einerseits durch eine europäische Energiepolitik und andererseits durch eine europäische Digitaltechnologie bewältigt werden.<sup>343</sup> Die deutsch-französische Zusammenarbeit besteht also für ihn in der fortdauernden Wahrnehmung der Motorrolle im europäischen Integrationsprozess:

„Seit der Zeit von Bundeskanzler Adenauer und General de Gaulle, seit der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages haben diese Beziehungen bei den europäischen Fortschritten stets eine zentrale Rolle gespielt. Mit ihrer dynamischen Austauschpolitik, die vom Deutsch-Französischen Jugendwerk unterstützt wurde, trugen Deutschland und Frankreich zur Entstehung eines europäischen Bewusstseins bei. Die deutsch-französischen Beziehungen spielten im europäischen Aufbauwerk stets eine Motorrolle und müssen dies auch künftig tun, und zwar im Sinne der Gemeinschaft, die unsere beiden Völker auch fortan beleben wird.“<sup>344</sup>

Gegenüber Angela Merkel zeigte er sich verständnisvoll bezüglich ihres Festhaltens am EU-Verfassungsvertrag und unterstrich ihr gegenüber die Bedeutung der bilateralen Beziehungen für die europäische Integration.<sup>345</sup> Für besondere Aufregung in Deutschland sorgte die von Präsident Chirac getroffene Äußerung Anfang 2006 über die Anwendung französischer Nuklearwaffen im Falle eines iranischen Angriffs. Demnach wäre ein flexibler Einsatz der ‚Force de Frappe‘ im Zuge terroristischer Angriffe möglich.<sup>346</sup> Die Bundeskanzlerin war hinsichtlich des Iran-Problems auf der Seite Chiracs. Trotz innenpolitischer Protestrufe von den Grünen aber auch der FDP, dass sie derartige Drohungen seitens des französischen Präsidenten nicht so einfach akzeptieren sollte, verteidigte Angela Merkel die französische Nukleardoktrin, da sie ihrer

---

<sup>342</sup> Vgl. Rede Dominique Villepin vor der Humboldt-Universität Berlin am 18.1. 2006: [http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/villepin\\_humboldt1-2.pdf](http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/villepin_humboldt1-2.pdf), [Stand: 28.2. 2007], S. 8

<sup>343</sup> Vgl. ibd. S. 9

<sup>344</sup> Ibid., S. 7

<sup>345</sup> Vgl. Jacob, Antoine: M. de Villepin, S. 8

<sup>346</sup> Merkel verteidigt Chirac: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,396911,00.html> [Stand: 23.1. 2007]

Meinung nach in der Kontinuität der bisherigen französischen Nuklearpolitik stünde.<sup>347</sup> Die trilaterale Zusammenarbeit des Weimarer Dreiecks, welche durch die gespaltene europäische Lage im Zuge des Irak-Krieges 2003 lahm gelegt wurde, sollte schließlich unter der neuen Kanzlerin wiederbelebt werden. Als Gastgeberin lud Angela Merkel den französischen und polnischen Präsidenten zum 7. Weimarer Gipfel im Juli 2006 nach Weimar ein. Aufgrund der Verhinderung des polnischen Präsidenten wurde der Weimarer Gipfel auf den 5.12.2006 verschoben, wo er dann im Anschluss an ein Blaesheim-Treffen in Mettlach stattfand. Entgegen der Befürchtungen des Politologen Alfred Grosser, zeigte sich in Mettlach, dass das Weimarer Dreieck nicht „tot“<sup>348</sup> ist. Nach wie vor besteht also auf allen drei Seiten das Interesse zur gemeinsamen Zusammenarbeit. Dies betonten alle drei Staats- bzw. Regierungschefs in ihrem vorab ausgehandelten gemeinsamen Kommuniqué. Neben europapolitischen Themen, aktuellen internationalen Fragestellungen und Gesprächen über die trilaterale Partnerschaft beschlossen die Bundeskanzlerin und die zwei Staatspräsidenten sich zukünftig auch mit globalen Themen wie dem organisierten Verbrechen, Umweltzerstörung, negativen demographischen Tendenzen sowie Migration auseinander zu setzen. Zudem zeigte die trilaterale Initiative einer „Weimarer Battle Group“<sup>349</sup>, die eine multinationale Einsatztruppe darstellt und in Krisenregionen eingesetzt werden soll, dass die Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks erfolgreich war.

Ein weiteres Ergebnis der gemeinsamen deutsch-französischen Initiativen stellt das im Juli 2006 im Handel erschienene deutsch-französische Geschichtsbuch dar, das die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute umfasst. Die Idee eines gemeinsamen Geschichtsbuches entstand im deutsch-französischen Jugendparlament im Zuge des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages. Dieses Projekt besitzt also eine große Symbolkraft für beide Länder. Es zeigt, wie weit eine enge, bilaterale Zusammenarbeit mit einem gemeinsamen Willen gehen kann.

---

<sup>347</sup> Ibd.

<sup>348</sup> Vgl. Standke, Klaus-Heinrich: 15 Jahre Weimarer Dreieck: Ein Rückblick auf das Zweite Weimarer Gipfeltreffen in Deutschland: [http://www.weimarer-dreieck.com/pdf/Gipfeltreffen\\_2006/7\\_Weimarer\\_Gipfel\\_in\\_Mettlach\\_5\\_12\\_2006\\_x.pdf](http://www.weimarer-dreieck.com/pdf/Gipfeltreffen_2006/7_Weimarer_Gipfel_in_Mettlach_5_12_2006_x.pdf), [Stand: 24.1. 2007], S. 4

<sup>349</sup> Ibd., S. 5

## 4 Schlusswort

Sinn und Zweck der vorliegenden Untersuchung war es, anhand der einzelnen Kontinuitäts- und Wandlungsmomente eine Aussage über die Kontinuität und den Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen auf europa-, sicherheits- und außenpolitischer Ebene seit 1990 treffen zu können.

Auf der einen Seite erlebten die deutsch-französischen Beziehungen einen grundlegenden Wandel seit der deutschen Wiedervereinigung, denn mit ihr wurde der bilateralen Zusammenarbeit ihre Grundlage entzogen, auf der sie seit dem Zweiten Weltkrieg beruhte. Daher erforderte sie von Deutschland und Frankreich eine Neudefinition ihrer Beziehungen. Diese erfolgte z.B. über neue Maßnahmen, die beide Länder im Zuge des europäischen Wandels, der mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes einherging, ergriffen. Genannt seien hier das neue Projekt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Anfang der 90er Jahre und deren Fortentwicklung durch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik Ende der 90er Jahre sowie die Gründung des Weimarer Dreiecks. Ein weiteres Indiz für den Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen ist die Krise, die beide Partner in den 90er Jahren auf europa- bzw. sicherheitspolitischer Ebene erlitten. Sie fand schließlich ihren Höhepunkt in den Verhandlungen zum Vertrag von Nizza 2000, welcher gleichzeitig einen Tiefpunkt in der bilateralen Zusammenarbeit darstellte. Deutschland- und Frankreichexpertin Ulrike Guérot zog daraus folgende Schlussfolgerung:

„Die deutsch-französische Krise vor und während der Verhandlungen zum Vertrag von Nizza ist gerade deshalb entstanden, weil das Tandem über den gesamten Zeitraum der neunziger Jahre gleichsam von schleichender Erosion befallen war, die zuletzt nur noch mühsam – mit politischer Rhetorik zugekleistert wurde.“<sup>350</sup>

Diese „schleichende Erosion“ lässt sich hauptsächlich auf die unterschiedlichen deutschen und französischen Europakonzeptionen zurückführen, die natürlich von einer starken Interessensdivergenz geprägt waren. Ebenso verhält es sich mit den sicherheitspolitischen Konzeptionen, denn Frankreichs nationale Ziele orientieren sich z.B. in erster Linie an der „Beibehaltung seines vermeintlichen Ranges als dritte Weltmacht und seiner Verteidigungsautonomie durch Bewahrung des Nuklearstatus“.<sup>351</sup> Dies wurde vor allem an den deutsch-französischen Streitigkeiten bezüglich der Osterweiterung deutlich, da Frankreich ihr grundsätzlich reservierter gegenüberstand als Deutschland. Dass

---

<sup>350</sup> Guérot, Ulrike: Leerlauf im deutsch-französischen Tandem. Hat es noch eine Existenzberechtigung?, In: Internationale Politik 1/2002, S. 33

<sup>351</sup> Pöthig, Charis: Frankreichs Politik – Teil 2, S. 136

eine Neudefinition der Beziehungen für beide Partner auch in außenpolitischer Hinsicht anfangs schwer zu bewältigen war, zeigte die fehlende bzw. mangelhafte Zusammenarbeit in den Krisenregionen Golf und Balkan sowie die Interessensdivergenz hinsichtlich der Ostpolitik.

Auf der anderen Seite manifestierte der bei beiden Partnern bestehende Wille zur gemeinsamen Zusammenarbeit die Kontinuität in den deutsch-französischen Beziehungen. Deutsch-französische Initiativen auf europäischer und sicherheitspolitischer Ebene, wie der Schaffung des Eurokorps, sind ein Ausdruck dafür, dass beide Partner auch in militärischer Hinsicht weiterhin zu kooperieren bereit sind. Dass das deutsch-französische Tandem die Anfangsschwierigkeiten in der Zusammenarbeit in Krisenregionen erfolgreich bewältigt hatte, zeigte die Kooperation im Kosovo 1999 und im Irak-Krieg 2003, in dem beide Partner eine starke Interessenskonvergenz vorwiesen. Aber auch unter der neuen Bundeskanzlerin Angela Merkel lässt sich im Wesentlichen eine Fortführung der Europa-, Sicherheits- und Außenpolitik der Vorgängerregierungen konstatieren. Jedoch unterscheidet sich ihr Politikstil beispielsweise gegenüber dem ihres Vorgängers Gerhard Schröder. Dies zeigt sich an der Tatsache, dass die Interessenskonvergenz zwischen dem französischen Präsidenten und der neuen Bundeskanzlerin nicht so stark zu sein scheint, wie zwischen Schröder und Chirac. Denn aufgrund des Willens der Bundeskanzlerin, die kleineren europäischen Staaten in Zukunft stärker mit einzubeziehen und der trilateralen Kooperation im Weimarer Dreieck wieder Aufmerksamkeit zu schenken, verleiht sie den deutsch-französischen Beziehungen keine Exklusivität.

Darüber hinaus konnte anhand der Untersuchung der bilateralen Beziehungen seit 1990 bis heute festgestellt werden, dass vor allem durch die Wiedervereinigung aber auch im Zuge einiger anderer Ereignisse im europa-, sicherheits- und außenpolitischen Bereich, den deutsch-französischen Beziehungen Wahrnehmungsmuster zugrunde liegen, die die Politik beider Regierungen beeinflusst haben. In diesem Kontext ist besonders das französische Wahrnehmungsmuster auffällig, das in einer Angst vor einer neuen deutschen Übermacht in Europa besteht. Diese war gleichermaßen von dem Verdacht begleitet, dass Deutschland den Wunsch nach Neutralität hegen würde, welcher sich in Sonderabkommen zwischen Deutschland und den postkommunistischen Staaten Osteuropas realisieren könnte. Deutschland versuchte diesen Ängsten zu begegnen, indem es den Akzent seiner Politik auf



einen starken Willen zur Einbindung legte. Gleichzeitig versuchte es damit Rücksicht auf seine Partner vor allem auf europäischer Ebene zu nehmen. Sicherlich mag es verständlich sein, dass Frankreich gewisse Ängste gegenüber dem neuen Deutschland entwickelte oder besser gesagt, im Vergleich zu der Zeit vor 1990 immer noch hatte. Denn die französischen Ängste gründeten auf Erfahrungen, die Frankreich mit Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts bis ins 20. Jahrhundert hinein gemacht hatte. Die Entstehung von Feindbildern zwischen beiden Nationen im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, im Ersten sowie im Zweiten Weltkrieg ist nur ein Erklärungsversuch für die Entwicklung solcher Wahrnehmungsmuster. Ein anderer Ansatz wäre die kulturelle Unterschiedlichkeit beider Länder. Meiner Meinung nach wirken die französischen Ängste ein wenig übertrieben, denn Deutschland hatte Frankreich während und nach der Wiedervereinigung keinen Anlass dazu gegeben, zu befürchten, dass es sich wieder aus dem europäischen Verbund lösen und seine eigene nationale Politik unabhängig von seinen europäischen Partnern führen möchte. Eher das Gegenteil war der Fall. Die Bundesrepublik zeigte stets großes Interesse und befürwortete ihre stärkere Einbindung in die Europäische Gemeinschaft. Das Schäuble-Lamers-Papier sei hier nur ein Beispiel, das genannt werden kann, denn es war grundlegend von einem föderalistischen Konzept Europas geprägt und wollte den klassischen Nationalstaat überwinden. Dass Deutschland mit der Verwirklichung dieses Konzeptes auch an nationaler Souveränität zugunsten der europäischen Einigung verlieren würde, liegt auf der Hand. Der Punkt ist jedoch, dass Frankreich föderalistische Konzepte für Europa nur so lange befürwortet, wie sie Deutschland machtpolitisch unter Kontrolle halten. In dem Moment, wo Frankreich sich selbst einbinden und von dem Gedanken eines souveränen Nationalstaates Abschied nehmen müsste, gerät es in Konflikt mit seinen machtpolitischen Interessen einerseits und seiner nationalstaatlichen Überzeugung andererseits. Die Tatsache, dass Deutschland seit 1990 von Frankreich gleichermaßen verlangt, sich selbst auch stärker auf europäischer Ebene einzubinden, belegt zum einen, dass es versucht, sein föderalistisches Konzept in europäischer Hinsicht durchzusetzen. Zum anderen zeigt es aber auch, dass auf deutscher Seite ein Unverständnis für französische Traditionen und Werte vorherrscht, da Frankreich durch sein Festhalten an der nationalstaatlichen Souveränität, welche fester Bestandteil der französischen kulturellen Identität ist, seinen Großmachtstatus aufrecht zu erhalten versucht.

Obwohl sich die Beziehungen in vielerlei Hinsicht gewandelt haben, sind sie in ihren Grundfesten nicht erschüttert worden. Ebenso manifestierte sich, dass die gegenseitige Wahrnehmung von Unterschieden gekennzeichnet war, was weiterhin einer intensiven Auseinandersetzung bedarf. Dass sich in den deutsch-französischen Beziehungen diesbezüglich ein erster Ansatz erkennen lässt, zeigt der von Bundeskanzler Schröder und Präsident Chirac initiierte Blaesheim-Prozess, der genau diese Art von Interessensdivergenzen und kulturell bedingtem Unverständnis reduzieren soll.

## 5 Kontinuität oder Wandel ? – Ein Ausblick

Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen in der Europa-, Sicherheits- und Außenpolitik seit 1990 bis heute zeigte, dass sich beide Partner in den 90er Jahren in einer Phase des Wandels befanden, die sich schließlich 2001 in eine Phase der Kontinuität transformierte, welche bis zum französischen Veto gegen den EU-Verfassungsvertrag anhielt.<sup>352</sup> Mit der Ablehnung des Vertrages wurde nicht nur eine Krise auf europäischer Ebene ausgelöst, sie konfrontierte das ‚couple franco-allemand‘ auch erneut mit den anstehenden Reformschritten in der Europäischen Union, die eine Auseinandersetzung um die europäische Zukunft notwendig machte. Im Zuge der derzeit laufenden deutschen Ratspräsidentschaft steht dieses Thema daher wieder im Vordergrund der Gespräche zwischen deutschen und französischen Regierenden. Denn die deutsche Bundesregierung hat sich während ihrer Ratspräsidentschaft in erster Linie zum Ziel gesetzt, den Verfassungsprozess fortzuführen.<sup>353</sup> Inwiefern Frankreich sich in diesem Zusammenhang verstärkt daran beteiligen wird oder nicht, bleibt vor dem Hintergrund der französischen Präsidentschaftswahlen, die im Mai 2007 stattfinden werden, abzuwarten. Denn eines ist sicher, mit den Präsidentschaftswahlen wird es wie vor zwei Jahren in Deutschland einen erneuten Partnerwechsel in den deutsch-französischen Beziehungen geben, diesmal aber auf französischer Seite. Die Tatsache, dass Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy genau wie Angela Merkel einer konservativen Partei angehört, lässt vermuten, dass beide eine höhere Interessenskonvergenz aufweisen als die sozialdemokratische Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal und die konservative Bundeskanzlerin. Bei dem Besuch Royals in Berlin Anfang März 2007 sicherte sie jedoch der Bundeskanzlerin zu, dass sie sich „im Falle ihres Wahlsieges Mitte Mai für eine zügige Wiederaufnahme der Beratungen über die europäische Verfassung einsetzen“<sup>354</sup> würde. Dies wäre eine gute Voraussetzung dafür, dass das deutsch-französische Tandem seine dynamische Antriebskraft wieder im europäischen Integrationsprozess einsetzt, um die europäische Krise zu beenden. Ebenso sprach sie sich im Zuge der seit einigen Monaten vor-

---

<sup>352</sup> Vergleiche hierzu die graphische Darstellung zu Kontinuität und Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen seit 1990 in der Einleitung von Kapitel 2

<sup>353</sup> Präsidentschaftsprogramm der Bundesregierung: „Europa gelingt gemeinsam“: <http://www.eu2007.de/includes/Downloads/Praesidentschaftsprogramm/EU-P-AProgr-d-2911.pdf>, [Stand: 8.3. 2007], S. 4

<sup>354</sup> Guay, Bertrand: Kandidatin trifft Kanzlerin, In: Frankfurter Rundschau vom 7.3.2007, S. 1

herrschenden Airbus-Debatte, die die deutsch-französischen Beziehungen derzeit belastet, für ein Engagement des Erhaltes von französischen Arbeitsplätzen aus. Es bleibt daher fraglich, inwiefern diese Aussagen etwaige Floskeln beinhalten, die vor allem dem Wahlkampf der Präsidentschaftskandidatin dienlich sein könnten. Fest steht jedenfalls, dass der anstehende Partnerwechsel Auswirkungen auf die Intensität der bilateralen Beziehungen haben wird, jedoch hat die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen seit 1990 gezeigt, dass die Konstellation der Regierenden beider Länder zwar zu einer stärkeren bzw. schwächeren Interessenskonvergenz bzw. Interessensdivergenz führen kann, sie aber dennoch die Beziehung im allgemeinen nicht in Frage gestellt hat oder zu einem „Bruch“ in den Beziehungen geführt hätte. Der Grund dafür ist, dass Deutschland und Frankreich zwei wichtige politische Akteure auf europäischer, aber auch auf sicherheits- und außenpolitischer Ebene sind. Sicherlich wird die Beziehung auch in Zukunft von Kontinuität und Wandel geprägt sein, durch die enge Verflechtung im europäischen multilateralen Bündnis ist jedoch meiner Ansicht nach ein „Bruch“ auszuschließen.

Darüber hinaus stellt sich weiterhin die Frage, wie Deutschland und Frankreich in Zukunft mit ihren unterschiedlichen Europa- und Sicherheitskonzeptionen umgehen werden. Aufgrund der Tatsache, dass diese Unterschiede vor allem auch kulturell bedingt sind, ist es meiner Meinung nach sehr wahrscheinlich, dass die deutsch-französischen Beziehungen auch weiterhin Interessensdivergenzen in unterschiedlicher Intensität aufweisen werden. Da kulturelle Unterschiede zwischen zwei Ländern, die gleichzeitig auch wichtige Partner für einander sind, nicht so einfach überwunden werden können, bleibt Deutschland und Frankreich nichts anderes übrig, als nach einem Weg zu suchen, mit ihnen umgehen zu lernen. Dies würde einerseits ein interkulturelles Verständnis bei beiden Partnern voraussetzen, das in erster Linie darin bestehen müsste, den anderen so zu akzeptieren wie er ist. Andererseits wird das deutsch-französische Gewicht und dessen Exklusivität in einer immer größer werdenden EU relativiert und die Zusammenarbeit zwischen allen Mitgliedstaaten immer wichtiger. Die Tatsache, dass Angela Merkel seit ihrem Regierungsantritt sich stärker in europapolitischer Hinsicht für die kleineren EU-Mitgliedsstaaten einsetzt, ist ein Beleg für die sich verändernde Situation in der Europäischen Union. Wenn Deutschland und Frankreich ihrer Motorrolle auf europäischer Ebene weiterhin gerecht werden wollen, sollten sie also nicht wie unter Chirac und Schröder nationale Interessenpolitik betreiben und darauf hoffen, dass

ihnen die anderen Länder folgen werden, denn das wird in einer Gemeinschaft von 27 Ländern mit Argwohn betrachtet. Beide Partner sollten vielmehr versuchen ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht so in die EU zu integrieren, dass es im Sinne des großen Ganzen geschieht, ohne dabei auf nationalen Konzepten zu beharren und die kulturellen Unterschiede außen vor zu lassen. Nur so werden beide Länder ihre Möglichkeiten in europa-, sicherheits- und außenpolitischer Hinsicht sinnvoll ausschöpfen können.

## 6 Abkürzungen

CDU	→	Christlich Demokratische Union
DDR	→	Deutsche Demokratische Republik
EG	→	Europäische Gemeinschaft
ENA	→	Ecole nationale d'administration
ESVP	→	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	→	Europäische Union
EWG	→	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EURATOM	→	Europäische Atomgemeinschaft
FDP	→	Freie Demokratische Partei
GASP	→	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
IFOR	→	International Fellowship of Reconciliation
KSZE	→	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MOE-Staaten	→	mittelosteuropäische Staaten
MOL	→	mittelosteuropäische Länder
NATO	→	North Atlantic Treaty Organization
OSZE	→	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
SACEUR	→	Supreme Allied Commander Europe
SPD	→	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UNO	→	United Nations Organization
WEU	→	Westeuropäische Union
WWU	→	Wirtschafts- und Währungsunion

## 7 Bibliographie

### Primärquellen:

- Das Dokument: 17. Blaesheim-Treffen in Genshagen: „Wir sind uns vollkommen einig.“ Gemeinsame Pressekonferenz von Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder, 9. Februar 2004 In: Dokumente, Heft 2/2004
- Chirac, Jacques: Neue Perspektiven der deutsch-französischen Beziehungen, In: Dokumente, Heft 4/1992
- Dokumentation: Deutsch-Französische Europainitiativen: Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages, Paris, 22.1.2003, In: Dokumente, Heft 2/2003
- Der Elysée-Vertrag von 1963. Gemeinsame Erklärung zum 22. Januar 1963, In: Defrance, Corine/Pfeil, Ulrich: Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945-1963-2003, München, Oldenbourg Verlag, 2005
- Kohl, Helmut: Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, abgegeben von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 8. November 1989, In: Kaiser, Karl: Deutschlands Vereinigung – Die internationalen Aspekte, Bergisch Gladbach, Bastei Lübbe, 1991

### Internetquellen:

- Interview mit Henrik Uterwedde: [http://www.arte.tv/de/geschichte-gesellschaft/archivs/Tag\\_20der\\_20deutsch-franz\\_C3\\_B6sischen\\_20Freundschaft/754574,CmC=1094642.html](http://www.arte.tv/de/geschichte-gesellschaft/archivs/Tag_20der_20deutsch-franz_C3_B6sischen_20Freundschaft/754574,CmC=1094642.html), [Stand: 23.1.2007]
- Koalitionsvertrag der CDU/SPD: <http://www.cdusu.de/upload/koavertrag0509.pdf>, [Stand: 28.2.2007]
- Präsidentschaftsprogramm der Bundesregierung: „Europa gelingt gemeinsam“: <http://www.eu2007.de/includes/Downloads/Praesidentschaftsprogramm/EU-P-AProgr-d-2911.pdf>, [Stand: 8.3. 2007]
- Regierungserklärung Angela Merkel am 30.11.2005: [http://www.cdu.de/doc/pdf/05\\_11\\_30\\_Regierungserklaerung\\_Merkel.pdf](http://www.cdu.de/doc/pdf/05_11_30_Regierungserklaerung_Merkel.pdf), [Stand: 28.2.2007]
- Rede Dominique Villepin vor der Humboldt-Universität Berlin am 18.1.2006: [http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/villepin\\_humboldt1-2.pdf](http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/villepin_humboldt1-2.pdf), [Stand: 28.2.2007]

## Sekundärquellen:

- Ackermann, Ulrike: Ein samtener Vorhang vor der Osterweiterung?, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/2001
- Alecu de Flers, Nicole/Göler, Daniel: Eine europäische Verfassung? Deutsche und französische Konzeptionen zwischen Intergouvernementalismus und Supranationalismus, In: Dokumente, Heft 5/2002
- Arnold, Hans: Die Europäische Union zwischen Maastricht und Maastricht-Revision, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4/1995
- Asholt, Wolfgang/Kolboom, Ingo: Frankreich und das vereinte Deutschland. Ein Rückblick nach vorn, In: Europa-Archiv, Folge 7, 1992
- Baas, Norbert: Das Weimarer Dreieck. Von regionaler Kooperation zu europäischer Integration, In: Internationale Politik, Heft 11/1999
- Becker, Peter: Verflogene Euphorie – Die Bilanz der Osterweiterung, In: Integration, Heft 4/2004
- Bildt, Carl: Hat Europa aus Bosnien gelernt? Schlussfolgerungen für die europäische Außenpolitik, In: Internationale Politik, Heft 7/1997
- Bitsch, Marie-Thérèse: La dimension européenne de l'unification allemande, In: Revue d'Allemagne, Heft 1-1999
- Bock, Hans Manfred: Wechselseitige Wahrnehmung als Problem der deutsch-französischen Beziehungen, In: Frankreich-Jahrbuch, 1995
- Brok, Elmar: Die deutsch-französische Zusammenarbeit. Im Licht der Ergebnisse des Europäischen Verfassungskonvents, In: Dokumente Heft 5/2003
- Colard, Daniel: Frankreich und die Atlantische Allianz, In: Dokumente, Heft 5/1998
- Colard, Daniel: Frankreichs Diplomatie und die Golfkrise, In: Dokumente, Heft 2/1991
- Colombani, Jean-Marie/Solé, Robert: Un entretien avec René Lenoir – „Dans un pays comme la France, affaiblir l'Etat c'est affaiblir la citoyenneté“, In: Le Monde vom 11.2.1992
- David, Dominique: Paris, Bonn, Moscou: un triangle pour l'Europe, In: Stark, Hans (Hrsg.): Agir pour l'Europe. Les relations franco-allemandes dans l'après-guerre froide, Paris, Masson, 1995
- Diedrichs, Udo/Wessels, Wolfgang: Die Europäische Union in der Verfassungsfalle? Analysen, Entwicklungen und Optionen, In: Integration, Heft 4/2005
- Duhamel, Alain: Le désarroi français, Paris, Plon, 2003



- Ehrhart, Hans-Georg: Von der GASP zur GEVP? Das deutsch-französische Sicherheits- und Verteidigungskonzept, In: Dokumente, Heft 2/1997
- Der Elysée-Vertrag von 1963. Gemeinsame Erklärung zum 22. Januar 1963 in: Defrance, Corine/Pfeil, Ulrich: Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945-1963-2003, München, Oldenbourg Verlag, 2005
- Frisch, Alfred: Frankreich, Europa und der Osten. Betrachtungen zu einem Pariser Kolloquium, In: Dokumente, Heft 2/1991
- Froehly, Jean-Pierre: Mitterrand und die deutsche Vereinigung. Annäherungsversuch an den Kern der Debatte, In: Dokumente, Heft 6/1998
- Froehly, Jean-Pierre: Deutschland-Frankreich-Russland: Strategische Partner für Europa, In: Dokumente, Heft 6/2000
- Froehly, Jean-Pierre: Neue Freundschaft? Die Überwindung europapolitischer Divergenzen zwischen Berlin und Paris, In: Internationale Politik, Heft 7/2001
- Guay, Bertrand: Kandidatin trifft Kanzlerin, In: Frankfurter Rundschau vom 7.3.2007
- Guérot, Ulrike: Nizza – Zur Genese eines unnötigen Psycho-Dramas, In: Dokumente, Heft 1/2001
- Guérot, Ulrike: Leerlauf im deutsch-französischen Tandem. Hat es noch eine Existenzberechtigung?, In: Internationale Politik, Heft 1/2002
- Göler, Daniel/Schild, Joachim: Reformperspektiven der EU nach Nizza. Konferenzbericht zur deutsch-französischen Konferenz am 5./6. Juli 2001 in Berlin, In: Dokumente, Heft 6/2001
- Hacke, Christian: Deutschland, Europa und der Irakkonflikt, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24-25/2003
- Hacke, Christian: Deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 43/2006
- Hänsch, Klaus: Maximum des Erreichbaren – Minimum des Notwendigen? Die Ergebnisse von Nizza, In: Integration, Heft 2/2001
- Hellmann, Gunther: Eine Flucht nach vorn ohne Ende? Die deutsch-französische Achse und die Vertiefung der europäischen Integration, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/97
- Hippler, Jochen: Die Folgen des 11. September 2001 für die internationalen Beziehungen, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4/2004
- Hofmann, Klaus: Frankreich und sein deutsches Trauma, In: Dokumente, Heft 1/1990
- Höhne, Roland: Frankreich und die deutsche Einheit – Die Reaktion der Öffentlichkeit auf den Wiedervereinigungsprozess im Jahre 1989/90, In: Lendemains, Heft 62/1991

- Höhne, Roland: Frankreich im Golfkonflikt: Das Scheitern einer Ambition, In: Lendemains, Heft 63/1991
- Jachtenfuchs, Markus: Die EG und Maastricht. Das Subsidiaritätsprinzip und die Zukunft der Integration, In: Europa-Archiv, Folge 10, 1992
- Jacob, Antoine: M. de Villepin et Mme Merkel évitent les sujets qui fâchent, In: Le Monde vom 20.1.2006
- Jopp, Mathias/S-Kuhle, Gesa: Wege aus der Verfassungskrise – die EU nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden, In: Integration, Heft 3/2005
- Kaiser, Karl: Deutschlands Vereinigung – Die internationalen Aspekte, Bergisch Gladbach, Bastei Lübbe, 1991
- Kamp, Karl-Heinz: Ein Spaltpilz für das Atlantische Bündnis? Das deutsch-französische „Eurokorps“, In: Europa-Archiv, Folge 15-16, 1992
- Kamp, Karl-Heinz: Die Zukunft der deutsch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2003
- Kimmel, Adolf: Frankreich und Europa nach Jalta: Welche Rolle, welcher Rang?, In: Frankreich-Jahrbuch, 1992
- Kirste, Knut: Rollentheorie und Außenpolitikanalyse – Die USA und Deutschland als Zivilmächte, Frankfurt/M., Peter Lang Verlag, 1998
- Klein, Paul/Lippert, Ekkehard: Die Deutsch-Französische Brigade – ein Modell? Einige Erkenntnisse und Erfahrungen nach zwei Dienstjahren, In: Dokumente, Heft 5/1991
- Kolboom, Ingo: Vom geteilten zum vereinten Deutschland. Deutschland-Bilder in Frankreich, In: Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, 61, Europa Union Verlag, Bonn, 1992
- Kolboom, Ingo: Deutschland-Frankreich-Polen. Das Weimarer Dreieck: Lust oder Frust zu dritt?, In: Dokumente, Heft 1/1997
- Koopmann, Martin: Auf dem Weg zum Elysée. Die pragmatische Profilierungspolitik des Senkrechtstarters Nicolas Sarkozy, In: Internationale Politik, 11-12/2004
- Koslowski, Gerd: Bosnien: Scheitern der Institutionen und Mächtebalance in Europa, In: Außenpolitik, Heft 47/1996
- Kraft, Daniel: Zur Zukunft der EU angesichts der bevorstehenden Erweiterung, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B15/2001
- Küsters, Hanns Jürgen: Die deutsche Einheit 1989/90. Der diplomatische Prozess in: Pelletier, Nicole/Mondot, Jean (Hrsg.) La chute du Mur de Berlin, Pessac, Presses Universitaires de Bordeaux, 2004

- Langguth, Gerd: Ein starkes Europa mit schwachen Institutionen? Die europapolitische Agenda zur Regierungskonferenz 1996, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/1996
- Lamassoure, Alain: „Das Europa, das wir brauchen“, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.12.1994
- Lévy, Bernard-Henri: „Die Dämonen kehren wieder“, In: Der Spiegel, Heft 14/1990
- Loth, Wilfried: Die zweite Chance. Die deutsch-französischen Beziehungen nach der deutschen Einheit, In: Frankreich-Jahrbuch, 1992
- Lüsebrink, Hans-Jürgen: Mittelmeernation Frankreich? Zum Verhältnis von „Politique arabe“ und Europapolitik im heutigen Frankreich, In: Frankreich-Jahrbuch, 1992
- Lüsebrink, Hans-Jürgen: Einführung in die Landeskunde Frankreichs, Stuttgart, Verlag J.B. Metzler, 2003
- Manfrass-Sirjacques, Françoise: Frankreichs Ringen um ein neues Verhältnis zur NATO, In: Lendemains, Heft 64/1991
- Manfrass-Sirjacques, Françoise: Deutschland-Frankreich-Europa-USA. Die Verlagerung der Gewichte und das französische Tauziehen, In: Dokumente, Heft 4/1992
- Manfrass-Sirjacques, Françoise: Frankreichs Reaktionen auf die Irak-Politik der USA, In: Pradetto, August (Hrsg.): Internationale Reaktionen auf die Irak-Politik der USA 2002, Studien zur internationalen Politik, Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg, 2003
- Manfrass, Klaus: Das deutsch-französische Verhältnis nach der historischen Zäsur des Jahres 1989, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/97
- Marhold, Hartmut: Deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel 2005, In: Integration, Heft 1/2006
- Menyesch, Dieter/Uterwedde, Henrik: Frankreich – Deutschland. Der schwierige Weg zur Partnerschaft in: Politik kurz und aktuell, Nr. 21, Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, 1988
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Der Amsterdamer Vertrag zur Reform der Europäischen Union. Ergebnisse, Fortschritte, Defizite, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B47/97
- Nies, Susanne: Deutschland-Frankreich-Osteuropa. Historische Dimensionen und neue Optionen, In: Dokumente, Heft 3/2004
- Nowina-Konopka, Piotr: Grundfragen der Europadebatte nach der Osterweiterung. Welches Europa wollen die „alten“ und die „neuen“ Europäer?, In: Dokumente, Heft 3/2004
- Oppeln, Sabine von: Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa – das Ende einer privilegierten Beziehung?, In: Lendemains, Heft 89/1998

- Oppeln von, Sabine: Das Projekt Europa. Im Spiegel der französischen Verfassungsdebatte, In: Dokumente, Heft 3/2005
- Pfeiffer, Susanne: Verwirrspiel oder Absicht? Mitterands komplexe Diplomatie im deutschen Einigungsprozess, In: Dokumente, Heft 1/1998
- Piazzolo, Daniel: Entwicklungsunterschiede innerhalb einer erweiterten EU. Herausforderungen und Chancen, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B1-2/2002
- Picht, Robert: Welches Europa soll es sein? Unterschiedliche Wahrnehmungsmuster deutscher und französischer Europapolitik, In: Frankreich-Jahrbuch, 1995
- Piepenschneider, Melanie: Der Amsterdamer Vertrag: Eine versöhnliche Bilanz, In: Dokumente, Heft 5/1997
- Pippan, Christian: Die Europäische Union nach Amsterdam: Stärkung ihrer Identität auf internationaler Ebene? Zur Reform der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/97
- Pöthig, Charis: Frankreichs Politik und Präsenz in den mittel- und osteuropäischen Staaten seit Ende des Kalten Krieges – Teil 1, In: Lendemains Heft 80/1995
- Pöthig, Charis: Frankreichs Politik und Präsenz in den mittel- und osteuropäischen Staaten seit Ende des Kalten Krieges – Teil 2, In: Lendemains Heft 81/1996
- Pradetto, August: Nationalstaat und transnationale Organisationen in der europäischen Sicherheitsstruktur, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/2000
- Rathbun, Brian C.: The French Exception? Presidential Prerogatives and the Public and Private Politics of Intervention, In: Rathbun, Brian C.: Partisan Interventions European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans, Ithaca, 2004
- Rathbun, Brian C.: Never Again War? The Interparty and Intraparty Politics of Normalization in Germany, In: Rathbun, Brian C.: Partisan Interventions European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans, Ithaca, 2004
- Riegelsberger, Elfriede: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, In: Jahrbuch der Europäischen Integration, 1992/1993
- Risse, Thomas: Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/2004
- Ritzenhofen, Medard: Europa zwischen Berlin und Balkan, In: Dokumente, Heft 2/1999
- Ritzenhofen, Medard: Die doppelte Herausforderung. Deutschland, Frankreich und der Irak-Krieg der USA, In: Dokumente, Heft 2/2003
- Rosenzweig, Luc: L'Allemagne, puissance protectrice des Slovènes et des Croates, In: Le Monde vom 4. 7. 1991

- Rothacher, Alfred: Die EU 25. Chancen, Risiken und politische Folgen der Osterweiterung, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B5-6/2004
- Rozenblum, Serge-Allain: Die jugoslawische Herausforderung, In: Dokumente, Heft 5/1992
- Sauder, Axel: Souveränität und Integration. Französische und deutsche Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges, Baden-Baden, Nomos, 1995
- Sauder, Axel: Trilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit: Polen, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, In: Dokumente, Heft 6/1994
- Sauder, Axel: Integration und Souveränität: Paradigmen der deutschen und französischen Sicherheitspolitik, In: Frankreich-Jahrbuch, 1995
- Sauder, Axel: Realismus statt Vision. Bonn und Paris bleiben aufeinander angewiesen, In: Internationale Politik, Heft 9/1995
- Sauder, Axel: Alles neu macht der Mai? Die Zukunft der deutsch-französischen Sonderbeziehung, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1995/96
- Schild, Joachim: Das Eurokorps – ein deutsch-französischer Irrweg?, In: Lendemains, Heft 68/1992
- Schild, Joachim: Höhen und Tiefen einer privilegierten Sonderbeziehung, In: Frankreich-Jahrbuch, 2003
- Schild, Joachim: Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum, In: Integration, Heft 3/2005
- Schilling, Walter: Deutschland und Frankreich. Hinter der Partnerschaft tiefgreifende Differenzen, In: Liberal, 6/2003
- Schmalz, Uwe: Aufbruch zu neuer Handlungsfähigkeit: Die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter deutscher Ratspräsidentschaft, In: Integration, Heft 3/1999
- Schmuck, Otto: Die EU-Regierungskonferenz 1996: Zum Stand der Reformdebatte, In: Integration Heft 2/1995
- Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München, Verlag C.H. Beck, 1999
- Schönfelder, Wilhelm/Silberberg, Reinhard: Auf dem Weg zum Ziel. Die Ergebnisse des Vertrags von Amsterdam, In: Internationale Politik, Heft 11/1997
- Schoutete, Philippe de: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der Politischen Union: Machtzuwachs und politische Verantwortung, In: Integration, Heft 1/1991
- Schütze, Walter: Frankreich angesichts der deutschen Einheit, In: Europa-Archiv, Folge 4, 1990

- Schütze, Walter: Frankreich und die Lehren des Golfkrieges: Neuorientierung der Verteidigungspolitik, In: Frankreich-Jahrbuch, 1992
- Standke, Klaus-Heinrich: Zwischen Irak-Krise und ESVP: Was wird aus dem Weimarer Dreieck? 5. Gipfeltreffen in Breslau, 9. Mai 2003 – Eine kritische Bewertung, In: Dokumente, Heft 3/2003
- Stark, Hans: Frankreich und der Osten Europas, In: Frankreich-Jahrbuch, 1992
- Stark, Hans: Was sagt der Jugoslawien-Konflikt über Frankreichs Ostpolitik?, In: Dokumente, Heft 2/1992
- Süssmuth, Hans: Kontinuitäten im Wandel – Deutschlandbilder in Ost- und Westeuropa, In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Band 26, 1997
- Toulemon, Robert: Kerneuropa-Deutsch-Französische Aktionsgemeinschaft in Sicht?, In: Integration, Heft 1/1995
- Tréan, Claire: „En terminer avec la brouille franco-allemande“, In: Le Monde vom 21.3.1990
- Uterwedde, Henrik: Europa und die „soziale Malaise“ der Franzosen, In: Dokumente, Heft 3/2005
- Vaillant, Jérôme: Le „Triangle de Weimar“ : Un modèle de relation trilatérale ?, In: Allemagne Aujourd'hui, Nr. 171, 2005
- Varwick, Johannes/Woyke, Wichard: NATO 2000. Transatlantische Sicherheit im Wandel, Leske und Budrich, Opladen, 1999
- Vernet, Daniel: Ungewissheiten in der Europa-Politik. Neue deutsch-französische Entscheidungsträger, In: Internationale Politik, Heft 9/1998
- Vernet, Daniel: Eine neue Daseinsberechtigung für das Dreieck, In: Dokumente Heft 3/2002
- Vernet, Daniel: Passé paradoxal et avenir mythique, In: Documents. Revue des questions allemandes, Heft 1/2003
- Vogel, Wolfram: Der Elysée-Vertrag. Die Zukunftsfähigkeit eines historischen acquis. Fünf Thesen, In: Dokumente, Heft 6/2002
- Wagner, Wolfgang: Acht Lehren aus dem Fall Jugoslawien, In: Europa-Archiv, Folge 2, 1992
- Wallace, William: Bilateralismus und Europäische Integration: die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Kalten Krieg, In: Frankreich-Jahrbuch, 1992
- Watrin, Konrad: Keine Feigheit vor dem amerikanischen Freund. Deutschland und Frankreich im Irak-Krieg: Keine Achse des Guten aber Emanzipation gegenüber dem neuen Hegemon, In: Dokumente, Heft 4/2003
- Weidenfeld, Werner: Europas Zukunft klären. Das vernebelte Profil der Reformdebatte, In: Internationale Politik, Heft 9/1995

- Weidenfeld, Werner: Europa '96 – Unterwegs wohin? Die Europäische Union vor der Regierungskonferenz, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B1 - 2/1996
- Weisenfeld, Ernst: Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945, München, Beck, 1986
- Weisenfeld, Ernst: Deutschland, Frankreich und der Osten Europas. Pariser Sorgen um ein neues europäisches Gewicht, In: Dokumente, Heft 3/1992
- Wessels, Wolfgang: Maastricht: Ergebnisse, Bewertungen und Langzeittrends, In: Integration, Heft 1/1992
- Wiegel, Michaela: Merkel in Frankreich. „Es gibt überhaupt nichts zu kritisieren“, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.1.2006
- Wojna, Ryszard: Deutschland-Frankreich und die neuen Horizonte Polens, In: Dokumente, Heft 4/1990
- Woyke, Wichard: Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt, Opladen, Leske und Budrich, 2000
- Zervakis, Peter A./ von Gossler, Sébastien: 40 Jahre Elysée-Vertrag: Hat das deutsch-französische Tandem noch eine Zukunft?, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4/2003
- Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, Stuttgart, Verlag Günther Neske, <sup>2</sup>1997

#### Internetquellen:

- Blaesheim-Prozess: <http://www.polixea-portal.de/index.php/Lexikon/Detail/id/72183/name/Blaesheim-Prozess>, [Stand: 26.1.2007]
- Bundeskanzler Gerhard Schröder und Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac wollen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den europäischen Einigungsprozess zurückgewinnen: <http://www.europress.de/drucken.php/cat/11/aid/614>, [Stand: 26.1. 2007]
- Eckau, Wiebke: Humanitäre Interventionen. Das Beispiel des Kosovo-Krieges: <http://www.uni-koeln.de/wiso-fak/powi/jaeger/downloads/eckau.pdf>, [Stand: 27.2. 2007]
- Elo, Kimmo: Deutsch-russische „strategische Partnerschaft“: Eine kurzsichtige Strategie oder Handeln im Interesse Europas?: [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/zukunftsforum\\_politik/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_8056\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/zukunftsforum_politik/7_dokument_dok_pdf_8056_1.pdf), [Stand: 28.2.2007]

- Kohl, Hans-Helmut: Bei Hofe. In Versailles versuchen Angela Merkel und Jacques Chirac, ärgerliche Streitpunkte aus dem Weg zu räumen: [http://www.frankfurter-rundschau.de/inc/globals/print.php?client=fr&cnt.../die\\_seite\\_3](http://www.frankfurter-rundschau.de/inc/globals/print.php?client=fr&cnt.../die_seite_3), [Stand: 27.1.2007]
- Maull, Hans W.: Die prekäre Kontinuität: Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck: [http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/prek\\_kont.pdf](http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/prek_kont.pdf), [Stand: 28.2.2007]
- Merkel auf Europatour: „Geist der Kontinuität“ <http://www.bbv-net.de/public/article/aktuelles/116883>, [Stand: 28.2.2007]
- Merkel will Europa voranbringen: <http://www.saar-echo.de/de/art.php?a=29131>, [Stand: 28.2.2007]
- Merkel und Chirac: EU-Verfassungsprozess weiterführen: [http://www.bundesregierung.de/nn\\_87752/Content/DE/Artikel/2006/06/2006-06-06-merkel-und-chirac-eu-verfassungsprozess-weiterfuehren.html](http://www.bundesregierung.de/nn_87752/Content/DE/Artikel/2006/06/2006-06-06-merkel-und-chirac-eu-verfassungsprozess-weiterfuehren.html), [Stand: 28.2.2007]
- Merkel verteidigt Chirac: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,396911,00.html> [Stand: 23.1.2007]
- Mönninger, Michael: Küsst die Hand. Frankreichs Präsident und seine möglichen Nachfolger buhlen um die Gunst der deutschen Regierungschefin: <http://www.zeit.de/2006/04/Paris>, [Stand: 10.3.2007]
- Standke, Klaus-Heinrich: 15 Jahre Weimarer Dreieck: Ein Rückblick auf das Zweite Weimarer Gipfeltreffen in Deutschland: [http://www.weimarer-dreieck.com/pdf/Gipfeltreffen\\_2006/7\\_Weimarer\\_Gipfel\\_in\\_Mettlach\\_5\\_12\\_2006\\_x.pdf](http://www.weimarer-dreieck.com/pdf/Gipfeltreffen_2006/7_Weimarer_Gipfel_in_Mettlach_5_12_2006_x.pdf), [Stand: 24.1.2007]
- Wulfert, Manuela: Finalität und Verfassung der Europäischen Union. Unter besonderer Berücksichtigung von Frankreich, Deutschland und Großbritannien, [http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=982417195&dok\\_var=d1&dok\\_ext=pdf&filename=982417195.pdf](http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=982417195&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=982417195.pdf), [Stand: 28.2.2007]